Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37. | Dresden, Mittwoch den 14. Februar 1912. | 23. Jahrg.

Die Präsidentenkrisis.

Unter sozialdemokratischer Leitung.

Berlin, 13. Februar.

Zentrumswut und nationalliberale Zerfahrenheit haben die Aufnahme der Reichstagsarbeit kläglich verzögert.

Welch unendlich trauriges Schauspiel führten in diesen Tagen jene Parteien auf, die sich als Hüter der Ordnung zu nennen pflegen. Der Zentrumsmann Dr. Spahn wird zum Präsidenten des Reichstags gewählt, er nimmt die Wahl an, aber am Tage darauf läßt sich seine Partei und er selbst von den blauen Brüdern zur Niederlegung des Amtes und zu dem Versuch drängen, die Reichstagsmaschinerie von vornherein still zu setzen. Die Nationalliberalen aber, die zunächst nach allerlei Schwankungen und Irrungen ein wenig Knochenfestigkeit zu beweisen schienen, üben Verrat an den gestern bekundeten Anschauungen, Verrat, der den schlimmsten Fluch der Lächerlichkeit auf ihre Häupter sammelt.

Als der Abgeordnete Bassermann am letzten Freitag Berlin verlassen hatte, setzte das Gegenspiel der reaktionären Kräfte des Nationalliberalismus ein. Telegramme aus den Organisationen im Lande wurden bestellt, in denen die Unzufriedenheit ausgesprochen wurde, daß die Fraktion für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten und ein Teil sogar für Bebel als Präsidenten des Reichstages gestimmt habe. Die Regierungsmänner und die Konservativen bearbeiteten und schüchterten die nationalliberalen Mannen ein, die nun voll Angst vor ihrem Heldenmut den grotesksten Umfall vollbrachten. Die nationalliberale Fraktion beschloß nun, sich gleich dem Zentrum von der Teilnahme an „diesem" Präsidium zurückzuziehen.

Zweifelsohne lauerten hinter der Präsidialobstruktion der Reaktionäre noch andere Absichten. Die Konservativen hätten es am liebsten zur Auflösung des Reichstags getrieben. Sie leben wohl der törichten Einbildung, daß sie besser davonkommen könnten bei einer Neuwahl unter der Losung, es müsse „ein arbeitsfähiger Reichstag" geschaffen werden. Die Regierung soll jedoch diesen Plänen Widerstand geleistet haben. Sie erkennt wohl, daß ihre Lage durch den Versuch einer Verzweiflungspolitik nur verschlimmert werden würde. Sie wartet lieber auf günstigere Zeiten.

Ginge es nach den „Ordnungs"-Parteien, so wäre es jetzt in der Reichspolitik übel um die Ordnung bestellt. Die Sozialdemokratie mußte die Ordnung und die Anbahnung eines geregelten Geschäftsganges auf sich nehmen. Unter der Leitung unseres Vizepräsidenten Scheidemann mußte der Reichstag seine Schritte vorwärts lenken. Es mag wohl sein, daß eine Koalition der Rechten mit den mittlerweile völlig gezähmten Nationalliberalen nach vier Wochen bei der erneuten Wahl unseren Vizepräsidenten wieder zu Fall bringen wird. Wir können schon jetzt sagen, daß auch das uns sicherlich keinerlei Betrübnis bringen wird. Aber immerhin bleibt als ein interessanter, ja bedeutsamer geschichtlicher Moment diese heutige Sitzung des Deutschen Reichstags, in der zum ersten Male ein Sozialdemokrat die Leitung des Reichstags übernahm. Mit Spannung wurde von allen Seiten diese Sitzung erwartet. Die Tribünen waren überfüllt. Auch zahlreiche Regierungsvertreter waren am Bundesratstisch anwesend; Scheidemann waltete auf dem Präsidentensessel trefflich seines Amtes. Die verbissenen Reaktionäre lauerten, ob er vielleicht irgendein Versehen begehen würde, um ihn mit Lachen und Hohn zu überschütten. Aber sie fanden ganz und gar keinen Anlaß. Scheidemann bewies, was freilich für uns keines Beweises bedurfte, daß ein Sozialdemokrat ganz ausgezeichnet befähigt ist, die Präsidentenbefugnisse im obersten deutschen Parlament auszuüben.

Freilich, die Sitzung war nur kurz. Nach der Bekanntgabe der Amtsniederlegung des Herrn Dr. Spahn wurde die Vertagung des Hauses auf Mittwoch beschlossen. Es soll zunächst ein neuer Präsident gewählt werden. Jedenfalls ist auch die Wahl eines neuen zweiten Vizepräsidenten nötig, denn auch Herr Paasche wird dem Druck weichen und wieder zurücktreten.

Da Konservative, Zentrum und auch Nationalliberale sich weigern, die Reichstagsgeschäfte zu führen, so ist es zu begrüßen, daß die Fortschrittliche Volkspartei fest bleibt und bereit ist, die Arbeitsfähigkeit des Reichstags über die kritische Zeit der ersten vier Wochen herbeizuführen. Herr Kaempf soll Präsident werden und auch ein zweiter Vizepräsident soll aus den Reihen dieser Partei zunächst entnommen werden.

Dann kann endlich die Etatsberatung beginnen. Was aber die Wahl des Präsidiums nach vier Wochen bringen wird, das weiß heute niemand. Das Wahrscheinliche ist, daß bis dahin die „Sammlung" aller „staatserhaltenden" Parteien gegen die Sozialdemokratie genügend weit gediehen sein wird!

Wir können es getrost abwarten. Wir sind gern bereit, die Verantwortlichkeiten, die uns aus der Größe unserer Partei und unserer parlamentarischen Vertretung erwachsen, auf uns zu nehmen. Wenn aber der Haß und die Angst der Volksfeinde uns von solchen Verantwortlichkeiten fernhalten, so sind wir in der angenehmen Lage, frei von jeder Rücksicht die ernsten und schweren Kämpfe zu führen, die uns bevorstehen!

Berlin, 13. Februar. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat heute im Laufe des Nachmittags eine weitere Sitzung abgehalten, in deren erstem Teil man sich mit der Präsidialfrage beschäftigt hat. Ein bestimmter Beschluß ist jedoch noch nicht gefaßt worden, da alle Verhandlungen sowie auch die Besprechungen mit Vertretern des Zentrums ohne positives Ergebnis geblieben sind. Vor der Sitzung am Mittwoch werden neue Besprechungen stattfinden. Der Abg. Paasche hat, der National-Zeitung zufolge, bisher sein Mandat als zweiter Vizepräsident noch nicht niedergelegt. Er ist der Ansicht, daß es seine parlamentarische Pflicht sei, das Präsidium geschäftsfähig zu erhalten, bis die Kandidatenfrage gelöst ist. Infolgedessen wird Geheimrat Paasche erst nach der Wahl des Präsidenten von seinem Posten zurücktreten, und die zweite Ergänzungswahl dürfte deshalb vielleicht erst auf den Donnerstag anberaumt werden. Bei den Konservativen bestand übrigens die Absicht, den Reichstag heute auf vier Wochen zu vertagen, um Zeit zu gewinnen. Der Plan fand jedoch, obwohl er auch von Zentrumsabgeordneten gebilligt wurde, nicht die nötige Unterstützung.

* * *

Die Nationalliberalen in der Klemme.

Der nationalliberalen Reichstagsfraktion geht's jetzt schlecht. Von allen Seiten setzt es Prügel. Von der einen Seite kommt man ihr auf den Pelz, weil sie einmal ein bißchen Courage gezeigt hat, von der anderen, weil sie vor dieser Courage sogleich pflichtschuldigst Angst bekommen hat. Und dabei konnte man im Grunde genommen von den braven Nationalliberalen gar nichts anderes erwarten, als das, was sie getan haben. Die Nationalliberalen sind nun einmal seit Jahrzehnten eine Partei gewesen, von deren Anhängern der eine immer das Gegenteil von dem gewollt hat, was der andere gern haben mochte. Wenn sie heute ein bißchen nach links spazierten, so marschierten sie morgen kräftig nach rechts. Die nationalliberale Fraktion ist mit ihrem Verhalten in der Präsidentenfrage nur alten nationalliberalen Traditionen gefolgt. Von einer Reihe örtlicher nationalliberaler Organisationen sind mehr oder minder kräftige Entrüstungsresolutionen gegen die Fraktion losgelassen worden. So macht, wie dem größten Teil unserer Leser schon mitgeteilt ist, der große Vorstand des Nationalliberalen Vereins Magdeburg in einer längeren, einstimmig angenommenen Resolution die Führer der Partei dafür verantwortlich, daß in einer so entscheidungsschweren Frage wie der Wahl des Reichstagspräsidiums die nationalliberale Reichstagsfraktion gespalten sein sollte. Von jeher sei es das vornehmste Pflichtgebot der nationalliberalen Partei gewesen, über alle taktischen und sonstigen Parteirücksichten die unbedingte nationale Opferwilligkeit zu stellen. Dagegen sei durch die Stimmabgabe für Bebel und Scheidemann in unerhörter Weise verstoßen worden. Die Entrüstung darüber in den Kreisen der Partei sei so groß, daß die Zukunft der Partei direkt gefährdet erscheine. Der Verein fordert schließlich Einberufung des Zentralvorstandes und des allgemeinen Vertretertages, um mit rücksichtsloser Entschlossenheit volle Klarheit zu schaffen.

Der Provinzialverband Schlesiens der nationalliberalen Partei hat an den Reichstagsabgeordneten Bassermann ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Wir bedauern aufrichtig, daß Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion ihre Stimme für Bebel als Präsidenten des Reichstags abgeben konnten.

Natürlich fehlen unsere Dresdner Nationalliberalen dabei auch nicht. Am Montag abend trat der Gesamtvorstand des nationalliberalen deutschen Reichsvereins Dresden zu einer Aussprache über die Vorgänge bei der Bildung des Reichstagspräsidiums zusammen. Einstimmig und entschieden mißbilligte man die Tatsache, daß nationalliberale Stimmen bei der Wahl des ersten Präsidenten auf den Führer der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Bebel, gefallen seien.

Ferner nahm der Vorstand der nationalliberalen Partei im Wahlkreise Siegen einstimmig eine Entschließung an, welche großes Befremden darüber ausdrückt, daß nationalliberale Abgeordnete Stimmzettel für Bebel abgegeben und schließlich einen Sozialdemokraten gewählt haben.

Sehr scharf greifen eine Anzahl rechtsnationalliberale Blätter die Fraktion an. Die rechtsnationalliberale Braunschweiger Landeszeitung äußert:

„Die nationalliberale Fraktion wollte ein aus „Schwarzblau" und „Nichtschwarzblau" gemischtes Präsidium. Warum sie dann aber das klerikal-konservativ (selbst freikonservativ!)-nationalliberale Präsidium, das sie hätte haben können, nicht sofort ins Auge faßte und herbeiführte, das ist die eine der absoluten Unbegreiflichkeiten, die unseren Gegnern ein Agitationsmaterial liefern, wie sie es in ihren kühnsten Träumen nicht erhofft haben."

Sehr erregt fordern die scharfmacherischen Hamburger Nachr. eine „reinliche Scheidung". Es heißt in dem Artikel:

„Wer den Angehörigen einer solchen Partei (der Sozialdemokratie. D. Red.) zum Sitze im höchsten Ehrenrat des deutschen Volkes verhilft, begeht ein Verbrechen nicht nur am Vaterlande, nicht nur an der Monarchie, nicht nur an der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch an allen idealen und ethischen Kulturgütern der Nation. Er degradiert sich zum Helfershelfer der Sozialdemokratie, die ihrerseits wieder der Helfershelfer und Verherrlicher der blutigen, bestialischen Verbrechen gewesen ist, deren wir zur Zeit der russischen Revolution mit Entsetzen Zeuge gewesen sind. Dieser Helfershelferschaft aber hat sich die Mehrheit der nationalliberalen Partei im Reichstage schuldig gemacht, als sie für Herrn Bebel und für Herrn Scheidemann stimmte. Diese Tatsache kann nicht ungeschehen gemacht werden. Sie schließt die Mehrheit der Nationalliberalen von der Gemeinschaft aller patriotisch gesinnten Deutschen aus. Aufgabe wie Pflicht der letzteren muß es sein, die Konsequenz hieraus zu ziehen, d. h. jede weitere politische Gemeinschaft mit den Nationalliberalen dieser Richtung aufzuheben."

Auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung und die Berliner Börsenzeitung greifen die Fraktion an, weil sie bei der Präsidentenwahl bez. Vizepräsidentenwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt hat.

Inzwischen haben sich aber auch die auf dem linken Flügel der Partei Stehenden zu regen angefangen.

Die badischen Nationalliberalen haben gegen eine Rechtsschwenkung der Nationalliberalen Stellung genommen. Die badische nationalliberale Landtagsfraktion hat einstimmig beschlossen, folgendes Telegramm an den Vorstand der Fraktion der Nationalliberalen im Reichstag zu senden: „Wir beklagen einstimmig und auf das tiefste den Beschluß der Fraktion, sich an der Bildung des Reichstagspräsidiums nicht weiter beteiligen zu wollen und bitten dringend, an dem Zusammengehen der Linken festzuhalten."

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

Der Grundsatz, daß bei der einmal geschaffenen Sachlage die Sozialdemokratie im Präsidium vertreten sein müsse, wird bei ruhiger Ueberlegung gebilligt werden können. Er entspricht schließlich dem Gefühle der Billigkeit; ebenso auch der Notwendigkeit, die numerisch stärkste Partei des Reichstages zu zwingen, an der Leitung der Geschäfte teilzunehmen und sie damit selbst für eine ordnungsmäßige Erledigung der Reichstagsgeschäfte einzusetzen.

Es ist selbstverständlich, daß auch der inzwischen erfolgten Niederlegung des Präsidiums durch Herrn Spahn nichts gegen die Folgerichtigkeit der vorstehenden Erwägungen hergeleitet werden kann.

Gestern berichtete das Wolffsche Bureau über eine Kundgebung einer Versammlung nationalliberaler Vertrauensmänner aus dem Reich, die sich gegen die Haltung der Reichstagsfraktion wandte. Ueber das Zustandekommen dieser Versammlung „der Vertrauensmänner aus dem Reich" schreibt man der linksnationalliberale Nationalzeitung:

„Wir meinen, daß die nationalliberale Fraktion alle Veranlassung hat, diese offenbaren Umtriebe zu enthüllen und ihre Hintermänner vor der Oeffentlichkeit nicht zu schonen. Vom Standpunkte der Parteidisziplin betrachtet ist dieser Vorfall unerhört, denn die maßgebendsten Führer haben, wie sie uns persönlich versicherten, von der Sitzung der heimlichen „Vertrauensmänner" und ihrem Beschluß nicht das geringste gewußt. Bis zur Stunde ist das Geheimnis immer noch nicht gelüftet. Es heißt, daß die „Vertrauensmänner" aus Schleswig-Holstein und aus Westfalen stammten und daß die Landtagsabgeordneten Dr. Schifferer und Dr. Haarmann der Angelegenheit nicht fernstehen. Jedenfalls wird sich die nationalliberale Landtagsfraktion offiziell mit der Sache beschäftigen und denjenigen ihrer Mitglieder, die an dem Zustandekommen der „Erklärung" mitgewirkt haben, klar machen, daß es nicht angängig ist, in schwieriger Lage ihr in den Rücken zu fallen."

Es geht bei den Nationalliberalen alles drunter und drüber. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß der Vorschlag auftaucht, die Nationalliberalen sollten sich spalten. Im Deutschen Boten macht ein ungenannter „namhafter nationalliberaler Politiker" den Vorschlag, die nationalliberale Partei solle sich auflösen, und der rechte Flügel solle zur Reichspartei, der linke zur Fortschrittlichen Volkspartei übergehen. Der namhafte Politiker erklärt:

„Sonnel ist doch ganz klar, diejenigen Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, die für, und jene, die gegen den „Präsidenten" Bebel gestimmt haben, können einander gar nicht verstehen; sie reden ganz verschiedene Sprachen. Hat es Zweck und Sinn, das Band einer gemeinsamen Fraktion um sie zu schlingen? Seien wir doch ehrlich und folgerichtig. — Jene Hälfte, die für Bebel gestimmt, schlage sich mit ihrem Anhang im Lande füglich zur Fortschrittlichen Volkspartei, in deren Bann sie gehandelt und der sie sich auch fürderhin mit rotem Blut verschrieben. Das Viertel aber, das Stellung gegen Bebel genommen, gliedere sich der Reichspartei an, verhelfe ihr zu der festen Organisation, deren sie (laut Ausweis des letzten Wahlergebnisses) nicht länger entraten kann, und benutze den Reformeifer, der von jener Seite neuerdings zum Ausdruck gekommen ist. Der Rest der Unentschlossenen wird sich dann entweder in Wohlgefallen auflösen oder aber versuchen, eine Rumpfpartei zu bilden und den Nationalliberalismus über Wasser zu halten, bis er wieder Land unter seinen Füßen findet."

Wir glauben nicht, daß es zu einer solchen Spaltung kommen wird. Die Herren von der Großindustrie und die andern rechtsgerichteten Elemente in der nationalliberalen Partei wären allerdings wohl herzlich froh, wenn sie Leute wie Bassermann, die so oft nach links schielen, los wären. Sie dürften sich aber wohl darüber klar sein, daß sie allein keine Partei bilden können, die auch bei den Wahlen Mandate bekommt. Um bei den Reichstagswahlen Stimmen zu erhalten, braucht man eine Partei, die wenigstens ab und zu sich als liberal aufspielt und Führer hat, die von Zeit zu Zeit einmal eine Rede gegen rechts halten. Ein Anschluß an die freikonservative Partei würde den Herrschaften nichts nützen, denn diese Partei besteht nur aus ein paar Offizieren ohne Soldaten. Andererseits dürfte bei dem größten Teil der mehr nach links gerichteten Kreise der Partei gar nicht der Wunsch vorhanden sein, sich von den Rechtsnationalliberalen zu trennen. Was soll denn aus der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kriegskasse der Partei werden, wenn die Herren von der Industrie mit dem großen Geldsack der Partei den Rücken kehren. Deshalb werden wohl die Nationalliberalen weiter so fortwursteln, wie sie bisher gewurstelt haben.

•

Uebrigens haben die Nationalliberalen es durch ihren Umfall nicht einmal erreicht, daß ihnen nun die Gnadensonne der schwarzblauen Brüder leuchtet.

Die Deutsche Tageszeitung verhöhnt sie und nennt die Behauptung des Parteikommuniqués, die Nationalliberalen hätten nur ein „reines Geschäftspräsidium“ bilden wollen, „eine recht ungeschickte Ausrede“ und eine „Heuchelei“. Weiter sagt das agrarkonservative Blatt:

„Jetzt sieht man, daß die Taktik die eigene Partei dem Abgrund zutrieb — und nun löst man den Karren im Sumpfe stehen, in den man ihn hineingefahren hat, und schlägt sich „seitwärts in die Büsche“: Pro gloria et patria!! Vergeblich wird man in der ganzen Parteigeschichte Deutschlands ein kläglicheres Bild finden, als das dieser „großen Retirade“ der Bassermannpartei.“

Noch schärfer ist die freikonservative Post, die den Umfall „einigermaßen peinlich-lächerlich“ nennt und nun sogar verlangt, Bassermann solle „die für ihn sich ergebenden selbstverständlichen Konsequenzen daraus ziehen“, er solle „in Pension gehen“, das heißt, zum Rücktritt genötigt werden.

Deutsches Reich.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Restlos sind die Gebäude der gesetzgebenden Körperschaften Preußens in diesen Tagen von echtem Agrariergeist erfüllt. Im Abgeordnetenhause geht das graue Gespenst tödlichster Langeweile bei den Verhandlungen über den Landwirtschaftsetat um und im Herrenhause versammelte sich unter dem Präsidium des Grafen Schwerin-Löwitz der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 40. Plenarversammlung. Der Präsident, dessen Wiederwahl zum Reichstagsabgeordneten der Reichskanzler bekanntlich als ein gutes Omen bezeichnet hat, klagte über die unangenehmen politischen Zeiten und fügte logisch ein Kaiserhoch daran. Mit einem ganzen Stabe von Regierungsmännern war Staatssekretär Delbrück erschienen, der für den Reichskanzler um gut Wetter bat, weil es doch eine Sünde wider den heiligen Agrariergeist ist, wenn der Kanzler einmal nicht beim Landwirtschaftsrat anwesend ist. Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß der zweite Vorsitzende, Freiherr v. Soden, wegen seiner Ernennung zum bayrischen Minister das Vizepräsidium niedergelegt, wurde die Tagesordnung in Angriff genommen. Dr. Hollmann vom Generalkonsulat in St. Petersburg sprach über die landwirtschaftliche Entwicklung Sibiriens, wobei er das Ende der bäuerlichen Gütergemeinschaft in Rußland verkündete. Durch den Bau weiterer Bahnen könne Sibirien zu einem gewaltigen Exportland für Agrarprodukte werden.

Dann beschäftigte man sich eingehend mit der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, und aus allen Reden klang es heraus, daß die Seuchenbekämpfung, die doch stets als das um und auf aller deutschen Agrarpolitik bezeichnet wird, die Landwirte nicht genieren und vor allem nichts kosten dürfe. Die Regierungsvertreter mußten sich ihrer Haut wehren und an die autoritäre Gesinnung der versammelten Agrarier appellieren, daß sie doch nicht durch solche unziemliche und unsachliche Angriffe die Durchführung des Seuchenschutzes draußen im Lande noch mehr schädigen. Der Domänenrat Brüdermann kündigte sogar schon eine weitere Fleischverteuerung als Folge der Seuchenbekämpfungsmaßregeln an, genau so, wie die sanitären Vorschriften der Städte für die Fleischer zu einer Verteuerung des Fleisches geführt hätten. Um Gründe für Lebensmittelverteuerung ist den Agrariern niemals bange. Dr. Dammann-Hannover wies auf die ständige Abnahme der Seuche hin — die aber gewiß eine Bekräftigung der Notwendigkeit der Abwehrmaßregeln darstellt — und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir im kommenden Frühjahr die Maul- und Klauenseuche überhaupt los sein werden.

Aus der Versammlung wurde die Errichtung gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen auf dem Lande gefordert, die unnütze Prozesse vermeiden sollen, wie das durch die von den Städten eingerichteten Rechtshilfebureaus geschehe. Von den Mitgliedern des Deutschen Landwirtschaftsrates kann man vielleicht nicht verlangen, daß sie die gewaltige Arbeit kennen, die von den Arbeitersekretariaten auf diesem Gebiete geleistet wird und die die Tätigkeit der städtischen Rechtsauskunftsstellen völlig in den Schatten stellt. Immerhin könnten auch wir gegen die Errichtung ländlicher Rechtsauskunftsstellen dann nichts einzuwenden haben, wenn sie gegen Mißbrauch zu konservativen Agitationszwecken sichergestellt würden. Vielleicht entspringt aber dieses Verlangen nur der Sehnsucht nach einer Rechtsbelehrung des Landvolkes, die die Leute davon abbringt, ihr gutes Recht gegen „patriarchalische“ Uebergriffe der Junker zu suchen.

Das Ergebnis der Haldaneschen Berlinreise.

Der englische Kriegsminister Haldane erstattete am Montag seinen Kollegen in London Bericht über seine Erfahrungen und Erlebnisse in Berlin. — Im Zusammenhang hiermit scheint die Meinung in der Londoner Westminster-Gazette zu stehen, nach der erwartet wird, daß die verantwortlichen Männer Englands die Moral aus dem jüngsten Vorfall ziehen mögen, sich ernsthaft zu bemühen, Ministerreden bei wichtigen Anlässen in Einklang miteinander zu bringen. Aus den weiteren Ausführungen des englischen Blattes geht hervor, daß bei der englisch-deutschen Unterredung die Flottenfrage ausgeschieden wurde. Die Auffassung der Flottenfrage sei in England und Deutschland verschieden und die Differenz sei eine Folge der politischen Beziehungen. Es sei daher fruchtlos für Staatsmänner, sich der Flottenfrage zuzuwenden, bevor sie in den politischen Fragen einen Fortschritt zu verzeichnen hätten. Wenn sie aber in dem zweiten Punkte erfolgreich seien, werde auch in dem ersten automatisch eine Erleichterung eintreten. Dann fährt das Blatt fort:

Wir hoffen, daß die Staatsmänner auf beiden Seiten von der Flotte zunächst absehen und ihre Unterhaltungen über die politischen Fragen fortsetzen werden. Wir müssen die Deutschen überzeugen, daß wir unsere Macht nicht brauchen, um ihren berechtigten Ehrgeiz in der ganzen Welt zu durchkreuzen. Frankreich und Rußland erhoben früher dieselbe Klage, und es war Material genug vorhanden, sie glaubwürdig zu machen. Aber sie überließe in keinem Falle den praktischen Beweis, daß wir bereit waren, unsere Differenzen im Sinne des do ut des zu schlichten. So hoffen wir, wird es auch mit Deutschland geschehen. Der bloße Austausch von Höflichkeiten hat keinen Zweck mehr. Stellen wir fest, was jene Klagen bedeuten, und trachten wir, sie zu beseitigen, nötigenfalls auch durch Konzessionen, wenn wir nicht bereit wären, wenn wir die Weltpolitik vom rein strategischen Standpunkte aus betrachteten.

Die alldeutschen Kriegshetzer werden nicht davon erbaut sein, daß ihnen der Wind aus den Segeln genommen wird, um so befriedigter werden die Panzerplattenlieferanten sein, weil von der Flotte zunächst abgesehen werden soll. Das heißt: es wird vorläufig weiter gerüstet!

Wehr- und Junggesellensteuer.

Mit der vom vorigen Reichstag abgelehnten Erbschaftssteuer war bekanntlich eine Wehrsteuer insofern verbunden, als die Erbschaftssteuer höher sein sollte, wenn der Erblasser nicht gedient hatte. Diesen Gedanken soll die Regierung jetzt wieder, wenn auch in etwas veränderter Form, aufgegriffen haben. Wie nämlich die Tägliche Rundschau von unterrichteter Seite erfahren haben will, gedenkt die Regierung zur Deckung der Kosten der Wehrvorlagen die Deszendentensteuer mit heranzuziehen. Da aber die Deszendentensteuer in der ihr seinerzeit vom Reichsschatzamt gegebenen Form allein zur Deckung der Mehrerfordernisse nicht hinreicht, sind verschiedene Projekte aufgetaucht, die für die fehlenden Millionen Deckung bringen sollen. Ein Teil der Bundesregierungen vertrat den Standpunkt, außer der Deszendentensteuer von neuen Steuern abzusehen und die Mehrausgaben auf den ordentlichen Etat zu nehmen. Dieser Vorschlag ist vom Staatssekretär Wermuth mit Erfolg bekämpft worden und nun liegt dem Bundesrat das Projekt vor, mit der Erbschaftssteuer eine Wehr- und Junggesellensteuer in der Weise zu verknüpfen, daß Junggesellen und Personen, die von der Wehrpflicht befreit sind, bei Erbschaften mit höheren Sätzen zur Erbschaftssteuer herangezogen werden sollen.

Das württembergische Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung

wird gegenwärtig im württembergischen Landtag der Ausschußberatung unterzogen. Von den bisher gefaßten Beschlüssen sind die folgenden bemerkenswert. Nach dem Regierungsentwurf sollte die Anstellung der für die Arbeiterversicherung nötigen Beamten in größeren Gemeinden der Bestätigung unterliegen. Der Ausschuß beschloß, dieses Bestätigungsrecht zu streichen. Der Angliederung der Versicherungsämter an die Oberämter, die im Prinzip schon durch die Reichsversicherungsordnung vorgeschrieben ist, stimmte der Ausschuß zu. Eine wichtige Streitfrage war die, ob nur ein Oberversicherungsamt geschaffen und das bestehende Landesversicherungsamt aufgehoben, oder ob vier Oberversicherungsämter geschaffen werden und das Landesversicherungsamt bestehen bleiben soll. Der Regierungsentwurf wollte die Auflösung des Landesversicherungsamtes und Errichtung nur eines Versicherungsamtes, während die sozialdemokratischen Vertreter das Bestehen des Landesversicherungsamtes und die Errichtung von vier Oberversicherungsämtern verlangten. Dabei wurden die Vorzüge der Rechtsprechung des Landesversicherungsamtes gegenüber dem Reichsversicherungsamt hervorgehoben. — Auch die Zentrumsvertreter erklärten sich für Beibehaltung des Landesversicherungsamtes. Da aber die Vertreter der Konservativen, Nationalliberalen und der Volkspartei der Regierung entgegenkamen, wurde der Antrag auf Erhaltung des Landesversicherungsamtes mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Als Pflästerchen auf die den Arbeitern geschlagene Wunde wurde dann der Antrag angenommen, daß von der Möglichkeit, außerhalb des Sitzes des Oberversicherungsamtes Spruchkammern zu errichten, Gebrauch gemacht werden solle.

Eine Blamage erlitt das schwarzblaue Brüderpaar bei den Beratungen der Frage, wo Landkrankenkassen errichtet werden sollen. Zwei Zentrumsleute und ein Konservativer wollten unbedingt diese jammervolle Krankenversicherung erhalten wissen. Sie meinten, für die Dienstboten, die meist ledig seien, genüge vollauf die in den Landkrankenkassen vorgesehene sogenannte erweiterte Krankenpflege. Es sei nicht nötig, daß sie auch noch Krankengeld beziehen; man solle auch Rücksicht nehmen auf die Unternehmer, die die höheren Beiträge zahlen müßten. Dabei wollte nicht einmal der Regierungsentwurf die Landkrankenkassen beibehalten. Genosse Mattutat als Berichterstatter hatte daher bei der Zurückweisung der Anschauungen der Arbeiterfeinde einen leichten Stand. Sein Antrag, keine Landkrankenkassen zu errichten, fand mit großer Mehrheit Annahme.

Auch in Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen werden nach der Mitteilung des Ministers v. Pischek keine Landkrankenkassen geschaffen.

Erfolg hatte auch eine Vorstellung des Genossen Mattutat gegen die Praxis der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die hauswirtschaftliche Unfälle nicht entschädigen. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die Versicherung der Unternehmer und ihrer Ehegatten auf hauswirtschaftliche Unfälle erstrecken.

Reichskanzler und Presse.

Vor einigen Tagen lief die Nachricht durch die Presse, daß der Reichskanzler in einem Erlaß an die nachgeordneten Behörden allen Beamten empfohlen habe, im Verkehr mit nichtamtlichen Personen und in der Aussprache mit ihnen die größte Zurückhaltung zu wahren. Die Köln. Ztg. erfährt dazu: Ein solcher Erlaß ist, wie wir bestimmt wissen, nicht ergangen. Unseres Wissens ist auch niemals ein Erlaß in solcher Allgemeinheit in Frage gekommen, wohl aber könnte es sein, daß man erwogen hat, ob man einzelne amtliche Stellen nicht vor solchen neuerdings wie Pilze aus der Erde schießenden Korrespondenzen warnen sollte, die aus der Verbreitung sensationeller und oft falscher Nachrichten aus dem politischen, militärischen und gesellschaftlichen Leben ein Gewerbe machen. Das würde aber nicht ein Vorgehen gegen die Presse, sondern gegen Auswüchse des Zeitungsgewerbes bedeuten.

Das preußische Abgeordnetenhaus

setzte Dienstag die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Ein hierzu vorliegender Antrag, der die Regierung ersucht, Mittel bereit zu stellen zur Wiederbevölkerung der Gewässer, deren Fischbestände infolge der Dürre des vergangenen Jahres erheblich gelitten haben oder zugrunde gegangen sind, wurde der Agrarkommission überwiesen. An der vorangegangenen Debatte traten Redner aller Parteien für unsere Fraktion Genosse Hirsch, für die Interessen der kleinen Fischer ein. Einer konservativen Anregung auf Einführung eines Fischzolles trat unser Fraktionsredner sofort entgegen.

Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte

schreibt die Schaffung solcher Gerichte nur für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern vor. Kleinere Gemeinden können es freiwillig tun; sie haben aber von diesem Recht nur wenig Gebrauch gemacht. Tatsache ist, daß gerade in letzten Jahrzehnten viele industrielle Unternehmungen ihr Domizil von den Städten in benachbarte kleine Gemeinden verlegt haben. Diese Abwanderung der Industrie hat naturgemäß zur Folge, daß die Zahl der in kleineren Gemeinden beschäftigten Kontoristen von Jahr zu Jahr zunimmt, die sich bei Differenzen mit der Firma nicht an ein Kaufmannsgericht wenden können, sondern an das Amts- oder Landgericht müssen, wo das Verfahren kostspieliger und zeitraubender ist. Das trifft auch für das Verkaufspersonal der Ladengeschäfte in diesen Orten zu.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat daher das Reichsamt des Innern gebeten, den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kaufmannsgerichtbarkeit lückenlos über das ganze Reich ausgedehnt werden soll. Gleichzeitig sind von dem Verband die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten gebeten worden, die Errichtung von Kaufmannsgerichten anzuregen, wo solche noch nicht vorhanden sind.

Elsaß-Lothringer und Zentrum. Am Dienstag ist die Mitteilung ergangen, daß die Elsaß-Lothringer in einer Stärke von neun Mann dem Zentrum beigetreten seien. Das ist unrichtig. Sie sind nicht dem Zentrum als Fraktionsmitglieder beigetreten, sondern die elsaßlothringische Gruppe hat sich nur insofern dem Zentrum angeschlossen, als dadurch das Zentrum die Möglichkeit erhält, ein Kommissionsmitglied mehr in den großen Kommissionen zu bekommen. Wenn die Elsaß-Lothringer selbst auf dieses Mitglied Anspruch erheben, muß es ihnen zugewiesen werden. Sonst kann das Zentrum diesen Posten belegen.

Keine Ausnahmen für die freien Hilfskassen. Nach § 503 der neuen Reichsversicherungsordnung kann auf Antrag die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Mindestzahl der Mitglieder für Hilfskassen, die ihre Existenz behalten wollen, von 1000 bis auf 250 herabsetzen. In einem Spezialfalle hat sich der preußische Minister jetzt dahin geäußert, daß er von diesem Rechte grundsätzlich keinen Gebrauch machen werde.

Die dem Zentralverband deutscher Industrieller angeschlossenen Kartelle und Syndikate tagten am 10. Februar d. J. in Berlin im Hotel Adlon. Die zahlreich besuchte Versammlung behandelte nach der vorher in die bürgerliche Presse lancierten Notiz die Fragen über Vereinbarungen im Submissionswesen, Schiedsgerichte und Verwaltung von Kartell- und Arbeitsangelegenheiten. Aus der Versammlung ergangene Anregungen bezüglich Abschaffung der Gültigkeit des § 270 des alten preußischen Strafgesetzbuches und Herstellung einer Schiedsgerichtsordnung sollen entsprechend weiter verfolgt werden.

Kleine politische Nachrichten. Wie die Braunschw. Landesztg. erfährt, sind in der Wilhelmshavener Spionageaffäre bis jetzt sechs Personen wegen Spionageverdachts verhaftet worden. Der von England wegen Diebstahls nach Deutschland ausgelieferte Schuhmann Bach soll ein Geständnis abgelegt und alle seine Mitschuldigen namhaft gemacht haben. — Der wegen Begünstigung der Flucht des Hauptmanns Lux aus der Festung Glatz inhaftierte französische Sprachlehrer Vermot wurde mangels Beweise freigelassen, aber als lästiger Ausländer ausgewiesen und über die Landesgrenze abgeschoben. — In Agram fanden wiederum Studentendemonstrationen statt, an denen auch Sozialdemokraten teilnahmen, weil die einberufenen Demonstrationsversammlungen polizeilich verboten worden waren. Zahlreiche Revolverschüsse und Steinwürfe der Demonstranten veranlaßten die Polizeibeamten, mit blanker Waffe die Menge auseinanderzutreiben. Ein Polizist wurde schwer und 18 leicht verletzt. Es wurden 25 Verhaftungen vorgenommen. — Wie die Neue Freie Presse von Kreta meldet, sind Mohammedaner aus dem Bezirk Rethymno in die Stadt Kanea geflüchtet und verlangen von den Vertretern der Mächte Schutz gegen die fortwährenden Mordtaten. Die Regierung hat die Mohammedaner einberufen, um über Abwehrmaßregeln zu beraten.

Ausland.

Frankreich.

Rüstungsdebatten.

Paris, 13. Februar. Die Deputiertenkammer fuhr heute in der Besprechung des Flottenprogramms fort. Benazet erklärte, das vorliegende Programm stelle ein Minimum dar. Eine große Nation wie Frankreich dürfe nicht von vornherein ihre Rüstungen begrenzen. Es sei ferner notwendig, das Marineflugwesen zu organisieren und ein besonderes Flugzeug ausfindig zu machen, das sich auf dem Meere und auf Schiffen niederlassen könne. Marineminister Delcassé erwiderte, daß ihm ein solches Flugzeug am 29. Februar geliefert werde. Der Präsident der Marinekommission Thomson bemerkte zur Frage der Einschränkung der Rüstungen, man müsse von dieser friedlichen Politik Gebrauch machen. Trotzdem sei es notwendig, daß man gut bewaffnet sei. Frankreich würde sich einem Vorschlag auf Einschränkung der Rüstungen gewiß nicht verschließen. Bemerkenswert sei jedoch, daß Amerika, während es einen internationalen Schiedsgerichtsvertrag vorschlage, seine Tätigkeit im Flottenbau verdoppele. Niemals habe England soviel Schiffe gebaut — dreißig Kriegsschiffe habe es jetzt im Bau. Deutschland, Oesterreich und Italien entwickelten ihre Marine. Deshalb sei es nicht Frankreichs Aufgabe, mit der Abrüstung zu beginnen; es müsse vielmehr eine große Anstrengung machen. Thomson wies dann auf den Fortschritt der deutschen Marine hin. Painlevé verteidigte im Namen der Budgetkommission den Gesetzentwurf. Es sei vor allem nötig, daß die Seestreitkräfte Frankreichs im Mittelmeer zum mindesten den vereinigten Streitkräften Italiens und Oesterreichs gleichwertig seien, damit die freie Verbindung zwischen Frankreich und Nordafrika sichergestellt werden könne. Frankreich habe im Mittelmeer französische und englische Interessen zu schützen. Das gegenwärtige Programm stelle daher nur ein Minimum dar.

Der Deputierte Goude beantragte einen Antrag, die Diskussion so lange aufzuschieben, bis die Regierung die Zahl der Arsenalarbeiter festgelegt habe. Darauf wurde die Sitzung auf 9 Uhr abends verschoben. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen forderte Goude, daß diejenigen Metallindustriegesellschaften, die an die Marine lieferten und die Interessen des Staates schädigende Verabredungen getroffen hätten, verfolgt würden, ferner, daß die Zahl der unmatrikulierten Arsenalarbeiter auf 25 000 festgesetzt werde. Marineminister Delcassé legte dar, daß er eine bedeutende Preisermäßigung für die Panzerschiffe erzielt habe. Er werde die Zahl der Arsenalarbeiter festsetzen, sobald das Flottenprogramm angenommen sein werde. Der sozialistische Abg. Brisson warf der Regierung vor, daß sie die Zwischenfälle mit Deutschland, Italien und Spanien dazu benutze, um ruinöse Rüstungsvermehrungen zu verlangen. Marineminister Delcassé wies auf die Anstrengungen Oesterreich-Ungarns, Italiens und Deutschlands hin. Die Thronrede des Deutschen Kaisers lasse erkennen, daß Deutschland, dessen Flottenprogramm ja im Jahre 1911 seinen Höhepunkt erreicht habe, im Jahre 1912 nicht nachlassen werde.

Schließlich wurde der von Goude gestellte Antrag mit 465 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Das Flottenprogramm wurde mit 452 gegen 73 Stimmen angenommen.

Der Luftmoloch.

Paris, 13. Februar. Bei der Diskussion des Kriegsbudgets im Senat erklärte der Berichterstatter Millies-Lacroix, die bis jetzt eröffneten Kredite für das Flugwesen betrügen zwölf Millionen; sie würden noch ergänzt werden durch Nachtragsforderungen. Die Ausgaben würden sich in diesem Jahre auf 22 Millionen und in den folgenden Jahren auf 25 Millionen belaufen. Kriegsminister Millerand führte aus, man gehe der Schaffung einer fünften Waffe entgegen. Augenblicklich sei man allerdings erst bei der Schaffung einer technischen Sektion für Luftschiffahrt. Auch die Lenkluftschiffe werde man nicht vernachlässigen. Fünfzehn Luftkreuzer verbesserten Systems würden gebaut werden, doch werde man seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Flugzeuge richten.

gegen Ende dieses Jahres werden wir 27 Feld- und 9 Festungsflugzeugwader, bestehend aus 344 Flugzeugen, mobilisieren können. Das Luftgeschwader wird 7 Piloten und Mechaniker aufweisen. Im ganzen werden wir 234 Offizierspiloten, 210 Beobachter, 42 Mechaniker, 1100 Offiziere, 1000 Korporale und Sappeure und 550 Soldaten aufzuweisen haben. Ferner wird ein Luftschifferregiment mit 7 Kompagnien gebildet werden. Raimond sprach die Bedeutung aus, daß die Lage weniger gut sei, als der Minister annehme. Unter 208 Flugzeugen Frankreichs seien kaum 100, die wirklich dienstbereit seien. Raimond wies darauf hin, daß Deutschland 20 Lenkballons besäße und 10 geplant habe. Die Deutschen Luftschiffe könnten sich mit Leichtigkeit bis zu 2000 Meter erheben und hätten teilweise eine Schnelligkeit von 70 Kilometer in der Stunde. Die französischen Lenkballons hätten aber nur eine Höhe von 45 Kilometer. Die Deutschen hätten 25 Luftschiffhallen gebaut und die Franzosen nur 10. Der Kriegsminister Millerand erklärte, die Kriegsverwaltung sei im Sinne der Autonomie des Flugwesens tätig. Hierauf wurde das Kapitel angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Türkei.

Aus dem mazedonischen Hexenkessel.

Uesküb, 13. Februar. In der Gegend von Krotovo herrscht infolge der Bandenbewegung große Unsicherheit, so daß die Mühlen in der Nacht nicht arbeiten können. Da inzwischen auch eine neue Gewerbesteuer eingeführt wurde, sind die Mühlenbesitzer in den Streik getreten. Dadurch ist eine Mehlnot eingetreten, und die Bäcker müssen ihre Vorräte aus weiter Ferne herbeiholen.

Monastir, 13. Februar. Die Albanesen richten an die Pforte eine letzte Aufforderung, ihren Wünschen gerecht zu werden. Sie drohen, ihre Dörfer zu verlassen und Banden zu bilden. Die Forderungen der Albanesen erstrecken sich auf die Wiedererlangung der Erlaubnis des Waffentragens und auf Verminderung der Steuern.

Konstantinopel, 13. Februar. Die Pforte stellte der am Sonnabend nach Albanien abreisenden Reformkommission einen vorläufigen Kredit von 100 000 Pfund aus. Die Kommission wird an Ort und Stelle die notwendigen Entscheidungen selbst treffen und hat auch Autorität, Beamte abzusetzen. Die Reformkommission wird begleitet von dem Chef des Gendarmeriewesens, in dessen Begleitung sich drei fremde Instruktionsoffiziere befinden. Die Gendarmerie soll nach den Plänen des französischen Reformators General Baumann organisiert werden.

Amerika.

Die Lage in Mexiko.

Neuyork, 13. Februar. Einer Depesche aus Mexiko zufolge hat Präsident Madero daran verzweifeln, die Ordnung mit Hilfe der augenblicklich bestehenden demokratischen Verwaltung wieder herzustellen, und sich entschlossen haben, energische Maßregeln zu ergreifen. Gonzales Salas soll an Stelle von Geranino Trevino zum Kriegsminister erwählt werden. Die Revolutionäre werden zu Hunderten hingerichtet. Die Regierungstruppen haben Order erhalten, kein Pardon zu geben. Auf den Kopf des Generals Zapata wurde vom Präsidenten Madero eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Ermordung eines Deutschen.

Washington, 13. Februar. Hier eingetroffene Nachrichten berichten über den gestern an einem Deutschen verübten Mord in Elprovenir durch mexikanische Banditen. Der Unglückliche sei von den Verbrechern buchstäblich zu Tode gehackt worden.

Neuyork, 13. Februar. Wie New York Tribune aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement die amerikanischen Konsuln in Mexiko angewiesen, über die Ermordung des deutschen Rancheigers Hans Angelmann bei Elprovenir durch mexikanische Banditen eine Untersuchung anzustellen.

China.

Die neue Republik.

Gestern abend trafen, wie aus London, 13. Februar, gemeldet wird, die drei Edikte veröffentlicht, die den Umschwung der Dinge in China ankündigen. Sicher scheint zu sein, daß die Lösung auf der Grundlage der Vorschläge von Juanschikai gefunden wurde, der damit einen beispiellosen Triumph seiner staatsmännischen Kunst erlebt, was von allen chinesischen Blättern bestätigend hervorgehoben wird. Das Veröffentlichte ist kurz zusammengefaßt folgendes: Der Kaiser behält den Titel: Kaiser der Ta-Tsching. Die Zivilliste ist auf vier Millionen Mark festgesetzt. Der Kaiser residiert im Sommerpalast mit einer mächtigen Leibgarde. Tatsächlich wird also der Kaiser jetzt der „höchste Priester", und so bleiben die Grundlagen der chinesischen Gesellschaft fast unberührt. Da die außerhalb des bisherigen Reiches stehenden Mandschuren, Mongolen, Turkestaner, Mohammedaner und Tibetaner Bürger des neuen Gemeinwesens werden, ist die Schaffung neuer Provinzen oder Staaten erforderlich. Wahrscheinlich werden zwei tibetanische, vier mongolische und eine turkestanische Provinz gebildet, natürlich neben den chinesischen. Die Hauptstadt bleibt unverändert, nur wird wahrscheinlich nach dem Beispiel Südafrikas Nanking zum Zentrum gewisser Verwaltungszweige, namentlich der Münze und der Finanzen gemacht werden. Die Ablösungsdekrete sind bei Wutingfang angekommen und man nimmt an, daß die Republikaner sie annehmen werden. Die Lösung gilt in Peking als ein wundervolles Kompromiß und befriedigt die Fremden wie die Chinesen.

General Yan Tian Wei hat die Konsulate in Chefoo benachrichtigt, daß er zum republikanischen Gouverneur der Mandschurei ernannt worden ist.

Peking, 13. Februar. Juanschikai wird in Tientsin eine provisorische republikanische Regierung errichten und selbst dorthin übersiedeln. Die fremden Gesandten in Peking sind amtlich von der Errichtung der Republik unterrichtet. Die Mandschurei scheint vorläufig die Errichtung der Republik nicht anzuerkennen.

Was die Stellung der Mächte zur Republik betrifft, so wird in politischen Kreisen angenommen, daß die Mächte der Republik China gegenüber eine abwartende Haltung einnehmen werden. Eine Anerkennung der Republik dürfte erst in einem späteren Zeitpunkte erfolgen.

Ein neuer Aufstand.

London, 13. Februar. Die Regierung ist benachrichtigt worden, daß in Wei-hai-wei ein Aufstand ausgebrochen ist, und daß die britische Botschaft in Peking telegraphisch gebeten wurde, Truppen nach dem Unruhegebiet zu entsenden.

Der Tripolis-Krieg.

Terni, 13. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) In der vergangenen Nacht führte der Feind zwei heftige Angriffe auf die italienische Südfront aus; beide wurden erfolgreich zurückgewiesen. Der erste dieser Angriffe wurde abends gegen 11 Uhr durch eine Bewegung begonnen, die darauf abzielte, die vorgeschobene neue italienische Verteidigungslinie und die rechte Seite der älteren Linie, die sich weiter zurückbefindet, einzuschließen. Der Angriff wurde von einer Kompagnie des Gebirgsbataillons Edolo, die das neu angelegte kleine Fort Lombardia bewacht, und von anderen Kompagnien desselben Bataillons, die sofort herbeieilten, zurückgeschlagen. Zwei aufeinander folgende Angriffe mit Bajonetten trieben den Feind in die Flucht. Gleichzeitig warfen sich andere Abteilungen gegen den italienischen äußersten rechten Flügel und machten zweimal einen Angriff auf die Redoute, wurden aber beidemal nach heißem Kampf bei den Drahthindernissen vor der Redoute zurückgetrieben. Zum Erfolg der Italiener trugen nicht wenig das sehr wirksame und zur rechten Zeit erfolgende Eingreifen der fünf Forts, die sehr zweckmäßige Verwendung der Hunde, die den Vormarsch der Feinde ankündigten, und die großartige Wirkung der Scheinwerfer bei, die, trotzdem sie ganz besonders das Ziel eines ständigen feindlichen Feuers waren, ruhig und geschickt gehandhabt wurden. Um 2 Uhr morgens war der Feind vollständig zurückgeschlagen. Vor diesem Teil der italienischen Front wurden bei Tagesanbruch zahlreiche Zeichen sehr erster feindlicher Verluste wahrgenommen, außer sechzig Toten wurde ein Schwerverletzter gefunden. Die Verluste auf italienischer Seite beliefen sich auf drei Tote und 22 Verletzte, darunter ein Offizier. Während dieser Kampf zu Ende ging, griffen andere Streitkräfte am rechten Ufer des Dernaflusses das kleine Fort Piemonte und die Schanzen an und drangen auch hier bis dicht an die italienischen Drahthindernisse und die dazugehörigen Verteidigungswerke vor, von wo sie auf weniger als 200 Meter Abstand ein heftiges aber wirkungsloses Feuer eröffneten. In diesem Kampf hatten die Italiener keine Verluste.

Tobruk, 13. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Heute früh eröffneten einige feindliche Gruppen ein Feuer gegen eine Abteilung Italiener, die einen Hügel besetzen wollten, wurden aber durch einige Schüsse aus den Kanonen des Forts vertrieben. Später begannen andere Gruppen aus großer Entfernung auf eine italienische Kompagnie zu schießen, die zur Erkundigung einer kürzlich eingenommenen Stellung des Feindes entsandt war. Die Kompagnie erwiderte, unterstützt von einigen Feldgeschützen, das Feuer.

Neues aus aller Welt.

Das Brandunglück auf der Litrandrograube.

Beuthen, (Oberschlesien), 13. Februar. Im ganzen sind elf Leichen geborgen, die übrigen Bergleute sind unverletzt gerettet worden. Die Rettungskolonne konnte am Abend bis an die Brandstelle vorrücken und das Feuer löschen, so daß jetzt jede Gefahr als beseitigt betrachtet werden kann.

Selbstmord einer böhmischen Schauspielerin.

Prag, 13. Februar. Die am hiesigen Tschechischen Theater tätige 18jährige Schauspielerin Emilie Enderst verübte im Vorort Nusl auf offener Straße einen Selbstmord, indem sie sich eine Kugel in den Kopf schoß. Ueber das Motiv der Tat konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Ein ungemütlicher Turnverein.

Paris, 13. Februar. In Palaiseau kam es während eines Konzerts zu einer blutigen Schlägerei zwischen Soldaten des 22. Kolonialregiments und den Mitgliedern eines Turnvereins. 17 Soldaten wurden plötzlich von 40 Zivilisten angegriffen, mit Flaschen und Gläsern bombardiert und durch Stockhiebe arg zugerichtet. Mehrere Soldaten und ein Gendarm wurden schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft ordnete eine strafrechtliche Untersuchung an und die Militärbehörde beschloß, die Besatzung des Forts von Palaiseau zu wechseln.

Schwere Schülerkatastrophe.

Nizza, 13. Februar. Wie aus San Remo berichtet wird, erfolgte heute vormittag eine eigenartige Katastrophe, die bisher den Tod von fünf blühenden Menschenleben zur Folge hatte. 45 Schüler der Elementarschulen machten einen Spaziergang, als plötzlich die Erde unter ihnen nachgab und sich eine große unterirdische Kluft öffnete. Der Boden war, wie die sofort angestellte Untersuchung ergab, von dem Meere unterspült worden, so daß sich ein hohler Raum gebildet hatte, der außerordentlich tief war. Wie verlautet, sind bis jetzt fünf Leichen und zehn mehr oder weniger schwerverletzte Schüler aus dem Abgrund an die Oberfläche geschafft worden. In der Stadt selbst hat die Nachricht von dem schweren Unglück einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Ergreifende Familienszenen spielten sich ab. Die Unglücksstätte ist von einer ungeheuren Menschenmenge umlagert.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

45. Sitzung vom 14. Februar, vorm. 11½ Uhr.

Am Regierungstische: Vitzthum, v. Otto, v. Seydewitz.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betreffend die

Neuregelung des gesamten Beamtenrechts und des Disziplinarverfahrens.

Es liegen nicht weniger als fünf Anträge vor. Zunächst der Antrag Kleinhempel (natl.):

die Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs des Inhalts zu ersuchen, daß das sächsische Gesetz vom 23. August 1878, das Disziplinarverfahren gegen städtische Beamte betreffend, auch Anwendung finden soll auf die berufsmäßigen Bürgermeister in Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte und auf die berufsmäßigen Gemeindevorstände, ferner auf alle mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten und Unterbeamten in beiderlei Städten und in Landgemeinden, auch wenn sie nicht auf Lebenszeit angestellt sind.

Der Antrag Schanz-Mangler (kons.):

die Staatsregierung zu ersuchen, durch Vorlegung eines Gesetzentwurfs das gesamte Beamtenrecht einer grundsätzlichen Neuordnung zu unterziehen.

Der Antrag Roth (Fortschr. Volksp.):

die Staatsregierung zu ersuchen, noch in der gegenwärtigen Session den Ständen einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem an Stelle der jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Zivilstaatsdiener eine einheitliche, den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung des gesamten Beamtenrechts für Staat und Gemeinden herbeigeführt wird.

Der Antrag Seyferth und Genossen (natl.):

die Staatsregierung zu ersuchen, durch Gesetz — soweit dies nicht durch bereits erschienene Dekrete geschehen ist — das Beamtenrecht den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechend einheitlich zu regeln, unerwartet dieses Gesetzes aber in allen Zweigen der Staatsverwaltung dafür zu sorgen,

1. daß die Zahl der etatmäßigen Stellen nach dienstlich sachlichen Bedürfnissen, vor allem danach bestimmt werde, daß solche Arbeiten, die in der Regel Beamten zu übertragen sind, nicht dauernd von Anwärtern, Hilfsarbeitern oder Arbeitern verrichtet werden müssen,
2. daß die Zahl der anzunehmenden Beamtenanwärter in ein angemessenes Verhältnis zur Zahl der Beamtenstellen gesetzt werde,
3. daß die Bestimmungen über die Vorbildung, über die Art und Dauer der Dienstausbildung, über die Beamtenprüfungen, über die der etatmäßigen Anstellung vorausgehende Wartezeit grundsätzlich geregelt werde, und
4. daß innerhalb der etatmäßigen Stellen ein angemessenes, berechtigte Ansprüche der Beamtenschaft befriedigendes Verhältnis der Anfangsstellen zu den Beförderungsstellen geschaffen werde.

Und endlich der Antrag Schnabel-Löbner (natl.):

die Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes vom 23. Dezember 1908, die Aufhebung des § 30 der Revidierten Städteordnung und des § 23 Absatz 2 der Revidierten Landgemeindeordnung betreffend, dahin zu ersuchen, daß der Vorteil des sogenannten Beamten-Fünftels auch denjenigen nach dem Jahre 1908 in Sachsen wieder angezogenen Personen zugute kommt, die ihn vor dem Jahre 1908 besaßen, in diesem Jahre aber wegen Dienstaufenthalts außerhalb Sachsens in Sachsen nicht gemeindesteuerpflichtig geworden sind.

Alle fünf Anträge werden auf Vorschlag des Präsidenten Dr. Vogel gemeinsam behandelt.

Abg. Kleinhempel (natl.) begründet den an erster Stelle stehenden Antrag. Das Disziplinarverfahren, wie es schon jetzt für Staatsbeamte, Geistliche und Lehrer besteht, muß auch auf die berufsmäßigen Gemeindebeamten ausgedehnt werden. Unter den jetzigen Verhältnissen ist der Gemeindebeamte bei einer Verfehlung einfach dem wirtschaftlichen Ruin verfallen, da ihm kein Rechtsmittel gegen seine Bestrafung zur Seite steht. Unser Antrag ist um so annehmbarer, als dem Staat daraus nur minimale Kosten entstehen werden.

Abg. Dr. Schanz (kons.) führt zur Begründung des Antrags Schanz-Mangler aus, daß dieser nicht zum erstenmal das Haus beschäftigt. Der Beamtenstand hat sich gegen früher ganz kolossal vermehrt, es ist deshalb begreiflich, daß er infolge seiner besonderen Stellung auch ein ganz anderes Recht beanspruchen kann als die freien Berufe. Es gilt deshalb, hier feste Rechtsnormen zu schaffen. Unsere Forderungen gehen in dieser Beziehung dahin, daß das neue Gesetz nicht zu eng gefaßt und keine Vorschriften über die Höhe der Beamtenbezüge enthalten darf. Es muß dagegen einen möglichst festen Rechtszustand, Bestimmungen über die Gliederung der Beamtenschaft, Verbesserungen hinsichtlich der unkündbaren Anstellung usw. enthalten. Das Gesetz sollte nicht Staatsdiener-, sondern Staatsbeamtengesetz genannt werden. Die Dienstzeit im Hilfsdienste muß angerechnet werden, ferner dürfen die Personalakten nicht absolut geheim gehalten werden, vielmehr müßte man den Beamten mindestens aller drei Jahre Gelegenheit geben, diese Akten einzusehen. Endlich sollte man den Beamten ausreichenden Urlaub gewähren und ihnen die Teilnahme an politischen Vereinen gestatten. (Beifall rechts.)

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion fort.)

Dresdner Polizeibericht vom 14. Februar.

Am Sonntage, nachts gegen 2 Uhr, hörte ein auf der Holbeinstraße patrouillierender Gendarm fortgesetzt laute Hilferufe und entdeckte in einer zum Grundstück Nr. 10 der Meißnerstraße gehörigen, am Landgraben gelegenen, 3 Meter tiefen, ziemlich zur Hälfte mit Wasser gefüllten Grube einen Mann in hilflosem Zustande. Unter Beistand zweier Männer wurde er aus der Grube gezogen, in der er etwa eine halbe Stunde lang bis an die Brust im Wasser gestanden hatte. Auf der Sicherheits-Bezirkswache, wohin man ihn zunächst brachte, gab er an, er sei Kartonnagenarbeiter und vor zwei Tagen von Wien nach Dresden als Schübling befördert worden. Ohne Wohnung und Geldmittel habe er sich nach einem Raume umgesehen, in dem er habe nächtigen wollen. Dabei sei er an die dachförmig gedeckte Grube gekommen, die er für ein Gewächshaus angesehen hatte. Beim Einsteigen in diese sei er sogleich ins Wasser gefallen. Der Bedauernswerte fieberte stark und wurde deshalb ins Krankenhaus gebracht. Seine Personalien ist festgestellt.

Beim Ueberschreiten der Fahrstraße wurde vorgestern an der Kreuzung der Schandauer und Pohlandstraße eine ältere Frau von einem Straßenbahnwagen umgerissen. Sie kam unter den Vorderstandplatz auf die Fangvorrichtung zu liegen und wurde von dieser seitwärts neben das Gleis geschleudert. Ein Stadtbezirksaufseher legte der an der Nase schwer verletzten Frau einen Notverband an und brachte sie nach ihrer Wohnung. Hier stellte ein Arzt fest, daß sie noch eine Verstauchung des linken Handgelenks und eine Blutgeschwulst am rechten Oberschenkel erlitten hatte. Die Schuld an diesem Unfall schreibt sich die Verunglückte selbst zu.

Aus Liebesgram nahm gestern vormittag in der Neustadt ein 19jähriges Mädchen in der Wohnung ihrer Dienstherrschaft in selbstmörderischer Absicht Lysol zu sich, lief darauf in die in der Nähe befindliche Wohnung ihrer Eltern und brach hier zusammen. Man brachte sie ins Krankenhaus.

Vor einigen Tagen hat eine unbekannte Frauensperson in einem Galanteriewaarengeschäft der Prager Straße, während die Verkäuferin verschiedene Wachsperlenkolliers zur Ansicht vorlegte, in einem unbewachten Augenblicke ein derartiges Kollier im Werte von 10 M. gestohlen. Die Unbekannte, die den Eindruck einer besseren Dame macht, ist ungefähr 32 Jahre alt. Bei anderweitem Auftreten derselben wird um sofortige Benachrichtigung des nächsten Gendarmeriepostens ersucht.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 15. Februar:

Südostwind; teils heiter; teils neblig; kälter; trocken.

Letzte Telegramme.

Marokkanisches.

Paris, 14. Februar. Aus Arzila wird vom 7. Februar gemeldet: Raisuli habe dem Oberstleutnant Sylveire und dem spanischen Konsul von Larasch Clara mitgeteilt, er könne Spanien die Ermächtigung zur Besetzung der Stadt nicht erteilen. Sie müßten die erforderliche Erlaubnis vom Sultan und vom Machsen erlangen. Sylveire und Clara seien darauf nach Elksar zurückgekehrt.

Nach einer Meldung aus Colombe-Bechar fand zwischen einer französischen Abteilung und der marokkanischen Räuberbande, die kürzlich Abrodura und seinen Begleiter ermordet hatte, in der Gegend von Tschebel-Tait ein Scharmützel statt. Die Räuber flüchteten unter Zurücklassung von mehreren Toten und Verwundeten.

Die Republik in China.

London, 14. Februar. Die Times melden aus Nanking von gestern: Die kaiserlichen Edikte haben viele Republikaner nicht befriedigt, da sie eine Anerkennung des Abkommens mit der provisorischen Regierung nicht enthalten und diese überhaupt nicht erwähnen, und da ferner die Macht auf Juanschikai persönlich und nicht auf eine provisorische Regierung übertragen worden sei. Die Nationalversammlung wird morgen über die Lage beraten und über die künftige Politik beschließen.

Peking, 14. Februar. In einem heute erschienenen Manifest nimmt Juanschikai den Titel eines Bevollmächtigten Organisators der Republik an. Er befiehlt den Zivilbeamten und der Polizei, ihre Obliegenheiten weiter zu verfolgen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Manifeste sind jetzt an die Stelle der kaiserlichen Edikte getreten. Die chinesische Presse veröffentlicht heute in rotem Druck die gestrigen drei Edikte. Die Blätter bezeichnen die Art, wie die Republik begründet wurde, als eine wundervolle Leistung und betonen die Schnelligkeit des Umschwunges sowie den geringen Verlust an Menschenleben.

Haftbefehl gegen einen Arbeiterführer.

Neuyork, 14. Februar. Gegen den Vorsitzenden des internationalen Verbandes der Brücken- und Eisenarbeiter, Ryan, ist im Zusammenhang mit dem Dynamitanschlage in Los Angeles ein Haftbefehl erlassen worden. Auch andere Arbeiterführer sind in Anklagezustand versetzt worden.

Die Kämpfe in Mexiko.

Torreon, 14. Februar. Nach einer offiziösen Meldung sind bei Lorda 26 Rebellen gefallen und 46 gefangen genommen worden. Die Verluste der Regierungstruppen werden nicht bekannt gegeben.

Feuersbrunst.

Amsterdam, 14. Februar. Heute früh brach in einem Speicher der Gesellschaft Oceana im Hafenviertel ein Brand aus, dem das ganze 150 Meter lange Gebäude zum Opfer fiel. Waren im Werte von etwa einer Million Gulden sind mit verbrannt.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Potschappel, Dresdner Straße 4, gegenüber dem „Goldenen Löwen“. — Geschäftszeit: Wochentags v. 9—1 Uhr und 3—6 Uhr. Montags bis 7 Uhr. Telephon: Amt Deuben Nr. 774.

Bezirk Altenberg-Schmiedeberg.

Sonntag den 18. Februar, nachmittags 3½ Uhr, im Ratskeller in Altenberg: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Landtags-Abgeordneten **Lüke.** 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten. — Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Verband Dresdner Billardklubs

Sonnabend den 17. u. Sonntag den 18. Februar, in **Scheinpflugs Restaurant, Braunschweiger Hof,** Freiberger Platz 11

Große Verbands-Prämienpoule

60 Preise, darunter 20 große geräucherte Schinken. Sonnabend Prämie. Trostpreis.

Hierzu ladet Mitglieder und deren Angehörige ein

Der Gesamt-Vorstand.

Verein gegenseitiger Unterstützung im Todesfall.

Sonntag den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr

Haupt-Versammlung

im **Schmutzlers Restaurant, Deuben.** Bahnhofstraße.

Tages-Ordnung: Statutengemäß. **Der Vorstand.**

Verband der Hutarbeiter u. -arbeiterinnen.
Bezirk Kreischa-Lungwitz und Umg.

Sonntag den 18. Februar 1912 im Etablissement Blasche in Kreischa

Tanzabend verb. mit Kotillon.

Anfang 6 Uhr. — Ende nachts 1 Uhr.

Karten hierzu sind bei sämtlichen Hauskassierern für Mitglieder und deren Angehörige zu entnehmen und ladet zu zahlreichem Besuch freundlichst ein **Das Vergnügungskomitee.**

E. PASCHKY

Pillnitzer Str. 14, Tel. 3102	**Pfotenhauerstr. 24,** Tel. 2970
Bismarckplatz 13, „ 4102	**Wettinerstraße 17,** „ 1635
Eingang Lindenaustraße.	**Rosenstraße 43** „ 1725
Kollnerstraße 12, Tel. 2806	**Hechtstraße 27** „ 4506
Eingang Striesner Straße.	**Torgauer Straße 10,** „ 1539
Warthaer Str. 14, Tel. 4609	**Trompeterstraße 5,** „ 2967
Alaunstraße 4, „ 2237	**Kesselsdorfer Str. 18** „ 4114

Bienertstraße 11, Tel. 4871

Kontore und **Lagereien: Wolfshügelstraße 1,** Telephon 1634.

Donnerstag vormittag lebendfrisch aus See eintreffend:

1000 Pfd. Seeforellen Pfd. 22 Pf.

in ganz hervorragend feiner Qualität . . . . . bei mindestens 50 Pfund à 17 Pf. Postkolli 225 Pf.

Diese Seeforellen gebraten und mit Kartoffelmus und brauner Zwiebel serviert, sind ein ganz besonders leckeres Mahl.

Ferner Donnerstag vormittag wieder zu erwarten:

Grüne Makrelen-Heringe Pfd. **18** Pf.

zum Braten, Kochen usw., erstklassige, große .

Goldbarsch, ohne Kopf — nur Fleisch, in garren, entgräteten Fischen . Pfund **22** Pf.

Seelachs, ohne Kopf — ff. groß, in Fischen . . . . . Pfund **20**

Kabljau, ohne Kopf — nur Fleisch, in ff. Fischen . . . . . Pfund **20** Pf.

Ausführliche, gedruckte Kochrezepte gratis!

Lebensfrische Donau-Tafel-Karpfen

feine lebenden Fische. **Pfund 60 Pf.**

Bei mindestens 10 Pfd. à 55 Pf., 50 Pfd. à 50 Pf., Postkolli 500 Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme!

Extra billigste Offerte!

Ca. weiße **Elsasser Hemdentuch-, Damast- u. Manchester-**

Reste nach Gewicht.

Ferner:

Coupon à 20 Mtr. **Hemdentuch,** Ia Qual.	jetzt 7.50 M.,	sonst 9.00
„ 4.20 „ „ Ia „	„ 9.00 „	„ 10.40
„ 4.20 „ „ Ia „	„ 9.50 „	„ 11.00
„ 4.20 „ „ Ia „	„ 12.00 „	„ 13.60

Ungebleichten Nessel zu Hemden

Coupon à 20 Mtr. 9.00 M., sonst Mtr. 48 Pf.
„ 4.20 „ 9.00 „ „ „ 50 „

Nessel, 160 cm breit

4½ Mtr., Stück zu 2 Bettüchern reichend, 3.80 M., sonst 4.50

Ungebleicht Barchent

10-Pfund-Stück, circa 32 Mtr. 12.50 M., sonst Mtr. 40 Pf.
„ „ „ 30 „ 12.00 „ „ „ 52 „

Ungebleicht Bettsatin, gestr.

1 Bezug und 2 Kissen, richtig groß, jetzt à 5.00 M., sonst 6.50

Ungebleicht Bettdamast

1 Bezug und 2 Kissen, richtig groß, jetzt à 6.00 M., sonst 6.75

Kleiderstoffreste sowie alle **anderen Waren** altbekannt sehr **billig** empfiehlt **Webwaren-Niederlage, Potschappel**

Dresdner Straße 39b. Nur 1. Etage. Kein Laden.

Schuhwaren

Herren- u. Damenst. 5.75, Schäferstraße 49b pt. u. Wachsbleichstr. 2b.

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen

---

4. Wahlkreis. Bezirk Weissig.

Sonntag den 18. Februar, nachm. 3 Uhr, in Weidels Gasthof in Weißig

Oeffentl. Frauen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Welches Interesse haben die Frauen an den Forderungen der Sozialdemokratie.

Referentin: Frau **Marie Wackwitz,** Dresden.

Freie Aussprache für jedermann.

Frauen und Männer von Weißig und Umgegend! Zeigt, daß ihr Interesse habt an den Idealen der Arbeiterbewegung; keine Person aus dem Arbeiterstande darf fehlen. Darum auf in die Versammlung. **Der Einberufer.**

Sozialdemokr. Verein Bezirk Striesen

Sonnabend den 17. Februar 1912
im Etablissement Hammers Hotel

Heiterer Abend

Mitwirkende:

Konzertsängerin Frl. **Anna Klotz,** Sopran; Herr Schauspieler **A. Wagner,** Rezitationen; Künstler-Streichquartett: Herr **J. Schlechter,** 1. Violine; Herr **E. Einert,** 2. Violine; Herr **E. Müller,** Viola; Herr **G. Grossmann,** Violoncello; 2. **Bundesmännerchor** Striesen-Johannstadt.

Nach dem Konzert: **Grosser BALL.**

Einlass 7 Uhr :: Karte 30 Pf. :: Anfang 8 Uhr.

Karten, **nur** für Mitglieder und deren Angehörige, sind bei den Beitragssammlern zu entnehmen.

Zu **zahlreichem Besuch** ladet die Mitglieder ein **Die Verwaltung.**

Ausstellung der Gartenstadt Hellerau

im **Künstlerhaus,** Eingang Grunaer Strasse, vom 11. bis 21. Februar 1912, von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. — **Eintritt frei.**

Pläne, Photographien, Grundrisse und sonstiges Material. Häuser von 200 Mark bis 3000 Mark.

Zahn-Praxis
Max Wagner

Wettinerstraße 18, 1 **Dresden,** Wettinerstraße 18, 1

früher **Rudolphs Zahnatelier.**

Spezialität: **Zahnziehen in örtlicher Betäubung.**

Zahnersatz in bester Ausführung. — Plombierungen.

Leichte Zahlungsweise.

Klepperbein's echte grüne Pommeranzenessenz sog. Lebens- oder Bischofsessenz.

bewährt sich vorzüglich zur Nervenstärkung und bei Leiden des Magens und der Verdauung. 15—20 Tropfen auf Zucker oder in ernsteren Fällen 1—2 Teelöffel in ein Glas Rotwein geschüttet, tut bei Magenkrampf, Kolik, Blähungen, Leibweh, sog. Kater oder andere Magenverstimmungen gute Dienste. Täglich in obiger Weise eingenommen macht das Aussehen gesund und frisch, behebt Blutarmut u. Bleichsucht u. ist ebenso abends vor dem Schlafengehen genommen b. Schlaflosigkeit sehr anzuraten. Ferner außerordentlich wohltuend b. Migräne, Nervosität, Gemütsverstimmung, und sollte man diese überaus bewährte Essenz stets vorrätig halten und auf der Reise bei sich führen. Um sich vor Fälschung zu schützen, verlange und kaufe man stets die echte Klepperbeinsche Marke „Kluger Vogel“. In Flaschen à M. —.50, 1.—, 2.75, 5.—

Bordeaux-Wein Cru Bibian Fl. M. 1.20

C. G. Klepperbein, Dresden, Frauenstr. 9. gegr. 1797

+ Frauen +

gebrauchen bei Störungen **Perioden-Pulver** Schachtel 2.50 M. Preisliste gratis. **Alle hygienischen Bedarfsartikel** Muttersprigen, Gummiwaren usw.

E. Pietzsch, Dresden, Zahnsgasse 7.

Herren- und Knaben-Garderoben-Kaufhaus

Seestraße 13, 1. Etg.

Inh.: **Karl Kreidl**

Spezial-Geschäft für nur **moderne Herren- u. Knaben-Garderobe**

in jeder Preislage **neu getragen**

Fracks, Gehrock-Anzüge, Smokings, Zylinder, Klappbüte werden billigst verliehen.

Musikinstrumente aller Art
Schallplatten
20 Proz. Rabatt

Neueste Aufnahmen.

Friedrich Adam
nur Ziegelstrasse 4.

Kinderwagen, Klappsportw. zu verk. Freiberger Str. 65, pt. l. Gebrauchte nehme in Zahlung.

+ Frauen +

gebrauchen bei Störungen **Perioden-Pulver** Schachtel à 2.50 M. **Prospekte gratis.**

Frau Hennig, Am See 24.

Schuhwaren!

Herren- und Damenstiefel 5.75 Pf.

Wachsbleichstr. 2b.

Niederpesterwitz.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung** sowie auf sämtliche **Parteiliteratur** nimmt entgegen

W. Heinrich

Potschappler Straße Nr. 6

Annahme von Inseraten.

Vereine! Wirte!

kaufen unerreicht billig **Kotillon-Mützen,** Dtz. v. 10 Pf. an, **Faschingsartikel, Warenlotterien und Tombola-Loosröllchen** bei

Ernst Koch Nachf.

Galeriestraße 4, 1.

Marke Hörenz

Dänisch Bündel

ein milder Stift

+ Frauen +

Bei **Beschwerden, Unregelmäßigkeiten** etc. versuchen Sie bitte sofort meine

Frauen-Tropfen

à Flasche 4.— und 6.50 M.

Speziell empfehlenswert gleichzeitiger Gebrauch von Frauentee, à 1.25 M.

Hauptdepot für Dresden und Umg.:

A. Blembel Nachf.
Med. Drogerie

Wilsdruffer Str. 36, **gegenüb. Postamt.**

Gasth. Zschiedge

Morgen Donnerstag

Konzert u. Ball

Es ladet dazu ein **K. Bormann.**

Restaurant

O. Branse

Bischofsweg 16

hält sich bestens empfohlen.

Klotz's Restaurant

Hellerstraße (Ecke Turnerweg) 2 Min. vom Neustädter Bahnhof.

Gemütlicher Familien-Verkehr.

Um Unterstützung bittet **Paul Klotz.**

Restaurant von

August Henke

Mohnstr. 1, Ecke Torgauer Straße

Speisen und Getränke in bek. Güte. **Vereinszimmer** (50 Pers.) zu Versammlungen, Familien- u. sonst. Veranstaltungen usw.

Vereine kaufen

Kotillon-Mützen Dtzd. v. **10** Pf. an

Schneebälle Dtzd. **25** Pf.

Luftschlangen 100 Stück **30** Pf.

TOMBOLA — LOS

Tombola-Losröllchen garant. richtig, 100 Stück 25 Pf.

Waren-Lotterien

in Riesenauswahl.

Masken-Kostüme billiger zu kaufen als zu leihen. Besichtigen Sie meine große Muster-Ausstellung.

Illustr. Prachtkatalog gratis mit bekannt bill. Preisen.

Ludwig Philippsohn

Scheffelstraße 26, I.

Telephon 699.

Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Uhren

aller Art u. gut u. billigst repariert

Neue Uhren enorm billig m. Ersparn. der Ladenmiete

Max Richter, Annenstr. 21, I.

Herren

welche Wert auf **elegante** und **gute Garderobe** legen, bietet sich Gelegenheit, in der

Reinigungs-Anstalt

Schloßstraße 4, I.

mit **neuer** sowie von Herrschaften wenig gebrauchter Kleidung zu versehen. z. B.

Maß-Anzüge 10, 15, 20 M. usw.

Maß-Paletots 8, 12, 18 M. usw.

Der besondere Vorzug unserer Garderoben besteht darin, daß dieselben nur chemisch gereinigt zum Verkauf gelangen.

Reinigungs-Anstalt

Schloßstraße 4, I.

neben Café Central.

Musik-Instrumente aller Art kauft und tauscht

nur Ziegelstrasse 13 Otto Friebel

Eckhaus Steinstrasse.

Kleiderschr., Bettstell. mit Federmatr. 10 M., Küchenschrank, Kommode 6 M., Vertiko, Waschtisch, Aufwasch-, Steg- u. andere Tische, Stühle, Federbetten spottbillig **J. Arlt, Pieschen, Leisniger Str. 8.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Karl Immolde, Dresden.**
Verantwortlich für den Inseratenteil: **Reinhold Sichler, Dresden.**
Druck und Verlag: **Kaden & Komp., Dresden.**

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37. | Dresden, Mittwoch den 14. Februar 1912. | 23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Ordnungsparteiliches Gezänk im Landtage.

Nachdem am Dienstag in der Zweiten Kammer nach längerer Debatte die Vorberatung des Gesetzentwurfs über die Uebernahme der Irrenpflege durch den Staat erledigt worden war, kam die sonderbare freisinnige Interpellation wegen der Verlegung des Stichwahltages von Sonnabend auf Montag im Reichstagswahlkreise Plauen an die Reihe. Die Verhandlung darüber gestaltete sich zu einem tragikomischen Zwischenspiele, wobei sich besonders die Konservativen und die Nationalliberalen in den Haaren lagen und sich gehörig zerzausten, während unsere Genossen die Rolle des lachenden Dritten spielten.

Brodauffs Begründung der Interpellation war mehr eine Wehklage über die sozialdemokratische Wahlagitation als eine Beschwerde über die böse Amtshauptmannschaft, die ja nach der merkwürdigen Ansicht der Freisinnigen mit schuld daran sein soll, daß Günther im 23. sächsischen Reichstagswahlkreise nicht gewählt worden ist, während doch offenbar die Amtshauptmannschaft geglaubt hat, Günther dadurch retten und die Wahl eines Sozialdemokraten verhüten zu können. Die Freisinnigen kämpften unter solchen Umständen gegen Windmühlenflügel, das konnte auch durch die Aufregung nicht verdeckt werden, die die freisinnigen Redner in belustigender Weise für ihre verfahrene Geschichte aufwandten.

Aus der Antwort der Regierung ergab sich übrigens zwischen den Zeilen heraus deutlich genug, daß dem Wahlkommissar von Plauen nichts ferner gelegen hatte, als der Sozialdemokratie einen Dienst zu erweisen oder Günthers Wahl zu verhindern. Er hat als Grund angeführt, daß der Wahltag des Markttages am Sonnabend wegen auf Montag verlegt worden sei. Im übrigen hat der Herr Amtshauptmann wohl aber auch richtig zu würdigen gewußt, daß der Montag als Wahltag für die Arbeiter weit ungünstiger ist wie der Sonnabend. Daß Günther trotzdem hereingefallen ist, mag die Freisinnigen schmerzen, sie tun aber dem Amtshauptmann völlig unrecht, wenn sie jetzt im Zorn über ihre Niederlage über ihn Beschwerde führen. Das wurde den Freisinnigen auch von den Genossen Müller und Sindermann nahegelegt. Die Freisinnigen waren aber, nachdem sie sich einmal in die komische Geschichte verrannt hatten, nicht mehr zu beruhigen. Sie bekamen schließlich auch von nationalliberaler Seite nach Sukkurs, während die Konservativen, wie zu erwarten, die Regierung und den Wahlkommissar verteidigten.

Dabei gerieten aber die Heißsporne in den beiden bürgerlichen Lagern aneinander. Der nationalliberale Abg. Köhnel hatte davon geredet, daß die Konservativen Patrioten mit Vorbehalt seien. Das wollte der konservative Rechtsanwalt Dr. Böhme nicht gelten lassen. Er entrüstete sich darob gewaltig und meinte, im Reichstage hätten die Nationalliberalen bei der Präsidentenwahl einen Unpatriotismus ohne Vorbehalt erlebt. Das brachte Hettner, den nationalliberalen Fraktionsvorsitzenden, auf die Beine und in Entrüstung. Er warf den Konservativen vor, daran schuld zu sein, daß in der Zweiten Kammer ein sozialdemokratischer Vizepräsident gewählt worden sei. Darauf antworteten die Konservativen mit Lärm, wozu auch der nationalliberale Beifall ausartete.

Und nun öffneten sich auf nationalliberalen und konservativen Bänken Schleusen sprudelnder und geifernder Beredsamkeit. Der Abg. Nitzschke beschwerte sich darüber, daß die Alldeutschen in Plauen erklärt hätten, nur für Günther stimmen zu wollen, wenn im Wahlkreise Borna Liebert gewählt würde. Als Beweismaterial legte er einige Depeschen und Briefe auf den Tisch des Hauses nieder, wo schon mehrere Flugblätter und Zeitungsartikel ausgebreitet lagen. Die weitere Debatte artete in eine regelrechte Zänkerei zwischen Nationalliberalen und Konservativen aus. Jede Partei warf der anderen vor, an der Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten schuld zu sein. Dabei erfuhr man auch manche interessanten Einzelheiten. Hettner lamentierte über die Verschärfung der Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Konservativen durch diesen Zank und darüber, daß man nicht zusammenkommen könne. Von Opitz und Schanz erfuhr man, daß die Konservativen bei der Vizepräsidentenwahl von Hettner vorher unterrichtet worden sind, daß die Gefahr der Wahl eines Sozialdemokraten bestehe, weil die Freisinnigen abgeschwenkt seien, und daß derselbe Hettner nach Fräßdorfs Wahl mit aufgehobenen Händen zu Opitz gesagt habe: „So darf es nicht weiter gehen in unserem Vaterlande, wir müssen wieder zusammen kommen."

Gleichzeitig aber räsonierten die Konservativen darüber, daß ihnen die Mitteilung über das Abschwenken der Freisinnigen bei der Wahl des Vizepräsidenten von nationalliberaler Seite nur so im Vorbeigehen hingeworfen und vor allem viel zu spät gemacht worden sei. Dazwischen sollte der Vorwurf herausklingen, die Nationalliberalen hätten die Konservativen absichtlich zu spät unterrichtet. Entrüstet erklärte Opitz: Wir konnten die Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht mehr verhindern, weil wir . . . ., er wollte sagen: zu spät erfahren haben, wie die Sache stand, der Abgeordnete Günther fiel ihm aber mit zutreffendem Zwischenrufe ins Wort: gestreikt haben, daher ging der Nachsatz von Opitz in verständnisinniger Heiterkeit unter, die die Anspielung Günthers erregte. Denn die Konservativen hatten ja tatsächlich durch Abgabe weißer Stimmzettel die Wahl des Genossen Fräßdorf zum Vizepräsidenten erst ermöglicht.

Im weiteren Verlaufe der Zänkerei regnete es hageldick konservative Vorwürfe über die Nationalliberalen. Sie sollten sich doch nicht so gebärden wegen des sozialdemokratischen Vizepräsidenten, sie seien ja schuld an der Wahl. Im Reichstage habe man's ja gesehen, wie's die Nationalliberalen machten, sogar Bebel hätten sie zum Präsidenten wählen wollen; im Landtage hätte ja Hettner schon selbst Sozialdemokraten zu Schriftführern vorgeschlagen. So rechneten die Konservativen den Nationalliberalen jeden schüchternen Anlauf zu liberalem Verhalten als Verbrechen an. Und was antworteten die Liberalen darauf? Es war ein klägliches Winden und Herausreden mit Retourkutschen. Kein mannhaftes Wort, das allein die Situation für sie hätte retten können. Statt ihr Verhalten als zweckmäßig und liberal zu betonen und zu unterstreichen, statt die oppositionelle Haltung als mannhaft zu verteidigen, hörte man namentlich von Hettner Reden, die klangen, als schäme man sich gelegentlicher liberaler Anwandlungen und sei bereit, deswegen um Entschuldigung zu bitten.

Unter diesem Gezänke und kläglichen Gekneife der Nationalliberalen ging die freisinnige Interpellation völlig unter. Als schließlich ein heftiger Hammerschlag des Präsidenten den Schluß der Debatte ankündigte, dachte kaum noch jemand an sie.

In den Abendstunden wurde noch vor leeren Bänken in die Beratung des Kapitels Ministerium des Innern eingetreten. Genosse Illge behandelte in längeren Ausführungen die sächsische Polizeipolitik. Dabei gab er zu, daß die Nadelstichpolitik zwar eingeschränkt worden sei, gleichzeitig wies er jedoch durch zahlreiche Beispiele nach, daß die Regierung noch weit davon entfernt sei, die Sozialdemokraten als gleichberechtigt zu behandeln. Der Fortschrittler Brodauf brachte eine Anzahl Beschwerden vor, der Konservative Schanz versuchte die verwerflichen Maßregeln der Amtshauptmannschaft gegen die Mehrheit des Gemeinderats in Voigtsberg zu verteidigen. Darauf antwortete noch Genosse Fleißner, der die heutige Polizeipolitik des Ministeriums des Innern auch sonst noch beleuchtete. Genosse Riem kritisierte das Versagen der Regierung in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Die größte Zahl der anfangs eingezeichneten 17 Redner hatte sich streichen lassen. Eine Nachlese der Beschwerden wird noch bei dem Kapitel Amts- und Kreishauptmannschaften vorgenommen werden.

Um die Leipziger Zeitung.

Die Mitteilungen über die Möglichkeit einer Ablehnung des Etats der Leipziger Zeitung im Landtage, die deren Eingehen zur Folge haben müßte, scheint in konservativen Kreisen Unbehagen erweckt zu haben. Denn die Dresdner Nachrichten bringen in der Sache folgende Auslassung, die ihr wahrscheinlich von der konservativen Landtagsfraktion zugestellt worden ist. Sie lautet:

In vergangener Woche ist durch fast alle sächsischen Blätter, veranlaßt durch eine offiziöse Mitteilung der nationalliberalen Fraktion an die Berichterstatter im Landtage, eine Notiz gegangen, wonach die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer die Bewilligung der für die Leipziger Zeitung im Staatshaushaltetat geforderten Mittel verweigern wolle. Nach unseren Informationen ist diese Mitteilung unbedingt verfrüht, denn über die hier einschlagenden Etatskapitel dürfte erst in der nächsten Woche verhandelt werden, so daß eine tatsächliche Stellungnahme der nationalliberalen Fraktion zu der Angelegenheit nicht vorliegen kann. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Regierung wie die Erste Standekammer einem Eingehen der Leipz. Ztg. zustimmen würden. Unter allen Umständen ist es für die Regierung von größtem Werte, eine Zeitung zur Verbreitung ihrer Auffassung jederzeit zur Verfügung zu haben, was mit einem vollständig farblos gehaltenen „Staatsanzeiger", wie er in anderen Bundesstaaten als einziges Regierungsorgan besteht, nicht zu erreichen ist. Aus Verhandlungen in früheren Landtagen ist auch erinnerlich, daß die nationalliberale Partei in beredter Weise für die Erhaltung der Leipz. Ztg. eingetreten ist. Daß die Abschaffung des zweiten Regierungsblattes eine Forderung der Sozialdemokratie ist, ist ebenso bekannt wie begreiflich. Vielfach wird dabei hervorgehoben, daß die Erhaltung der beiden sächsischen Regierungsorgane ganz bedeutende Anforderungen an die Steuerzahler stelle. Dies wird man aber kaum als begründet ansehen, wenn man erwägt, daß nach den jetzigen Etatsforderungen beide Blätter zusammen einen jährlichen Zuschuß von etwa 25 000 M. verlangen.

Entweder ist der nationalliberalen Fraktion nach bekannten Mustern wieder einmal vor ihrer eignen Courage bange geworden, oder sie beginnt doch zu schwanken, so daß die Konservativen versuchen, durch einen Druck von außen die Gefolgschaft Hettners vollends breitzuschlagen. Allzu schwer dürfte es ihnen nicht werden, denn nach dem, was jetzt von nationalliberaler Seite im Reichstag geleistet worden ist, ist auch den Nationalliberalen im sächsischen Landtage zuzutrauen, daß sie auch in Sachen der Leipziger Zeitung wieder beidrehen wollen.

Im übrigen sei zu der Notiz in den Dresdner Nachrichten bemerkt, daß man völlig daneben argumentiert, wenn behauptet wird, eine Aeußerung der Regierung zu irgendeiner Frage könne nicht in einem farblos gehaltenen Staatsanzeiger stehen. Warum nicht? Gerade ein solcher ist besonders zur Veröffentlichung von Regierungsausführungen geeignet. Wo eine solche Aeußerung veröffentlicht wird, darauf kommt es gar nicht an, die Hauptsache ist, daß möglichst alle Zeitungen von ihr Notiz nehmen oder sie abdrucken. Das ist aber sicher ebenso zu erwarten, wenn eine Regierungsäußerung nur im Dresdner Journal steht, als wenn sie noch extra in der Leipziger Zeitung veröffentlicht wird.

Der Kampf gegen die Tuberkulose im Königreich Sachsen.

s. Nach den Berichten des sächsischen Landesmedizinalkollegiums ist die Sterblichkeit an der Tuberkulose im Königreich Sachsen in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Sie verminderte sich von 1908 auf 1909 von 1,32 auf 1,25 pro 1000 Einwohner. Im Jahre 1909 kamen von 100 Todesfällen 7,86 auf das Konto der Tuberkulose. Das sei ein Erfolg des energischen Kampfes gegen die Tuberkulose. Trotz der Empfehlung des Internationalen Tuberkulosekongresses in Washington, die Anzeigepflicht für alle Tuberkuloseerkrankungsfälle staatlich einzuführen, sah sich das Landesmedizinalkollegium nicht veranlaßt, über die durch Ministerialverordnung vom Jahre 1900 vorgeschriebene Anzeigepflicht beim Wohnungswechsel von Schwindsüchtigen hinauszugehen. Das Ministerium hat eine Aufforderung zur Errichtung von Fürsorgestellen für Lungenkranke erlassen, der bisher in allen größeren Städten und teilweise auch in Landbezirken entsprochen worden ist. Die Unternehmer der Einrichtungen sind meist private Vereine, vereinzelt aber auch die Gemeinden oder Ortskrankenkassen. In fast allen Fällen werden von den Gemeinden Zuschüsse zu den Veranstaltungen gewährt. Die Aerzte haben sich gegen das hie und da an sie gestellte Ansinnen gewendet, bei den Fürsorgestellen unentgeltlich tätig zu sein. Ein außerordentlicher Rückgang der Tuberkulose wird seit zwei Jahrzehnten in Chemnitz beobachtet, der Stadt, die früher die höchsten Sterblichkeitsziffern an der Krankheit aufwies. Von 1890 auf 1909 ist die Sterblichkeit von 2,6 auf 1,5 pro 1000 Einwohner zurückgegangen. Der Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht in Chemnitz und Umgebung hat von 1908 auf 1909 seine Mitgliederzahl von 2158 auf 2704 erhöht. In der Fürsorgestelle erschienen 2895 Personen. Es wurden 333 Auswurfsuntersuchungen, 167 Probeeinspritzungen und 285 Hautimpfungen vorgenommen. Sehr förderlich für den Kampf gegen die Tuberkulose ist das Wandertuberkulosemuseum, das in einer Reihe sächsischer Städte gezeigt wurde. In Meißen wurde es in 14 Tagen von 4000 Personen besucht.

Der Entwurf eines Fischereigesetzes

ist dem Landtage zugegangen. Er bestimmt im wesentlichen folgendes: Der Fischereiberechtigte kann die Fischerei selbständig als Eigenfischer mit ausüben, wenn sein Recht an einem oder mehreren Wasserläufen eine in sich zusammenhängende Strecke von mindestens 1000 Meter in ganzer Breite umfaßt. Im übrigen werden Fischereibezirke von mindestens 2000 Meter in ganzer Breite gebildet. Sämtliche Fischereiberechtigte eines solchen Bezirks bilden eine rechtsfähige Genossenschaft. Das Fischereirecht wird den Anliegern, den Gutsherrschaften oder dem Staate nicht mehr bloß mit Wirkung einer gesetzlichen Vermutung, sondern ohne die Möglichkeit eines Gegenbeweises unentziehbar gewährt. Der Betrieb der Fischerei in schiff- und flößbaren Gewässern darf die Schiffahrt oder die Flößerei nicht hindern oder hüten. Gegenstände der Fischerei sind Fische, Krebse und Perlmuscheln. Die Perlenfischerei steht dem Staate zu; ihre Ausübung bedarf der Verleihung durch das Ministerium der Finanzen. Wenn offene Gewässer austreten, bleibt das Recht zum Fischen für die Fischereiberechtigten auf das Flußbett beschränkt. Der Eigentümer des Grundstücks ist berechtigt, die nach dem Rücktritte des Wassers außerhalb des Flußbettes auf seinem Grundstücke zurückgebliebenen Fische zu fangen und sich anzueignen. Dagegen ist jede Vorrichtung verboten, durch die das Wiederabfließen des ausgetretenen Wassers oder das Zurückgehen der Fische in das Flußbett gehindert wird. Außerdem sind verschiedene Bestimmungen des Wassergesetzes von 1909, so die über die Verunreinigung der Fischereiwässer durch Industrieabwässer, in den Gesetzentwurf aufgenommen worden.

Zwickau. Genossenschaftliche Eigenproduktion. Die Zwickauer Warenvermittlungs-Aktiengesellschaft beschloß in ihrer am Sonntag stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung mit großer Majorität den Bau eines neuen Zentrallagers und einer großen Dampfbäckerei. Die Anlage wird an dem an der Industriebahn Zwickau—Oberrothenbach liegende Gelände in Zwickau-Pölbitz errichtet und wird einen Kostenaufwand von ½ Million Mark erfordern.

Kirchberg. Zur Verschmelzung der beiden Ortskrankenkassen haben Vertreter dieser Kassen endgültig Stellung genommen. Eine Kommission wird die Vorarbeiten erledigen, um zum geeigneten Augenblick die Verschmelzung vollziehen zu können. Was für Kuriositäten durch die Zersplitterung der Krankenkassen entstehen, zeigt folgender Fall: In der Riedels-Mühle muß der Knecht bei der landwirtschaftlichen Kasse angemeldet werden, das Dienstmädchen in der Gemeindekrankenkasse und der Mühlbursche in der Ortskrankenkasse. Ein größerer Wirrwarr ist wohl nicht möglich.

Zwickau. Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch den sogenannten „Schiebetanz" hat das hiesige Schöffengericht den Handlungsgehilfen W. R. Voigt zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In dem Bautzen benachbarten Seidau war der zehnjährige Sohn des Blumenarbeiters Schaleck durch das Eis der Spree eingebrochen. Auf die Hilferufe des Knaben eilte dessen Mutter herbei und versuchte, ihr Kind zu retten. Die Frau brach jedoch selbst ein. Die Hilferufe der Frau hatte der in der Nähe wohnende Bäckermeister Alfred Golbs gehört. Er eilte herzu und es gelang ihm, zuerst den Knaben und dann auch noch die schon besinnlose Frau den eisigen Fluten zu entreißen. Nach einiger Zeit kam die Frau wieder zum Bewußtsein, so daß es Herrn Golbs unter Einsetzung seines eigenen Lebens gelungen ist, zwei Menschen vom sicheren Tode des Ertrinkens zu retten. Am Tage vorher waren bereits an derselben Stelle drei Kinder eingebrochen, die ebenfalls gerettet worden waren. — Bei der Firma Max Kohl A.-G. in Chemnitz **verunglückte** gestern der 29 Jahre alte Arbeiter Paul Steiner dadurch schwer, daß **ein 200 Kilo schweres Faß über ihn hinwegrollte.** Der Verunglückte transportierte mit noch zwei Arbeitern das Faß eine Treppe hinab in den Keller. Sie konnten schließlich das Faß nicht mehr halten, so daß der bedauernswerte Arbeiter von diesem umgerissen wurde. Er wurde sofort nach dem Stadtkrankenhause gebracht, er hatte aber derart schwere Verletzungen erlitten, daß er kurz darauf verstarb. — Unter den Trümmern einer heute früh an der Chemnitz—Annaberger Staatsstraße durch Feuer völlig eingeäscherten Feldscheune fand man den fast völlig **verbrannten Körper eines Mannes.** Der Kopf sowie die linke Körperseite waren gänzlich verbrannt. Die bei dem Leichnam gefundenen Gegenstände, eine Schnlege, einige Kleiderfetzen, etwas Kautabak, ein Messer und 45 Pfennige lassen darauf schließen, daß der Unglückliche, der hier seinen Tod fand, ein **armer Handwerksbursche war,** der in der Scheune nächtigte. — Ein **weiblicher Leichnam** wurde am Sonntag nachmittag bei Zwickau aus Ufer der Mulde geschwemmt. Es handelt sich um die 34 Jahre alte, unverheiratete Gabriele v. Reich, die seit dem 9. Januar 1912 vermißt wird. Die Verunglückte war infolge **ihrer überaus großen Kurzsichtigkeit in den Fluß gestürzt und ertrunken.** — In der chemischen Fabrik Ackermann u. Ko. in Plauen in der Gustav-Adolf-Straße wütete ein Großfeuer, das zum Ausbruch kam, als ein Lehrling mit dem Sieden von Parkettwachs tätig war. Infolge der vorhandenen feuergefährlichen Stoffe stand der Raum bald in Flammen. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle und konnte den Brand auf seinen Herd beschränken. Der Lehrling wurde **schwer verletzt.** Ein Feuerwehrmann brach durch ein Oberfenster und wurde ebenfalls schwer verletzt. — Zu der Bluttat des Korbmachergehilfen Dillinger in Reichenbach, der, wie wir meldeten, **seine Frau und fünf Kinder erschoß,** wird noch gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft Dienstag nachmittag den Tatbestand an der Mordstelle aufnahm. Dillinger hat, wie festgestellt wurde, mit seiner Frau am Sonntag den Revolver und die Munition gekauft. Am Nachmittag zeigte ihm seine Frau, wie man die Waffe zu handhaben hätte. Man nimmt an, daß Dillinger die Kinder vor dem Morde erst betäubt hat. Der Mörder hat dann seinen Opfern den Revolver direkt auf die Schläfe gesetzt. In der Nacht nach dem Morde hielt Dillinger in einer Wirtschaft mehrere Gäste frei. Die Gerüchte, daß er sich in Nahrungssorgen befand, treffen nicht zu. — Die auch in unserer Zeitung wiedergegebene Meldung von einem angeblichen Selbstmordversuch des Studenten v. Muralt aus Bern ist unzutreffend. Der Verstorbene hatte sich vor kurzem beim Reinigen seiner Waffe eine Verletzung in der Hüftgegend zugezogen, die eine Bauchfellentzündung zur Folge hatte, die nunmehr den Tod des jungen Mannes herbeiführte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik.

Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz.

Zu politischen Vereinen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes will jetzt die Justiz die Gewerkschaften stempeln. Einen Anlaß hierzu glaubt man darin gefunden zu haben, daß in dem verflossenen Wahlkampfe einzelne Gewerkschaften dem Wahlfonds der Partei Beiträge überwiesen. Darin hat man zwar bisher, wenn es sich um bürgerliche Korporationen handelte, nichts weiter gefunden, und man wird wohl auch nie davon hören, daß Kegelklubs, Kriegervereine, Industriellenverbände und dergleichen als politische Vereine angesehen werden. Den freien Gewerkschaften gedenkt man aber aus ihrer Betätigung des Solidaritätsgefühls einen Strick drehen zu können, und zwar mit Hilfe des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes. Der erste Vorstoß in dieser Richtung wurde jetzt vom Schöffengericht gegen den Bauarbeiterverband gemacht. In einer Versammlung der Zahlstelle Dresden des Bauarbeiterverbandes wurde der Beschluß gefaßt, dem Wahlfonds 1000 M. zu überweisen. Der Leiter der Versammlung war der Vorsitzende des Zweigvereins Dresden, Maurer Franz Barth. B. protestierte gegen den Beschluß, denn eine Zahlstelle hat gar keine eigene Kasse und kann nicht über die Gelder des Zweigvereins verfügen. Der Beschluß war auch statutenwidrig. Die Generalversammlung des Zweigvereins fand erst vor wenigen Tagen statt und beschäftigte sich da das erstemal mit jenem Beschluß. Der Beschluß wurde von der Generalversammlung des Zweigvereins auch nicht sanktioniert.

Der Zweigverein erhielt darauf die Aufforderung, entsprechend den Bestimmungen für politische Vereine die Vorstandsmitglieder namhaft zu machen und die Mitgliederliste einzureichen. Der Zweigverein lehnte dieses Ansinnen natürlich ab, worauf Barth wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes angeklagt wurde. B. verwies auf die Statuten, aus denen hervorgehe, daß es sich lediglich um eine wirtschaftliche Vereinigung handle. Der Beschluß in jener Monatsversammlung der Zahlstelle wurde gefaßt aus Dankbarkeit für die Unterstützung während der Bauarbeiteraussperrung. Es wurde ein Artikel „Koalitionsrecht und Bauarbeiterschutz" aus dem Grundstein vom Gericht verlesen. Hiergegen protestierte der Verteidiger, Rechtsanwalt Giese. Er machte geltend, daß die Verlesung eines politischen Artikels zur einseitigen Urteilsbildung führe und beantragte Vertagung. Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt mit der Begründung, es sei für die gegenwärtige Frage unwesentlich, ob das Verbandsorgan politisch ist.

Der Amtsanwalt war der Ansicht, es komme nicht darauf an, ob der Zweigverein oder die Zahlstelle den Beschluß gefaßt habe. Selbst nach den Statuten des Verbandes sei er als ein politischer Verein anzusehen, denn er verfolge zweifellos einen sozialpolitischen Zweck und sei infolgedessen (nach einem Kommentar zum Reichsvereinsgesetz) als politischer Verein anzusehen. In seinem Organ habe sich auch der Verband angelegentlich mit den Wahlen beschäftigt. Er beantragt deshalb Bestrafung.

Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Zu beachten sei in erster Linie, daß es sich nicht um eine Versammlung des Zweigvereins, sondern um eine solche der Zahlstelle handle. Das Gericht könne schon deshalb nicht gegen den Zweigverein eingreifen. Man dürfe aber auch nicht die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in einen Topf werfen. Es liege bei den jetzigen Rechtsverhältnissen gar kein Motiv vor, daß sich die politische Partei etwa hinter den Gewerkschaften verstecken müßte. Es sei falsch, wenn aus dem Statut eine politische Tendenz der Gewerkschaft gefolgert werde. Lese man das Statut richtig, so müsse man mit Notwendigkeit herauslesen, daß es sich nicht um einen politischen Verein handelt. Ein politischer Verein müsse eine „Einwirkung" auf politische Angelegenheiten bezwecken; es genüge nicht, wenn er sich einmal gelegentlich damit befasse. Wenn auch einmal eine Zeitung einen politischen Artikel bringt, so werde doch die Zeitung dadurch im ganzen Leben noch nicht zu einer politischen, viel weniger noch der Verein, dessen Organ die Zeitung ist. Es sei auch die Annahme falsch, daß ein Verein, der sich nebenher mit Sozialpolitik befasse, zu einem politischen wird. Man dürfe auch nicht vergessen, daß jener Artikel während der Wahlzeit erschien.

Das Gericht erkannte trotz alledem **auf 15 M. Strafe** wegen Nichteinreichung der Vorstandsliste. Für die Entscheidung, ob ein politischer Verein vorliegt oder nicht, komme nicht nur die Satzung, sondern auch die Tätigkeit des Vereins in Frage. Die Zahlung eines Beitrages zur Reichstagswahl sei eine intensivere Einwirkung auf politische Angelegenheiten als die schönsten Reden und Artikel. Die Zahlstelle sei als ganzer Verein anzusehen, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke.

Gegen dieses Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt. Im Landtage ist die Angelegenheit bereits von sozialdemokratischer Seite besprochen worden. Das Urteil wird von neuem Anlaß dazu geben.

Die freien Turner im Jahre 1911.

Die Arbeiterturnbewegung im Bezirke Dresden hat im verflossenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Wir entnehmen dem allgemeinen Teil des gedruckten Jahresberichts folgendes darüber:

„Neugründungen resp. Uebertritte aus der Deutschen Turnerschaft erfolgten am 30. März in Sagritz, am 27. Mai in Gröba (Uebertritt), am 14. Juni in Großerkmannsdorf, am 16. August in Krummenhennersdorf, am 3. September in Maren-Finkenfang, am 7. Oktober in Colmnitz, am 29. Oktober in Lorbegast, Spielvereinigung (Uebertritt). Ferner wurden einige neue Turnerinnen-Abteilungen gebildet. Die Zahl der Vereine unseres Bezirks beträgt nunmehr 84. Die Mitgliederzahl ist um 800 höher, den gegebenen Verhältnissen entsprechend nicht sprunghaft gestiegen. Der Kampf gegen die Jugendbewegung wirft seine Schatten auch auf unsere Fortschritte bei den jugendlichen Mitgliedern. In einer Anzahl von Ortschaften sind aber Vorkehrungen getroffen worden, die unserem Bezirk demnächst neue Freunde und Mitkämpfer zuführen werden. — Ein weites Feld unserer Agitation bieten uns die Verbände der Spielvereinigungen. Hier muß der Hebel der Aufklärung angesetzt werden, gehören doch diesen Verbänden meist jüngere Arbeitsgenossen als Mitglieder an. Es ist beschämend für die Arbeiterschaft, wenn sie heute noch solchen Verbänden Gefolgschaft leisten, die bewußt reaktionäre Interessen verfolgen. Eine am 2. Juli in dieser Sache einberufene Sitzung brachte zwar noch nicht die gewünschten Erfolge, es gelang uns aber Freunde zu finden, und unsere eigene Spielbewegung wird dazu beitragen, daß wir auch aus diesen Kreisen neue Anhänger gewinnen. — Die Haltung der Deutschen Turnerschaft ist ja hinlänglich bekannt, sie diente im vergangenen Jahre noch offensichtlicher als Schleppenträgerin der reaktionären Parteien wie vorher. Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Dr. Götz, sitzt heute als Dritter im Bunde im Vorstand des Reichsvereins zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung; wir geben durch noch festeres Zusammenhalten die gebührende Antwort. — Die geplante Einführung des obligatorischen Turnunterrichts für die Fortbildungsschulen könnte man begrüßen, wenn nicht die Befürworter von Hintergedanken geleitet würden. Hauptzweck dabei ist, uns die Jugend zu entziehen und der Deutschen Turnerschaft zuzuführen. Die Erfolge in dieser Beziehung sind zurzeit für die Macher noch gering in unserem Bezirk, nur in wenigen Ortschaften ist der Turnunterricht in den Fortbildungsschulen eingeführt, desto schärfer wird aber der Kampf von den Dunkelmännern geführt, mit dem Verbot an die jungen Freunde, daß sie unseren Turnübungen nicht beiwohnen dürfen. Obwohl wir wissen, daß in diesem Kampfe die Deutsche Turnerschaft die treibende Kraft ist, so müssen wir doch entschieden mißbilligen, wenn die kommunalen Behörden in einseitigster Weise in den Kampf eingreifen. Nicht nur in Dresden, wo man uns heute noch trotz wiederholtem Ersuchen das Gemeingut aller, die „städtischen Turnhallen", vorenthält und die Deutsche Turnerschaft aus dem Gemeindesäckel mit über 8000 M. füttert, sondern ähnlich verhält es sich auch in fast allen anderen Ortschaften. In dem Zeitalter einer Hygiene-Ausstellung und der Befürwortung der Körperkultur durch alle ärztlichen Autoritäten stellen sich die meisten Schulbehörden noch auf den engherzigen und parteiischen Standpunkt der Turnhallenverweigerung zu unserer Kulturarbeit für das werktätige Volk. Die Folge davon ist, daß wir in den meisten Fällen unsere Körperpflege in oft recht ungeeigneten Lokalen ausführen müssen, es ist die Ueberzeugungstreue und der Opfermut unserer Genossen zu bewundern, solche Zustände so lange zu ertragen, und an diesen wird auch die kleinliche Kampfesweise unserer Feinde zerschellen. . . . Unsere Bewegung hat mit Politik nichts gemein und wir haben dieselbe auch davon frei gehalten, aber wir werden und müssen freudigen Anteil nehmen an der Abrechnung, wie sie im Januar gegeben wurde, solange man uns als Arbeiterturner und gleichberechtigte Bürger unser Anrecht an den Gemeindeturnhallen vorenthält. — Der Ausbau unserer Gruppen hat sich auch im vergangenen Jahre in turntechnischer wie agitatorischer Beziehung bewährt. — In einer am 19. April stattgefundenen Besprechung mit den Vertretern der Jugendbildungsvereine wurde das Vertragsverhältnis zur Uebernahme der Körperpflege für die Mitglieder der Jugendbildungsvereine weiter gefestigt. Das Gegenseitigkeitsverhältnis ist ein besseres geworden, leider muß man aber bemerken, daß von unserem Entgegenkommen oft recht wenig Gebrauch gemacht wird. Wir heben an dieser Stelle nochmals hervor, daß die Körperbildung mit der Geistesbildung gleichen Schritt halten muß, eine Unterordnung in die Spiel- und Turnregeln ist Vorbedingung für Einhaltung dieser Verträge. Wir werden gern unsere Hand bieten zu gemeinsamem Wirken für die Interessen der Jugendbildung. Die Bekämpfung der Jugendbewegung durch unsere gemeinsamen Gegner zeigt uns den Weg, den wir zu gehen haben. Die Gründung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Jugendbewegung wird uns zweifellos noch manches Opfer in dem ungleichen Kampfe kosten. Wir werden aber verstehen, diese Scharten wieder wettzumachen, darum Freunde, seid einig und strebt vorwärts trotz alledem.

Wir beginnen das 20. Geschäftsjahr, es wird ein Jubiläumsjahr für uns. In zähem Kampfe haben wir unseren Gegnern den Boden abgerungen, sind wir denselben auch noch numerisch unterlegen, so ragen doch unsere Ideale und Ziele weit über die der Gegner hinaus. Man kann ruhig behaupten, und es ist ja auch im Statut der Deutschen Turnerschaft ausgedrückt, daß bei derselben das Turnen nicht mehr Hauptzweck ist. Unter der Maske „Pflege der vaterländischen Gesinnung" hat man die alte deutsche Turnerei zum Bundesgenossen der ärgsten Reaktion gemacht. Unsere Fortschritte sind es, die die Gegner veranlassen, fortgesetzt vergiftete Pfeile auf uns abzuschießen. Die unlautersten Mittel wendet man von jener Seite zu unserer Bekämpfung an. Für uns muß dies ein Ansporn sein, den Schwarzseherinnen auf die Finger zu klopfen. Den letzten Arbeitsgenossen müssen wir aus der Deutschen Turnerschaft herausholen. Unsere Ueberzeugung und unsere Ideale sind unsere reinen Waffen in diesem ungleichen Kampfe. Wenden wir diese Waffen an gegen Niedertracht und Tücke, für Geistesbildung und Körperkultur, dann muß der Erfolg werden.

Rekrutierung.

Die diesjährige Musterung der Militärpflichtigen im Aushebungsbezirke Dresden-Stadt I (umfassend alle Militärpflichtigen der Stadt Dresden mit den Namensanfangsbuchstaben A bis mit K, und zwar einschließlich der Ortsteile Cotta, Gruna, Kaditz, Löbtau, Mickten, Naußlitz, Pieschen, Plauen, Räcknitz, Seidnitz, Strehlen, Striesen, Trachau, Trachenberge, Uebigau, Wölfnitz und Zschertnitz) ist auf die Zeit vom 26. Februar bis mit 30. März 1912 anberaumt worden. Sie wird innerhalb dieser Zeit täglich mit Ausnahme des 3., 6., 10., 17. und 24. März von 9 Uhr vormittags ab in der Turnhalle des Allgemeinen Turnvereins, Permoserstraße 11/13 — Eingang Devrientstraße Nr. 15 — vorgenommen werden.

Sämtliche im Aushebungsbezirke Dresden Stadt I im laufenden Jahre gestellungspflichtigen Mannschaften, soweit sie von der Gestellung nicht ausdrücklich entbunden sind, werden daher aufgefordert, sich pünktlich zu der Musterung zu gestellen. Der bestimmte Termin, zu dem sie zu erscheinen haben, wird ihnen noch durch besondere Ladung des Rates der Stadt Dresden mitgeteilt. Wer durch Krankheit am Erscheinen im Musterungstermin verhindert ist, hat ein ärztliches Zeugnis einzureichen. Dasselbe ist durch die Polizeibehörde zu beglaubigen, sofern der ausstellende Arzt nicht amtlich angestellt ist.

Die erstmalig gestellungspflichtig gewordenen Mannschaften haben den Geburtsschein und die bereits früher zur Gestellung gekommenen Militärpflichtigen außerdem auch den Losungsschein, soweit dieser nicht bei der Stammrollenanmeldung zurückbehalten worden ist, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 3 M. zum Musterungstermin mitzubringen.

Die Gestellungspflichtigen haben in völlig nüchternem Zustand, am ganzen Körper rein gewaschen und mit reiner Wäsche versehen, im Musterungstermin zu erscheinen.

Die Losung der sämtlichen hierzu berechtigten Mannschaften wird am 1. April 1912 von vormittags 1/2 10 Uhr ab im Sitzungssaale der königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, Kanzleigäßchen Nr. 1, 2., erfolgen. Die Losungsscheine sind vom 11. April ab auf dem Militäramt Scheffelstraße 9, 2., abzuholen.

Gestellungspflichtige, welche als Ernährer erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister auf Zurückstellung Anspruch erheben wollen, haben den bezüglichen Antrag umgehend bei dem Rate der Stadt Dresden (Militäramt, Scheffelstraße 9, 2.) zu stellen, damit die in der Sache etwa noch erforderlichen Erörterungen rechtzeitig vorgenommen werden können. Gesuche um Zurückstellung wegen Berufsbildung können unter Beifügung der nötigen Zeugnisse an den unterzeichneten Zivilvorsitzenden unmittelbar gerichtet werden.

Die Mannschaften der Reserve, Marinereserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve und Marineersatzreserve, sowie unausgebildete Landsturmpflichtige des 2. Aufgebots, welche auf Zurückstellung für den Fall der Einberufung bei einer etwaigen Mobilmachung aus Anlaß häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse Anspruch machen, haben hierauf gerichtete Gesuche bei dem Stadtrat zu Dresden sofort und vor Beginn der Musterung anzubringen. Ueber solche Gesuche wird die verstärkte Ersatzkommission am 26. März 1912, vormittags 12 Uhr, Entscheidung treffen. Zur Entgegennahme der letzteren beziehungsweise zu etwaiger Auskunftserteilung haben sich die betreffenden Antragsteller in Person zur genannten Zeit im Sitzungssaale der Königlichen Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, Kanzleigäßchen Nr. 1, 2, einzufinden.

Der Verband der Kinematographenbesitzer im Königreich Sachsen (Sitz Dresden) hatte am Montag den 12. Januar in Meinholds Sälen eine Versammlung einberufen, in der die Kinobesitzer u. a. auch Stellung zu den Erörterungen im sächsischen Landtag, betreffend die Neuregelung der Kinematographenverhältnisse in Sachsen, nahmen. Ein Herr Dr. Sellnick aus Leipzig sprach über das Kinderverbot und die Konzessionspflicht für die Kinotheater. Im Anschluß an die oben erwähnten Erörterungen im sächsischen Landtag hatten die Kinematographenbesitzer eine Petition an denselben eingereicht, in der sie klarzulegen versuchten, welche „ungeheuerlichen" Werte in den Kinos stecken und in der sie den Landtag um Einführung der einheitlichen Reichsfilmzensur baten. Referent führte u. a. aus, daß an eine Konzessionspflicht für die Kinematographentheaterbesitzer eigentlich kaum zu denken sei, da man sich noch nicht recht im klaren darüber sei, zu welcher Kategorie von öffentlichen Schaustellungen, ob unter die Theater, Varietés usw. die Kinematographentheater zu rechnen seien, während ein anderer Redner die Befürchtung aussprach, daß die Konzessionspflicht für die Kinobesitzer in absehbarer Zeit doch gesetzliche Bestimmung werden wird. Was die Frage des Kinderverbots anlangte, so führte Redner aus, daß in der Schweiz, Oesterreich und noch manchen anderen Staaten das „gänzliche" Kinderverbot bestehe, wohingegen in Sachsen und insbesondere in Dresden den Kindern unter 14 Jahren bis 7 Uhr abends der Zutritt in Kinos behördlicherseits gestattet sei. In seinen weiteren Ausführungen forderte Dr. Sellnick die vollständige Beseitigung des Kinderverbots mit dem Begründen, daß die Darbietungen der heutigen Kinos für das geistige und seelische Wohl der Kinder keine Gefahr mehr bedeuteten, denn das Kinematographentheater sei vielmehr durch seine Darbietungen imstande, auf die allgemeine Volksbildung einen direkt fördernden Einfluß auszuüben. Im Verlaufe der Debatte kamen u. a. auch Mißstände im behördlichen Zensurwesen zur Sprache. Verschiedene hiesige und auswärtige Kinobesitzer klagten über die so sehr verschiedenartige Anwendung der Zensurbestimmungen durch Polizeibeamte. Vieles was in dem einen Theater zur öffentlichen Schaustellung als geeignet erlaubt worden sei, sei in dem anderen nicht erlaubt, auch sei es beispielsweise vorgekommen, daß ein Bild, das das Berliner Polizeipräsidium zur öffentlichen Aufführung als geeignet gestempelt hatte, nachträglich noch 2mal behördlich zensiert worden sei. Des weiteren kam auch die Gründung eines sogenannten „Schutzverbandes" aufs Tapet, dem fast sämtliche Kinobesitzer des gesamten Deutschen Reiches angehören und der den Zweck haben soll, die „Branche" vor den „verschiedensten Machinationen bestimmt fühlender Kreise" zu schützen.

Sitzung der Stadtverordneten morgen Donnerstag, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Antrag des Herrn Stadtv. Grützner und Genossen, die Herstellung einer Bahnverbindung zwischen Bahnhof Reick und der Vorstadt Striesen. Antrag Beck und Genossen, den Rat zu ersuchen, dem Zentral-Arbeitsnachweise für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden mit einem jährlichen Beitrage von 10 000 M. unter der Voraussetzung beizutreten, daß gewisse, die Arbeitsvermittlung bei Streiks und Aussperrungen betreffende Bestimmungen in die Geschäftsordnung des Zentral-Arbeitsnachweises aufgenommen werden. Herstellung eines elektrischen Aufzuges in der städtischen Feuerbestattungsanstalt. Umbau des Kanals in der Kamenzer Straße zwischen dem Grundstücke Nr. 9 und der Luisenstraße. Herabsetzung der Tilgungsquote für das auf dem Güntzbade haftende Sparkassendarlehn. Verzeichnis des Vermögens der Stadt Dresden auf das Jahr 1910 und der dazu vom Vorstande des Finanzamtes erstattete Bericht. Haushaltplan: Armenamt, Versorghaus, Arbeitsanstalt, Fürsorgeamt, Städtische Erziehungsanstalt, Kinderpflegeanstalt, Unterbringung von Kindern in Dresdner Familien (Stadtpflege), Unterbringung von Kindern in auswärtigen Familien (Landpflege, Waisenkolonien). — Geheime Sitzung.

Unfallversicherung der Warengeschäfte. Nach der Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts vom 15. Januar 1912 haben die Unternehmer eines Betriebes oder von Tätigkeiten, die durch die Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung neu unterstellt worden sind, die Verpflichtung, die Anmeldung ihres Unternehmens bis spätestens zum 15. März 1912 zu bewirken. Die Anmeldung hat bei dem zuständigen Versicherungsamt bezw. bei der örtlich zuständigen Behörde zu erfolgen. Für die Anmeldung kommen insbesondere die Warengeschäfte in Betracht, soweit sie nicht bereits bei der Lagerei-Berufsgenossenschaft versichert sind. Jedes Warengeschäft ist von jetzt ab anmeldepflichtig, sobald ein gewerblicher Angestellter oder zwei kaufmännische Angestellte in demselben dauernd das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden.

Ueberseetelegramme zu halben Gebühren. Seit dem 1. Januar 1912 werden auf Grund einer Abmachung zwischen einer Reihe der bedeutendsten Länder überseeische Privattelegramme, deren Erledigung erst nach Abwicklung des vollbezahlten Verkehrs erfolgt, zur halben Taxe befördert. Bis jetzt gibt diese Ermäßigung für den deutschen Verkehr mit den deutschen Kolonien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, den britischen Kolonien und China (via Emden—Vigo—Eastern). Der Text des Telegramms muß in offener Sprache abgefaßt sein; er darf keine Ziffern, Handelszeichen, Gruppen von Buchstaben oder Interpunktionszeichen sowie abgekürzte Ausdrücke enthalten. Vorkommende Zahlen müssen in Buchstaben ausgeschrieben werden; abgekürzte Adressen sind im Text zugelassen, wenn der dazugehörige Text sie als solche erkennen läßt. Für die Adresse und die Unterschrift gelten die Vorschriften der gewöhnlichen Telegramme. Dabei hat der Auf-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/6
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

stoßer eine Erklärung zu unterschreiben, daß das Telegramm ganz in offener Sprache abgefaßt ist und keine andere Bedeutung hat, als sich aus dem Text ergibt.

Die Fundgegenstände auf der elektrischen Straßenbahn aus dem letzten Vierteljahr 1911 liegen nur noch bis zum 31. März zur Abholung im Fundbureau (Ringstraße 21, neues Rathaus) bereit und werden dann versteigert. In den Wagen der städtischen Straßenbahn sind unter anderem liegen geblieben und noch nicht abgeholt: eine goldene Damenuhr mit Kette, zwei goldene Trauringe, verschiedene echte und unechte Schmucksachen, Leihausscheine, ein Zahnersatz mit Gipsabdruck, Klemmer und Brillen, Schirme und Stöcke, Wäsche und Kleidungsstücke, Markinetze, Handtäschchen, Bücher, eiserne Notenpulte, Handwerkszeug, Nahrungsmittel usw. Noch mehr Sachen aller Art, die im Januar dieses Jahres in Dresden gefunden und nicht abgeholt wurden, liegen auf dem Fundamte der Königlichen Polizeidirektion, Schießgasse 7. Es ist geradezu erstaunlich, daß die Verlierer, besonders bei wertvollen Sachen, sich so wenig darum bemühen.

Selbstmord. Das erst 15 Jahre alte Hausmädchen Ella Fischer aus Ebersdorf bei Löbau hat sich in der Wohnung seiner Herrschaft in der Ostbahnstraße aus noch unbekannter Ursache durch Erhängen getötet.

Vermischte Nachrichten. Von Arbeitern wurde in der Nähe des Ausschiffungsplatzes zu Vorstadt Cotta ein weiblicher Leichnam aus der Elbe geborgen. Die Leiche war von den Schiffen bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Ein Signalement der Toten ließ sich deshalb nur im allgemeinen feststellen. Bisher konnte der Name nicht ermittelt werden.

Aus der Umgebung.

Briesnitz-Leutewitz. Donnerstag den 15. Februar findet im Gasthof Leutewitzer Höhe ein Frauendiskussionsabend statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Reichenberg. Donnerstag, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Göritz. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung. Tagesordnung: Aufstellung des Haushaltplanes für 1912.

Possendorf. Das Ministerium des Innern hat beschlossen, die Konzession zur Fortführung der hiesigen Apotheke vom 1. Mai ab einem hierzu geeigneten Bewerber für seine Person zu erteilen. Bewerbungen sind bis 15. März bei der Kreishauptmannschaft Dresden einzureichen.

Kostwitz. Ein Geisteskranker wurde Montag morgen in die Obhut der Gemeinde genommen. Infolge seines aufgeregten Zustandes konnte auf Grund eines bei ihm vorgefundenen Ausmusterungsscheines nur ermittelt werden, daß es ein Hufschmied Franz Otto Mosch sein soll. Der letzte Wohnort ist bisher unbekannt geblieben. Sollte etwas Näheres über den Geisteskranken bekannt sein, wird um Nachricht an die hiesige Polizeibehörde gebeten.

Geising. Vom Gesamtvorstand des Bürger- und Hausbesitzervereins Geising geht uns folgende Berichtigung zu: „Zum Stiftungsfest des Bürgervereins wurde von einem Mitglied der Antrag gestellt, für ein verunglücktes Mitglied zu sammeln. Aus der Erwägung heraus, daß öffentliche Sammlungen für den Empfänger niederdrückende Empfindungen auslösen müssen, wurde dieser Antrag mit Zustimmung des Antragstellers, bis zu der in Kürze stattfindenden Hauptversammlung zurückgestellt. In derselben wurde einstimmig beschlossen, dem betreffenden Mitglied einen entsprechenden Betrag aus der Kasse als Unterstützung zu gewähren; dieselbe ist am 4. Februar ausgezahlt worden. — Der Einsender des Artikels vom 7. Februar unter Geising hat alle falsch berichtet."

Wilsdruff. (Der Wahlrechtsraub beschlossen!) Bekanntlich beschäftigte sich der Stadtgemeinderat schon in mehreren Sitzungen mit der Aenderung des städtischen Wahlrechts. Man konnte aber zu keinem rechten Resultat kommen, und es wurde beschlossen, bei den vorgesetzten Behörden anzufragen, ob die Einführung der Revidierten Städteordnung von einer Aenderung des Wahlrechts abhängig sei. Obwohl die Amtshauptmannschaft und das Ministerium die Frage verneint hatten (es war lediglich ein Wunsch des Amtshauptmanns), beschloß der Stadtgemeinderat in außerordentlicher Sitzung nach langer Debatte mit 9 gegen 5 Stimmen die Einführung des Dreiklassenwahlrechts. Von dieser Sitzung hatte die Oeffentlichkeit so gut wie gar keine Kenntnis. Bezeichnend waren die Ausführungen des Stadtv. Schlichenmaier, der immer die rote Gefahr an die Wand malte. Und dabei haben wir noch nicht einmal einen Vertreter im Stadtparlament.

Einen ausführlichen Bericht über die Klasseneinteilung bringen wir noch.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Einen einträglichen Diebstahl verübte am 26. Dezember vorigen Jahres der 19jährige Schlosser Otto Heinze mit seinem Bruder Willi. Letzterer wohnte hier Hans-Sachsstraße und wußte, daß er in demselben Hause wohnendes Gastwirtsehepaar eine Reihe mit einer größeren Summe Geld in der Wohnung aufbewahre. Einige Wochen vor Weihnachten war er bei seinem obengenannten Bruder, der sein Domizil in Schönhausen bei Berlin hatte, zum Besuch. Der schon einmal wegen schweren Diebstahls vorbestrafte Otto H. ging auf den Vorschlag seines Bruders, dort einen Diebstahl auszuführen, ein und kam am zweiten Feiertag nach Dresden. Abends gegen 10 Uhr begab sich das Bruderpaar in die Wohnung des Gastwirts. Sie wußten, daß die Inhaber in ihrem Geschäft waren. Mit einem vorher zurecht gemachten Schlüssel öffneten sie die Hausflur. Dann sprengten sie das Vertiko auf, in dem eine Blechkassette festgeschraubt war. Die Kassette wurde ebenfalls gewaltsam mittels eines Stemmeisens losgewuchtet und O. H. nahm mit der Kassette dieselbe Nacht nach Berlin. Zu Hause angekommen, zertrümmerte er die Kassette. Er fand darin 770 M. in Silber und Papiergeld, einen Depositenschein der Sächsischen Bank in Höhe von 16 000 M., sieben Anteilscheine des gemeinnützigen Bauvereins, ein Bankbuch über 650 M., zwei Sparkassenbücher über 1700 und 600 M. und noch einige weniger wertvolle Papiere. Am nächsten Tage kam der Dresdner Bruder Willi hin und holte sich seinen Anteil an der Beute. Er brachte auch die Nachricht mit, daß der Diebstahl entdeckt und der Polizei gemeldet war, ebenfalls, daß auch ein Verzeichnis sämtlicher Papiere und Bücher in den Händen der Polizei wäre. Willi H. nahm sich von dem baren Gelde 450 M. mit und ist seitdem verschwunden. Er ist ebenfalls bei der Polizei als Dieb und gewohnheitsmäßiger Mensch bekannt. Es wurde nun gegen O. Heinze allein verhandelt. In der Voruntersuchung hatte er, über den Verbleib der Bücher und Papiere befragt, immer angegeben, er hätte aus Angst alles verbrannt. Selbstverständlich glaubte man ihm diese Angaben nicht, aber er war in der Verhandlung auch zu keiner anderen Aussage zu bewegen, soviel sich der Vorsitzende auch Mühe gab, das eventuelle Versteck der Diebstahlsobjekte zu erfahren. Das Urteil lautete auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Als straffschärfend wurde die besondere Dreistigkeit der Tat und der Umstand, daß der Angeklagte dazu extra aus Berlin hierhergekommen war, angesehen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wie Techniker gezüchtet werden

davon entwirft die Industriebeamten-Zeitung in einem Streiflicht ein interessantes Bild:

Trotz der anerkannten Ueberfüllung, die zurzeit im technischen Beruf herrscht und die mit Rücksicht auf die große Zahl der Ausbildungsstätten für Techniker auf absehbare Zeit nur sehr schwer verringert werden wird, finden sich von Zeit zu Zeit immer wieder Unternehmer, die es für angezeigt erachten, neue technische Lehranstalten zu gründen. Natürlich wird bei Gründung jeder neuen Schule betont, daß ein Bedürfnis für diese neue Anstalt vorläge. Aber in Wirklichkeit ist bei den Gründungen der letzten Jahre fast ausnahmslos nachgewiesen, daß sie lediglich mit Rücksicht auf den Gelderwerb und lediglich aus Konkurrenzabsicht gegründet einer bestehenden Anstalt erfolgt sind. So war es bei der Technischen Gewerbeschule in Berlin, so war es bei dem Technikum Steglitz und so liegt es auch bei der zum 1. Januar 1912 neugegründeten Ingenieur- und Bauschule in Lage in Lippe. Die Entstehungsgeschichte dieser neuen Anstalt ist wieder einmal ein recht typischer Fall für das Zustandekommen solcher Schulen. Anfang der 90er Jahre wurde in Lemgo eine Bauschule gegründet, und als nach einigen Jahren zwischen dem Direktor dieser Schule und einem seiner Lehrer Differenzen ausbrachen, da eröffnete dieser Lehrer in dem in der Nähe gelegenen Lage ein polytechnisches Institut und Technikum. Die Gründungsursache des polytechnischen Instituts scheint nun ein Stück Tradition für die Schule geworden zu sein, denn neuerdings hat der frühere Lehrer aus Lemgo und jetzige Direktor in Lage Differenzen mit einem seiner eigenen Lehrer bekommen, was wiederum zur Gründung einer neuen Schule führte, die unter dem etwas bescheideneren Namen Ingenieur- und Bauschule in Lage am 1. Januar 1912 ins Leben gerufen ist.

Lage ist eine Stadt von etwa 10 000 Einwohnern. Es ist daher nicht anzunehmen — im Jahre 1911 wurde das Polytechnische Institut von insgesamt 33 Schülern besucht —, daß auch nur annähernd ein Bedürfnis dafür vorhanden war, eine zweite Anstalt zu gründen. Wenn dies aber noch zweifelhaft sein sollte, dem wird es deutlich nachgewiesen durch die merkwürdige Art der Reklame, mit der die beiden Schulen sich nun gegenseitig die Schüler abzutreiben versuchen.

Inland.

Die Gemeingefährlichkeit der Streikbrecher.

In der Steinmühle in Wiesbaden (Zahaber Feld), wo sich die Mühlenarbeiter im Kampf befinden, sind die Streikbrecher vom Unternehmer mit sieben Revolvern ausgerüstet, die sie beim Wechsel der Schicht gegenseitig auswechseln. Vor einigen Tagen wurde einer der Streikenden von den Streikbrechern überfallen und mißhandelt, und als er flüchtete, schossen sie nach ihm auf offener Straße. Zwei Tage später wurde ein Streikposten von zwei Streikbrechern mit Ochsenziemern geschlagen und gleichzeitig drohten sie, daß „die anderen auch noch drankommen". Durch diese Vorfälle veranlaßt, wurde der Streikposten vor der Mühle abends auf vier Mann verstärkt. Als die Streikbrecher abends 5½ Uhr zur Arbeit gingen, ein Trupp von acht Mann, gingen die beiden vordersten sofort auf die Streikposten los und schossen ihre Revolver auf sie ab. Einer der Streikposten wurde durch einen Streifschuß am Kopfe verletzt. Daß die Streikposten gar nichts getan haben, dafür hat sich eine ganze Anzahl unparteiischer Zeugen gemeldet. Ein Schutzmann, der in diesem Augenblick auf dem Wege zwischen dem Streikposten und der Mühle war, kehrte um, als die Schießerei der Streikbrecher losging, und konfiszierte drei Revolver der Streikbrecher. Er mußte gegen die Gesellschaft erst blank ziehen.

So wird die Hinterhut immer gemeingefährlicher, und selbst die Schutzleute sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Für diese dem Staate nützlichen Elemente verlangen die Scharfmacher aber größeren gesetzlichen Schutz.

Der Umfang der Streikbewegung im Jahre 1911

war, wie die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin in ihrem soeben erschienenen Jahresberichte für 1911 (Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, Verlag von Georg Reimer) ausführen, lebhafter als im Vorjahre. Wenn man die Kurve der Streikbewegung, sei es im ganzen Reiche oder nur in Berlin, in den Jahren 1906 bis 1908 überblickt, so zeigt sich von 1906 bis 1908 ein beständiger Abstieg, dem in den Jahren 1909 bis 1911 ein ebenso ununterbrochener Aufstieg folgt. Diese Kurve entspricht im allgemeinen der Entwicklung der Konjunktur. Im Jahre 1911 blieb zwar die Zahl der Streikenden für das Reich in den ersten drei Vierteljahren noch weit hinter der gleichen Zeit des Jahres 1906 zurück (147 000 gegen 191 000), überstieg aber alle dazwischenliegenden Jahre erheblich. Auch in Berlin wiesen die beiden ersten Vierteljahre höhere Zahlen der Streikenden als im Vorjahre auf, das dritte Vierteljahr 1911 blieb allerdings hinter dem Vorjahre zurück, wenn nicht das Bild durch die oft sehr bedeutenden Nachträge noch verschoben werden sollte. Dafür brachte das vierte Vierteljahr in Berlin gleich zwei große Konflikte auf einmal, den Arbeitskampf in der Mantelkonfektion und in der Metallindustrie. Immerhin blieb die deutsche Streikbewegung an Heftigkeit weit hinter der englischen zurück.

Ausland.

Die Pflasterer in Wien

stehen zurzeit in einer Lohnbewegung. Seit einer ganzen Reihe von Jahren sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen unverändert geblieben. Und nun die Arbeiter einen bescheidenen Anlauf zu der notwendig gewordenen Aufbesserung der Verhältnisse nehmen, rüsten die Unternehmer sofort zum Kampfe. Im November haben die Pflasterer bereits ihre Anträge eingereicht. Bis heute aber haben die „christlichsozialen" Pflastermeister keine Zeit zu Unterhandlungen gehabt. Dagegen haben sie sofort in den bürgerlichen Blättern die Nachricht verbreitet, daß die Pflasterer streiken wollen. Außerdem sind sie sofort zu allen möglichen Behörden, insbesondere natürlich zu „ihrem" geistes- und gesinnungsverwandten Magistrat, gelaufen, und haben um Ausschutz der Arbeiten im Falle eines Streiks gebeten. Den Gehilfen drohen sie, Arbeitskräfte aus dem Auslande kommen zu lassen, was ihnen hoffentlich nicht gelingen wird. Die Wiener Pflasterer richten durch den internationalen Sekretär an ihre ausländischen Kollegen die Bitte, sie durch strikte Fernhaltung des Zuzugs zu unterstützen.

Metallarbeiteraussperrung in Budapest.

Die Budapester Maschinenfabriken haben die Aussperrung sämtlicher Arbeiter, deren Zahl sich auf etwa 20 000 beläuft, beschlossen. Die Hauptursache sind Forderungen der Arbeiter betreffend den Arbeitsnachweis.

Zum Bergarbeiterkampf im Vorinage.

Die Grubenbesitzer im Vorinage haben den Vorschlag des Provinzialrates, einen dreimonatigen Versuch mit achttägiger Lohnzahlung zu machen, abgelehnt und schlagen jetzt ihrerseits den Bergarbeitern einen sechsmonatigen Versuch mit vierzehntägiger Entlohnung vor. Dieser Vorschlag verschärft die Lage.

Aenderung in der Führung des südwalisischen Bergarbeiterverbandes.

Aus London wird uns geschrieben:

Eine bezeichnende Entwicklung im südwalisischen Bergbau ist der Rücktritt des bisherigen Präsidenten des südwalisischen Bergarbeiterverbandes des Abgeordneten Abrahams, von diesem Amte. Abrahams ist aus der alten liberalen Schule, wurde vor einiger Zeit von der Regierung zum Geheimrat ernannt und war bis vor kurzem noch einer der einflußreichsten Führer der südwalisischen Bergarbeiter. In den letzten Jahren ging jedoch sein Einfluß, wie der dieser anderer liberal gesinnter Führer, rapide zurück, und vor kurzem erregte es allgemeines Aufsehen, daß eine Urabstimmung der südwalisischen Bergarbeiter statt seiner einen jungen revolutionären Führer als Vertreter von Südwales in den Vorstand des Britischen Bergarbeiterverbandes wählte. Um das erledigte Mandat des Präsidenten bewerben sich jetzt drei Kandidaten, der Abgeordnete Brace, ferner Barker und Stanton. Der erstere ist jetzt Vizepräsident und gehört zur gemäßigten Schule, die beiden letzteren sind revolutionäre Sozialisten.

Der Hutmacherprozeß vor dem Oberbundesgericht der Vereinigten Staaten.

Der berühmte Prozeß gegen die amerikanische Hutmacherorganisation scheint nun endgültig erledigt zu sein. Gegen die Hutmacherunion war wegen Boykotts der Danbury Hutfabriken Klage erhoben worden. Die Anklage nahm eine Verschwörung im Sinne des Shermanschen Gesetzes als vorliegend an. Das Appellationsgericht schloß sich dieser Ansicht nicht an. Die Anti-Boykott-Assoziation brachte die Angelegenheit vor das Ober-Bundesgericht. Der Hutmacherverband hat in seinem Statut einen Passus, der es seinen Beamten zur Pflicht macht, alles aufzubieten, die ungeregelten Betriebe unter die Kontrolle der Union zu bringen, d. h. zu erzwingen, daß die von der Gewerkschaft festgesetzten Löhne bezahlt werden. Deswegen, so folgerten die Ankläger weiter, sei jedes einzelne Mitglied für irgendeine ungesetzliche Handlung irgendeines Beamten des Verbandes haftbar zu machen. Die erste Instanz hatte die Hutmacher-Union zur Zahlung einer Entschädigung in der Höhe von 240 000 M. verurteilt. Das Oberbundesgericht hingegen schloß sich dem Spruche des Appellationsgerichts an; dieser ging dahin, daß die Mitglieder einer Arbeitervereinigung zum Ersatz von Schaden, der dem Unternehmer in einem Kampfe mit der Arbeiterorganisation entstanden ist, nicht verpflichtet sind, auch dann nicht, wenn die Beamten der Union den Streik oder den Boykott angeordnet haben. Strafbarkeit kann nur dann eintreten, wenn dem einzelnen Mitglieds nachgewiesen wird, daß es an „Gewalttätigkeiten" (Boykott) selbst teilgenommen oder sie gebilligt habe.

Die Wichtigkeit der Bestätigung dieser Entscheidung durch den höchsten Gerichtshof liegt für die Arbeiterschaft darin, daß, obgleich die Anwendbarkeit des Shermanschen Antitrustgesetzes auf Arbeiterorganisationen aufrecht erhalten wird, kein Arbeiter auf Grund der einfachen Tatsachen hin, daß er Mitglied einer Arbeiterorganisation ist, für Schaden verantwortlich und haftbar gemacht werden kann, der dem Unternehmer im wirtschaftlichen Kampfe entstand.

Hätte das Oberbundesgericht im Sinne der Ankläger entschieden, so wäre ein Präzedenzfall geschaffen worden, auf Grund dessen es jedem Unternehmer ein leichtes gewesen wäre, irgendeine Arbeiterorganisation finanziell zu ruinieren, falls er imstande ist, nachzuweisen, daß ihm durch Boykott seiner Ware oder auch nur durch einen von der betreffenden Organisation unternommenen Streik ein Schaden entstanden sei. Diese Gefahr ist abgewendet.

Ein Mordversuch in einer Bezirksanstalt.

M. Chemnitz, 13. Februar.

Die schwere Anklage des versuchten Mordes richtete sich gegen den Holzdrechsler Karl Heinrich Gläser aus Deutsch-Neudorf, der die letzten drei Jahre in der Bezirksanstalt Augustusburg untergebracht war. Er hatte sich vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte ist ein alter Mann, dem das Leben wenig angenehme Tage geboten hat. Am 27. April 1843 ist er geboren, frühzeitig verlor er seine Eltern, kaum 14 Jahre alt, mußte er schon selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen; niemand hatte er, der sich um ihn gekümmert hätte. In der Nähe seiner Heimat wurde er als Holzdrechsler ausgebildet, dann ist er in die Schmelzhütte, und hierauf auf die Wanderschaft gegangen. Er kam nach Oesterreich, dann nach Leipzig, Augustusburg und schließlich nach Eppendorf, wo er heiratete und fünf Jahre lang wohnte. Nicht lange währte es, trat Kindersegen ein und der Mann hatte eine kranke Frau und vier Kinder. Seit mehr als 30 Jahren ist er Witwer. Bis kurz vor seiner Unterbringung in die Bezirksanstalt hat er mit einer Frau zusammen gelebt. Der Angeklagte ist vor vielen Jahren wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an einem Kinde, und wegen Diebstahls bestraft worden. In den letzten Jahren hat er sich straffrei gehalten.

Der Anklagebeschluß

beschuldigte ihn, daß er am 3. Januar 1912 in der Bezirksanstalt Augustusburg versucht habe, aus Rache den Mitinsassen Hänel zu erschlagen, indem er diesem eine Anzahl wuchtiger Beilhiebe auf den Kopf versetzte, bis er ihn tot glaubte, seinen Zweck aber nicht erreichte. Hierzu bemerkte er, daß er H. nicht habe totschlagen wollen. Er erzählte nun, daß H. und ein anderer Insasse E. ihn immer nicht in Ruhe gelassen hätten; sie hätten immer gekichelt. Das hätte ihn gedrängt. Nach Neujahr sei aus seiner Tasche das Schutzmesser weggewesen, an seiner Taschenuhr sei ein Zeiger abgebrochen gewesen und schließlich habe auch der Schlüssel an seinem Koffer gefehlt. Da habe er geglaubt, das seien die beiden gewesen, um ihn zu ärgern. Es habe ihm in der Anstalt deshalb nicht mehr gefallen. Am 3. Januar habe er den Schutzmann in die Anstalt kommen sehen, und da habe er sich gesagt: Jetzt paßt es, jetzt wischt du dem Hänel eins aus, dann kann dich der Schutzmann gleich mitnehmen. Er erzählte weiter, daß er in Strümpfen hinunter in den Keller gegangen sei, wo H. Kohlen einschaufelte. Da habe er ein Beil ergriffen und Hänel damit ein paar Schläge auf den Kopf versetzt. Vorher habe er H. zugerufen: Ich schlage dich gleich tot. Er habe nicht anders gekonnt, es sei ihm schwarz vor den Augen gewesen; dann habe er die Schläge ausgeführt und Hänel für tot liegen gelassen. Mit dem Beil sei er dann zum Inspektor gegangen und habe ihm gemeldet: Herr Inspektor, jetzt habe ich den Hänel totgeschlagen. Der Angeklagte bemerkte weiter, daß er es mit E. ebenso gemacht hätte, wenn er ihn erwischt hätte. Es sei ihm ganz egal gewesen, ob er dann ins Zuchthaus käme oder gehängt würde. Vor allen Dingen wollte er heraus aus der Anstalt. Auf Befragen bemerkte er, daß er nicht mit der Schneide des Beiles und auch nicht wuchtig zugeschlagen habe; von den Schlägen könnte niemand zum Tode befördert werden. Nach den Angaben des ärztlichen Sachverständigen, der den Verletzten behandelt hat, war die Schädeldecke durch die Schläge eingebogen und ein 5 bis 6 Zentimeter langes Loch vorhanden. Das war die gefährlichste Wunde. Der Sachverständige bemerkte weiter, daß der Verletzte in Lebensgefahr gewesen, und daß die Beilhiebe geeignet gewesen seien, den Tod des Verletzten herbeizuführen. Die Wunden seien aber gut verheilt; das Gehirn sei wieder gedeckt, neuer Knochen werde sich in der nächsten Zeit noch bilden. Störende Nachteile würden nach seiner Ueberzeugung nicht zurückbleiben. Aus den Zeugenaussagen war zu entnehmen, daß der Angeklagte am liebsten für sich gewesen ist. Er war ruhig, etwas mürrisch, aber willig. Er habe sich gern als freier Mann bewegen wollen, und so weit das möglich gewesen, habe man ihm auch gewähren lassen, und er habe wöchentlich von seiner Rente 50 Pf. Taschengeld bekommen. Hänel, der Verletzte, wurde dagegen als streitsüchtig und unbotmäßig bezeichnet, der deshalb verschiedene Male mit Anstaltsstrafen belegt worden ist. Der Sachverständige Gerichtsarzt Dr. Haensel, hat den Angeklagten 10 Tage lang im Gefängnis beobachtet. Er bezeichnete diesen als einen Menschen mit chronischer Wahnbildung. Zu dieser Ueberzeugung ist der Sachverständige während der Beobachtung des Angeklagten gekommen und diese Ueberzeugung habe sich in der Verhandlung bestärkt und bestätigt. Von vorübergehender geistiger Störung oder von Dämmerzuständen könne keine Rede sein. Bei dem Angeklagten handle es sich nach seiner Ueberzeugung um krankhafte Unzurechnungsfähigkeit.

Nach Abgabe dieses Gutachtens, das die Freisprechung nach sich ziehen mußte, stellte der Staatsanwalt den Antrag, ein weiteres Sachverständigen-Gutachten herbeizuziehen. Das Gericht beschloß, den Angeklagten 6 Wochen lang in eine Irrenanstalt zur Beobachtung einzuweisen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues aus aller Welt.

Das Urteil im Düsseldorfer Spielerprozeß.

Düsseldorf, 12. Februar. Im Düsseldorfer Spielerprozeß wurde heute das Urteil verkündet. Es lautet wegen Beihilfe zum gewerbsmäßigen Glücksspiel gegen Dr. Schröder auf zwei Monate Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, gegen Georg v. Wrede auf einen Monat Gefängnis, gegen dessen Bruder, den Kapitän a. D. Erich v. Wrede, auf zwei Wochen Gefängnis und gegen den Kaufmann Löwen aus Köln auf einen Monat Gefängnis.

Explosion in einer Droschke.

Köln, 13. Februar. In der vergangenen Nacht explodierte in einer Droschke auf der Rückfahrt vom Stadtwaldviertel zur Stadt ein Sprenggeschoß, das anscheinend in verbrecherischer Absicht in den Wagen gelegt worden war. Der Kutscher wurde auf die Straße geschleudert und erlitt einen doppelten Unterschenkelbruch. Der Wagen wurde teilweise zerstört. Vor einiger Zeit ereignete sich ein ähnlicher Unfall an der Haltestelle Rudolfplatz, wobei jedoch niemand verletzt wurde.

Schülerselbstmorde.

Dessau, 13. Februar. In der heutigen Nacht ließ sich ein 16jähriger Sekundaner, der aus Gommern bei Magdeburg stammt, auf der Strecke Leipzig—Magdeburg in der Nähe von Zerbst **von einem Personenzuge überfahren**. Der Tod trat sofort ein. Als Grund zur Tat wird gekränktes Ehrgefühl angegeben. Der junge Mann war nämlich wegen eines verbotenen Wirtshausbesuchs mit einer Ohrfeige bestraft worden.

Würzburg, 13. Februar. In Gegenwart zweier Kameraden **erschoß sich auf offener Straße** in Kitzingen der 16jährige Realschüler Alfred Schmitt.

Quittung. Für den Wahlfonds gingen beim Unterzeichneten ein: Fidele Skater und Kiebitze beim Siegesskat. Blumenidle 3,—. Dazu für verspätete Ablieferung —,50. M. H. 7,50.

Max Richter.

Quittung. Tanztour, für die Kinderschutzkommission eingegangen vom Verein für Liebhaber feiner Kanarien, Stad: Leipzig durch Berger 2,40.

Vereinskalender für Donnerstag.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Dresden. Abends 9 Uhr Versammlung im Volkshaus.

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund Ortsgruppe Dresden. Abend 9 Uhr Uebungsstunde im Volkshaus.

Das Rennen in Dresden macht

TTT

Tymians Thalia-Theater

Görlitzer Str. 6 Telephon 4380 Linien 3 und 7

Am 1. u. 15. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11—1 Uhr Fideler Frühschoppen m. Vorst. (20 u. 30 Pf.) Nachm. 4 Uhr Kl. Pr., ab 8 Uhr Gew. Pr. Donnerstag Damen-Kaffee m. Vorstellung

Wochentags abends TTT-Vorstellung

Als „echte" Fabrikate

bezeichnen die Hausfrauen diejenigen, die ihnen schon von Mutters und Grossmutters Zeiten als besonders gut und zuverlässig bekannt sind. Wenn sie von „echtem Backpulver", „echtem Puddingpulver", „echtem Vanillin-Zucker" sprechen, so meinen sie damit

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

1 Päckchen 10 Pf. 3 Stück 25 Pf.

Ueberall zu haben! Nachahmungen weise man zurück.

Brillen, Klemmer

in Gold, Silber, Double, Nickel, Schildpatt, Hartgummi, Horn und Stahl, tadelloser Sitz, pa. Gläser v. 1.50 M. an. Reparatur sofort.

F. E. Zimmermann

Ostraallee 4, a. d. Herzogin-Garten.

Echt Münchner
Eberl-Bräu
in Halbliter und
Elfer- 11 **Flaschen**
mit
Prämien-Bons
sowie
die im Sommer 1911 eingeführte, allseitig begehrte
Eberl-Brause
und
Eberl-Sprudel
ein Mineral-Tafelwasser I. Ranges.
Überall erhältlich!

Nur Große Brüdergasse 11, 2

Eingang Lautengasse, verk. staunend billig herrschaftl. getr. 11.- u. 15.-

Kleider, Schuhe, Wäsche, Betten.

Zauckerode!

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sowie sämtliche Parteiliteratur, Inserate usw. nimmt jederzeit entgegen

Ernst Walther

Hauptstraße 15.

Nähmasch., hochsein, m. neu nnh., 28 M., verkauft Rosenstraße 7, II.

Das Inventar eines kleinen Maurergeschäfts sof. bill. z. verkauf. Niederlage kann m. überm. werden. Off. unt. **E. K. 11** an d. Exp. d. Blatt.

H.-Rad m. Freilauf, wie neu, 25 M. zu verk. Oppellstr. 19, I. r.

Konfirmationskl., Blus., Röcke werd. bill. gef. Reißigerstr. 31, 1. r.

Alte Feder-Betten

kauft stets

Federreinigung Amalienstraße 12.

Dunkelblauer Sportliegewagen bill. zu verkaufen Schnorrstr. 17, I.

Klaviatur-Zither

Ersatz für Klavier, billig zu verk. Werte Offerten unt. **O. S.** Exp. Gr. Zwingerstr. 14 erbeten.

Suche f. 1. Juni, Zimmer m. Kochof., wo ein Knabe 4 Jahr. Kind m. lieben. Taub. Pflege gew. w. Nähe Friedrichst. Off. u. **P. A.** Exp. d. Bl.

Gelegenheitskauf!

Vogt, Illustr. Weltgeschichte 9 Bde. Statt 93 M. nur 18 M.

Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstr.

Keine Uhr

kostet über **1.50 M.** zu repar. u. reinigen.

Feder 1 M.

Neue Ersatzteile bill.

Ernst Rämisch

7 Wettinerstrasse 7.

Patente

Gebr.-Must. Warenz. aller Länder

Erfolge

auch in schwierigen Fällen nachgewiesen, für gewissenhafte Ausführung Garantie. Tel. 4092 Dresden-A., Waisenhausstr. 32

Patentbureau Hülsmann

Militärstiefel u. Schuhe

Rindleder-Damen- u. Kinderstiefel, Filzstiefel, Holzstiefel, Schuhwaren aller Art billigst bei

Rich. Nicolai, Kl. Kirchgasse.

Berg- u. Touristenstiefel

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbind. u. Ingien.

Frauen-Artikel

Auskunft stets. Auf Verl. 10 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger

37 Am See 37

Erster Laden vom

Dippoldiswaldaer Platz.

Genau auf Namen und Hausnummer achten.

empfiehlt in:
½ Postdose 9 Pfd. netto M. 9.80
¼ „ 5 „ „ 5.50
franko; 2. Zone 25 Pf. mehr.
Nachn. od. vorh. Einsend. d. Betrages
Otto Lochner, Bienenzüchter,
Cossebaude b. Dresden.

1000 Ia Salon-Briketts

reelle Ware, großes Format 8.50 M. frei Keller nach allen Stadtteilen

Paul Beger, Löbtau, Poststr. 29

Fernruf 11416.

Konfirmanden-

Kleiderstoffe und -Wäsche

solid und billig

28 **Ernst Venus**

Annenstrasse 28

Gegründet 1882.

Geübte Binderinnen

finden dauernde Beschäftigung **Blätterfabrik Falkenstr. 6.**

Vorzeichner
Kolonnenführer
Schlosser

für den Bau von **Trockenbaggern** werden noch eingest.

K. Schellig, Oberingenieur

Spandau, Hamburger Str. 44.

Frauen

gebrauchen bei Störung **Dr. Blous Periodenpulver.** Schachtel **2.50.** Arzt unentgeltlich. Katalog gratis.

H. Löffler, Wettinerplatz 9

Eckhaus, Gummiwarenhandlung

Postkarten

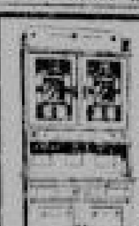
mit eigener Photographie 4 St. 1 M., Dutzend **1.80 M.** liefert

Photograph **Richard Zähnig**

Marienstr. 11, im Hause d. Weigel & Zeeb

Geige

alt, kaufe, wenn auch gebrochen. Offert. unter **R. A.**, Exped. d. Bl.



Moderne **Küchen** von **45 M.** an.
Einz. Schränke von **26 M.** an.
Solid! Billig!
Tränkners Möbelhaus
Görlitzer Strasse 21/23.

Ein selbständiger

Schleifer und Vernickler

welcher im Holzschleifen tüchtig, wird **sofort** in dauernde Stellung **gesucht.**

A. Schieritz, Roßwein

Schleiferei u. Vernicklungs-Anstalt.

Intelligente Arbeiter

Werkmeister und Beamte sichern sich lohnenden Nebenerwerb durch Uebernahme der Agentur einer altangesehenen Feuerversicherungs-Gesellschaft. Offerten erb. unter **N. P. 100** an die Exp. d. Bl.

Tücht. Fertigmacher

zum Zusammensetzen von

Beleuchtungskörpern

bei gutem Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht.

Derichs & Sauerteig, Koburg.

Chauffeur-Schüler

Beste Ausbildung u. Stellen-Nachweis. Kursus 150.— Mark. Dauer 4—5 Wochen —

AUTOMOBIL-Lehrwerkstätten

B. Langendorf, behördlich konzession. Dresden, Pillnitzerstrasse 65 am Schilling-Museum

Zum Karneval!

Schminken, Charakterisieren, Verleihen von Perücken u. Bärten aller Art. **Eduard Riese**, Friseur und Fachlehrer, Gr. Plauenschestr. 27, I.

Frauen!

Bei Periodenstörungen **nehmen** Sie nur mein erprobtes garant., unschädl. Mittel, 3 und 5 M. Allbdg. Bedarfsart. Auskunft gratis. 10% Rab. **Frau Wünsche, Poststr. 22, 3.**

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Preise für ½ kg am 11. Februar 1912	Ende Januar 1912	Ende Januar 1911
Rindfleisch			
Brust	70—120	70—120	70—120
Bauch	70—90	70—90	60—90
Bratenfleisch, Keule	90—130	90—130	90—130
Schoß	100—200	100—200	100—200
Lende, unausgeschält	80—130	80—130	80—130
Lende, ausgeschält	120—250	120—250	130—250
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	130—240	130—240	140—240
Keule	85—130	85—130	80—130
Uebrige Teile	70—120	70—120	80—120
Hammelfleisch			
Keule	90—120	90—120	90—120
Koteletts	90—120	90—120	90—120
Kochfleisch	65—100	65—100	70—100
Schweinefleisch			
Keule	75—120	75—120	80—120
Karree	90—120	90—120	100—140
Bauch	60—80	60—80	65—90
Knöchel	30—70	30—70	30—70
Rauchfleisch	80—130	80—130	90—140
Schinken, im ganzen Stück	100—150	100—150	100—130
Schinken, im Aufschnitt	140—240	140—240	140—250
Speck, geräuchert	75—120	75—120	90—120
Speck, roh	65—90	70—90	65—100
Schweineschmalz	80—120	80—120	90—120
Rinderschmalz	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Zervelatwurst	120—240	120—240	120—240

Anmerkung. Es verstehen sich: Der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch **ohne** Zulage.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner unvergeßlichen Gattin, unserer guten Mutter

Frau **Ida Berger**

geb. **Zschiedrich**

sagen wir allen, die uns bei unserem schmerzlichen Verlust ihre Teilnahme bezeigten, unseren **herzlichsten Dank.**

Dresden-N., Konkordienstr. 20 den 13. Februar 1912.

Ernst Berger u. Kinder.

4. Kreis. Bezirk Coswig-Kötitz.

Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter

August Vogelsang

im Alter von 45 Jahren am vergangenen Sonntag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Halle des Coswiger Friedhofes aus.

Die Gruppenverwaltung.

6. Wahlkreis. Bezirk Deuben

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Paul Mittag

gestorben ist. — **Ehre seinem Andenken.**

Die Beerdigung findet Donnerstag den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Güterstraße 9, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Verwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Plauenscher Grund.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Willi Müller

im Alter von 21 Jahren am 11. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Bannewitz, Schulstr. 4, aus statt. **Die Verwaltung.**

Turn-Verein Bannewitz.

Den Turngenossen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Willi Müller

am 11. Februar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Bannewitz (hinter der Schule), aus statt. **Der Vorstand.**

Gestern abend ½9 Uhr entschlief nach kurzem aber schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute, teure Mutter

Minna Meinig

im Alter von 56 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt an

Der trauernde Gatte **Bruno Meinig nebst Angehörigen.**

Die Beerdigung findet Donnerstag den 15. Februar, nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause, Dr.-Naußlitz, Merbitzstr. 3, aus statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere Mutter, Tochter und Schwiegertochter

Auguste Töpper geb. Günther

Montag nachmittag 5 Uhr nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag in Warnsdorf i. B. statt. Um stilles Beileid bittet **Joseph Töpper nebst Kindern.**

Gütigst zugedachte Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/8

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

44. Sitzung vom 13. Februar, vorm. 11½ Uhr.

(Fortsetzung.)

Abg. **Mehnert** (Soz.): Auch wir sind bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten, gehört doch die vorliegende Materie zu den wichtigsten, die dringend einer Regelung bedürfen. Kein Bericht hat uns so angenehm überrascht als das vorliegende. Die Materie muß so geregelt werden, wie die Regierung vorschlägt. Der Entwurf erkennt die Verpflichtung des Staates klipp und klar an, für die Geisteskranken zu sorgen. Auch die Gründe hierfür sind im Dekret niedergelegt. Wir befinden uns in einer veränderten Situation, zwar hat auch die Regierung früher die Verpflichtung zur Irrenfürsorge anerkannt, in den letzten Jahren ist sie hiervon aber abgegangen. Wir brauchen uns jedoch heute weniger über das Historische auseinanderzusetzen, inwieweit der Standpunkt der Regierung immer innegehalten worden ist, viel wichtiger ist, in welcher Weise künftig die Materie geregelt werden soll, und da können wir den Standpunkt der Regierung nur teilen. Von den Gemeinden werden allerdings ganz bedeutende Opfer gebracht werden müssen. Von den sechs größten Städten — und davon hängt das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt ab — müssen 6 Millionen Mark zur Errichtung von Anstalten aufgebracht werden. Das ist ein Opfer, das durchaus anerkannt werden muß. Chemnitz muß allein 1 700 000 M. aufbringen. Die Stadtverordneten haben sich allerdings nur mit einer Mehrheit von drei Stimmen hierzu bereit erklärt. Immerhin werden die Städte zu den Opfern bereit sein, wenn ihnen die Gewähr gegeben wird, daß damit die Materie endgültig geregelt ist. Verschiedene Bestimmungen geben zu Bedenken Anlaß, doch wird es Sache der Deputation sein, diese zu beseitigen.

Abg. Dr. **Lössner** (natl.) bemerkt, sich über die Rechtsfrage, ob die Irrenpflege Sache des Staates oder der Gemeinden ist, nicht verbreiten zu wollen. Jedenfalls steht die nationalliberale Partei der Vorlage freundlich gegenüber. Die Frage, ob die Neuregelung der hierfür zu bringenden Opfer wert ist, ist hinreichend beantwortet durch die Anführung der sechs größten Städte, die sich zur Aufbringung von 6 Millionen Mark bereit erklärt haben. Zweifelhaft erscheint es uns, ob das Gutachten eines Arztes genügen darf, einen Menschen in eine Irrenanstalt unterzubringen. Sehr beachtenswert ist auch der Vorschlag, den Verpflegsatz in den Anstalten gleich auf eine längere Zeit im voraus zu bestimmen.

Abg. Dr. **Roth** (Fortschr. Volksp.) bezeichnet die Vorlage als einen bedeutsamen Fortschritt auf dem Gebiete der humanitären Staatsaufgaben. Wünschenswert wäre es, daß die Entscheidung der Kreishauptmannschaft über Beschwerden hinsichtlich der Nichtaufnahme oder Wiederentlassung von Geisteskranken nicht endgültig ist, sondern daß hiergegen das Verwaltungsstreitverfahren zulässig sein muß.

Nachdem noch die Abgg. **Hartmann** (natl.), **Schönfeld** (kons.), **Heymann** (kons.), **Biener** (Ref.) und Dr. **Schanz** (kons.) gesprochen, bemerkt

Minister Graf **Vitzthum**, daß die staatsrechtliche Frage, ob der Staat verpflichtet ist, für die Geisteskranken zu sorgen, keine entscheidende Bedeutung für die Verabschiedung des Gesetzentwurfes haben könne, da ja gerade diese Frage durch die Vorlage endgültig geregelt werden soll. Der Minister wendet sich dann gegen die Behauptung, daß der Staat gegenüber den größeren Gemeinden eine ungesetzliche Stellung eingenommen habe. Daß die kleineren Gemeinden ebenfalls belastet werden, sei richtig, aber die Kosten würden vom Bezirksverbande übernommen werden, und dann könnten auch die Verpflegsätze ermäßigt werden, weil das 183er Gesetz ja nicht aufgehoben werde.

Nach weiterer belangloser Debatte wird der Gesetzentwurf der Finanzdeputation A zur weiteren Vorberatung überwiesen.

Darauf folgt die Interpellation der Abgg. **Brodauf, Koch und Schnoger** (Freis. Volksp.) betreffend die

Festsetzung des Termins für die Reichstagsstichwahl im 23. Wahlkreise (Plauen).

Die Interpellation lautet:

Kennt und billigt die Königliche Staatsregierung die Gründe, die bestimmend gewesen sind die Reichstagsstichwahl für den 23. Wahlkreis (Plauen) auf einen späteren Tag als die Stichwahlen für die übrigen sächsischen Wahlkreise anzuberaumen?

Minister des Innern Graf **Vitzthum** erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Volksp.): Die Interpellation bezweckt nicht, eine allgemeine Aussprache über die Reichstagswahlen herbeizuführen, auch nicht, an dem Geschehenen bloß Kritik zu üben, sondern nur die Maßnahmen zu besprechen, die zur Festsetzung des Stichwahltermins im 23. Wahlkreise geführt haben. Während in allen übrigen sächsischen Wahlkreisen die Stichwahl am Sonnabend stattfand, war sie für Plauen erst auf den Montag anberaumt worden. Das ist eine Tatsache, die auch in anderen Kreisen Aufsehen erregt hat. Der Wahlkommissar hat ihr ja bald darauf in den Zeitungen eine harmlose Erklärung zu geben versucht. Der Grund ist aber in Wirklichkeit ein anderer gewesen und ist für den nicht schwer zu erkennen, der Augen hat, zu sehen.

Schon am Abend des Hauptwahltages war im Vogtländischen Anzeiger zu lesen, daß in Plauen die Stichwahl später stattfinden würde als in den übrigen sächsischen Kreisen, was bei den engen Beziehungen, die dieses Blatt zu hervorragenden konservativen Persönlichkeiten unterhält, sehr bezeichnend war. In weiten Kreisen ist man sich darüber klar gewesen, daß die Maßnahme des Wahlkommissars in Plauen, die Stichwahl erst auf Montag den 22. Januar festzusetzen, in wirklichem Zusammenhange mit den Absichten und Zwecken der konservativen Parteileitung in Sachsen stand. Man wollte damit nur einen Druck auf die Leitung der sächsischen Volkspartei ausüben, damit sie eine Parole ausgeben sollte zur Unterstützung der rechtsstehenden Kandidaten in den übrigen sächsischen Wahlkreisen. Man schwingt also über die Fortschrittler im 23. Wahlkreise das Damoklesschwert. Ein solcher moralischer Druck behördlicherseits muß aber ganz entschieden zurückgewiesen werden. Man hat sich jedoch verrechnet. Wir haben zwar keine Parole für die Sozialdemokratie ausgegeben, aber man hat auch nicht die beabsichtigte Wirkung erzielt, daß die sächsische Fortschrittspartei die Parole für die rechtsstehenden Kandidaten ausgab. Wenn die Konservativen Giese und Liebert gewählt worden sind, so nicht infolge dieses Druckes, sondern gerade trotz desselben. Ich selbst bin geneigt gewesen, Stellung zu nehmen gegen die von der Zentralleitung der Volkspartei in Berlin ausgegebene Parole. (Zurufe von der äußersten Linken: Das glauben wir!) Wenn ich es nicht getan habe, so deshalb, weil zu befürchten war, daß man eine solche Stellungnahme nicht als Ausfluß politischer Ueberzeugung bezeichnet hätte sondern bloß als Mandatspolitik. Das ist es gewesen, was mich gehindert hat, meiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Bei aller Gegnerschaft gegen rechts ist die Sozialdemokratie doch das größere Uebel! (Andauernde lebhafte Zwischenrufe bei den Soz.) Der Wahlkommissar hat auf uns erzieherisch einwirken wollen, das müssen wir als ganz ungehörig bezeichnen. Der Sozialdemokratie ist allerdings mit der Ansetzung des Stichwahltermins auf den 22. Januar die gewünschte Möglichkeit geboten worden, den Wahlkreis Plauen ganz besonders bearbeiten zu können, weil ihre Agitationskräfte für den dazwischen liegenden Sonntag frei wurden. Die Position der Volkspartei ist durch die Stellungnahme des Amtshauptmanns besonders erschwert worden. Die Sozialdemokratie hat in der Stichwahl nicht aus eigener Kraft über 3000 Stimmen gewinnen können, das beweist, daß den Sozialdemokraten konservative Stichwahlhilfe geworden ist. Das ging schon aus dem Hohngelächter auf der rechten Bänken dieses Hauses hervor, als am 16. Januar der Präsident das Urlaubsgesuch des Herrn Günther verlas. Aus diesem Verhalten ergab sich ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken mit der Linken. Redner hofft, daß die Regierung sich nicht hinter den formalen Standpunkt zurückziehen wird, daß die Ansetzung der Stichwahltermine Sache der einzelnen Wahlkommissare sei, denn dann würde im Lande die Auffassung entstehen, daß hier bloß ein Versteckspiel der Regierung vorliegt. Die Regierung sollte im Bundesrate für einheitliche Festsetzung der Stichwahltermine eintreten.

Minister des Innern Graf **Vitzthum**: Die Regierung hat die Wahlkommissare noch vor der Hauptwahl angewiesen, etwa notwendig werdende engere Wahlen auf den Sonnabend den 20. Januar festzusetzen, jedoch mit der ausdrücklichen Einschränkung: wenn nicht besondere, in lokalen Verhältnissen begründete Umstände einen anderen Tag für die Stichwahl als geeignet erscheinen lassen. Für diesen Fall war der 22. oder 25. Januar vorgeschlagen worden. Die Regierung hat, noch bevor die Interpellation vorlag, den Wahlkommissar in Plauen ersucht, darzulegen, warum er die Stichwahl auf den 22. Januar angesetzt hat. Der Kommissar hat darauf erklärt, daß mit Rücksicht auf die räumliche Ausdehnung des 23. Wahlkreises darauf Bedacht genommen werden mußte, daß die Unterlagen rechtzeitig in die Hände der Wahlvorsteher gelangten. Da die offizielle Feststellung des Ergebnisses der Hauptwahl erst am 16. Januar erfolgte, konnten die Unterlagen erst vielfach am 18. Januar in den Besitz der Wahlvorsteher gelangen. Auch erschienen verschiedene Blätter des 23. Wahlkreises nicht täglich, sondern wöchentlich nur einigemal. Hinzu kam, daß am Sonnabend den 20. Januar in Plauen Wochenmarkt und Börse stattfinden, die von der Landbevölkerung zahlreich besucht werden. Hätte die Stichwahl deshalb am Sonnabend stattgefunden, würden viele Wahlberechtigte überhaupt nicht haben wählen können. Das Ministerium habe nach alledem keine Veranlassung, die Maßnahme des Amtshauptmanns Mehnert zu mißbilligen, denn der Wahlkommissar hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Wahltermin so zu bestimmen, daß allen Wahlberechtigten die Möglichkeit geboten ist, zu wählen. Die Ausführungen und Vermutungen des Abg. Brodauf müssen als unbeweisbar zurückgewiesen werden. Mit einer Anregung beim Bundesrat auf künftige einheitliche Festsetzung der Stichwahltermine dürfte die sächsische Regierung wenig Glück haben, weil eben auf die verschiedenartigen lokalen Verhältnisse Rücksicht genommen werden soll. Die Regierung trägt daher Bedenken, wegen einer Abänderung des Wahlreglements beim Bundesrat vorstellig zu werden.

Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) beantragt, in die Besprechung der Interpellation einzutreten.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. **Müller** (Soz.) hat die Auffassung, daß die Interpellation sicher unterblieben wäre, wenn der 23. Kreis in den Händen der Volkspartei geblieben wäre. Die Begründung derselben ließ deutlich den Aerger über den Durchfall des Herrn Günther erkennen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Forderung nach einer einheitlichen Festsetzung der Stichwahltermine können wir aber nur unterstützen; der 23. Kreis ist im wesentlichen nicht anders geartet als die übrigen sächsischen Wahlkreise. Was, was sich bei den letzten Wahlen in Sachsen abgespielt hat, war politischer Schacher, und wenn dieser von amtlicher Stelle nach einer gewissen Richtung gefördert wird, so bedeutet das eine Förderung der politischen Mogelei und politischen Korruption. Der Amtshauptmann Mehnert im 23. Wahlkreise kennt nur die Landbevölkerung und die Geschäftsleute, die Arbeiter existieren für ihn nicht. Aber man hat den Stichwahltermin nicht bloß wegen der Landbevölkerung auf den Montag verlegt, sondern auch deshalb, weil der Montag für die Arbeiter unpassend ist. Die Maßnahme des Amtshauptmanns bezweckte also eine wirksame Unterstützung der Volkspartei. Daß eine amtliche Wahlmache vorgelegen hat, hat die Haltung der konservativen Partei bewiesen. Die Wähler im 23. Wahlkreise haben sich aber fortschrittlicher gezeigt als Herr Brodauf. Uebrigens können sich die Fortschrittler wirklich nicht über mangelnde Unterstützung seitens der Behörden beklagen, im ersten Berliner Wahlkreise haben sie die Wahl ihres Kandidaten sogar den neun Ministern zu verdanken. Wir wenden uns gegen das ganze System, das eine verschiedene Terminisierung der Stichwahlen ermöglicht. Dem politischen Schacher muß ein Ende bereitet werden. In Oelsnitz i. V. ist sogar ein Beamter als Wahlschlepper für die bürgerlichen Parteien vom Amtshauptmann abkommandiert worden. In einem späteren Dementi des Dresdner Journals ist zwar erklärt worden, daß lediglich den jüngeren Beamten (es sind also sogar mehrere gewesen) Urlaub gewährt worden sei, soweit darunter die Dienstgeschäfte nicht litten. Das Dementi ist aber charakteristisch dafür, für wie dumm man das Volk noch am grünen Tische hält. Der Verwaltungsapparat der Regierung bis zum borniertesten Dorfschulzen herab (Oho-Rufe rechts) hat vielfach einen Terrorismus ausgeübt, der den ostelbischen Zuständen ziemlich nahe kommt. Wir stehen also auf dem Standpunkte, daß die Regierung beim Bundesrate auf eine Abänderung der Bestimmungen der Ausführungsverordnung zum Wahlgesetz wirkt nach der Richtung, daß die Stichwahlen einheitlich an einem Tage, und zwar an einem Sonnabende, stattzufinden haben.

Abg. Dr. **Zöphel** (natl.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe angibt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Brombeeren, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Ungerechtigkeit von sich abzuwälzen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 16. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, das auch den Wahlkreis Dresden-Altstadt an die Sozialdemokratie mit ausgeliefert hat. (Sehr richtig! bei den Natl.) Das übelste Bild im Wahlkampf hat jedoch der Aufruf der konservativen Partei geboten, wonach Stichwahlhilfe nur auf Gegenseitigkeit gewährt werden soll. Das ist nur ein Patriotismus auf Vorbehalt. (Lärm rechts; das ganzen Hauses bemächtigt sich eine ungeheure Erregung, die auch während der Ausführungen der nächsten Debatteredner anhält. Der Präsident muß fortgesetzt den Hammer in Bewegung setzen.) Dem Wunsche nach einheitlicher Festsetzung der Stichwahltermine stimmen wir zu.

Minister Graf Vitzthum weist die Bemerkung des Vorredners, daß der Wahlkommissar im 23. Kreise Scheingründe vorgebracht hat, entschieden zurück.

Abg. Dr. **Mangler** (kons.) wundert sich, daß gerade die Freisinnigen mit dieser Interpellation kommen, die doch sonst dafür eintreten, daß den unteren Verwaltungsbehörden möglichst viel Bewegungsfreiheit gewährt wird. Wenn den Freisinnigen aber einmal auf die Hühneraugen getreten werde, seien sie die ersten, die zum Radi liefen. Es habe absolut kein Anlaß zu irgendwelchen Vorwürfen gegen den Wahlkommissar vorgelegen; von einer erzieherischen Maßnahme könne keine Rede sein. Im Freiberger Kreise sei der konservative Kandidat auch unterlegen, obgleich die Stichwahl am Sonnabend stattfand. Im übrigen wäre es gar nicht so etwas Schlimmes, wenn die Konservativen mit ihrem Verhalten eine erzieherische Maßnahme gegenüber den Freisinnigen bezweckt hätten, denn bei den letzten Reichstagswahlen habe es kaum noch einen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen gegeben. (Sehr wahr! rechts; Lachen links.)

Abg. **Sindermann** (Soz.): Der Abg. Brodauf hat der konservativen Partei sehr unrecht getan; die Konservativen sind in Plauen Mann für Mann für Herrn Günther eingetreten. Der konservative Vogtländische Anzeiger hat noch am Stichwahltage bei Bekanntgabe der Wahlresultate aus Borna und Oschatz Extrablätter herausgegeben mit der Aufforderung nun für Herrn Günther einzutreten! Treue um Treue. Die Sozialdemokratie ist als Siegerin aus dem Wahlkampfe lediglich deshalb hervorgegangen, weil es ihr gelang, bedeutende Reserven mobil zu machen. Es ist auch nicht richtig, daß der Finanzminister am Wahlausgange im 5. sächsischen Wahlkreise (Dresden A.) mitschuldig ist. Eher kann man das von dem amerikanischen Wahlbetrieb, den die nationalliberale Partei mit Unterstützung des Hansabundes entfaltete, sagen. Was hier für Wahlreklame getrieben worden ist, schlug schon jeder Anständigkeit ins Gesicht. Bierfilzdeckel, Taschenspiegel, Luftballons usw. mußten zur Wahl des Herrn Heinze auffordern. Alles das aber wird übertroffen von dem Vorhaben der nationalliberalen Partei, das erst nach der Wahl zur Kenntnis gelangt ist. Danach hat man eine Indianertruppe engagieren wollen: diese Leute sollten sich auf Rücken und Brust die Worte tätowieren lassen: Wählt Heinze! Die Leute haben aber nicht mitgemacht; sie haben gesagt: so etwas gibt es ja nicht einmal in Amerika; deshalb sind die Indianer ausgerissen, genau so wie jetzt die Nationalliberalen aus dem Präsidium des Reichstags ausgerissen sind. (Stürmische Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Volksp.) schiebt den günstigen Ausgang der diesmaligen Reichstagsstichwahlen für die Sozialdemokratie auf die verschiedene Ansetzung der Stichwahltermine.

Abg. Dr. **Böhme** (kons.): Der Abg. Brodauf habe nur beweislose Behauptungen aufgestellt. Ihm (Redner) sei dasselbe Mißgeschick zuteil geworden wie Herrn Günther, aber deshalb eine so großartige Trauerfeier zu veranstalten würde er abgelehnt haben. Unglaublich sei es, die Erklärung eines sächsischen Verwaltungsbeamten in Zweifel zu ziehen, ohne irgendwelche Beweise dafür in der Hand zu haben. Am bedauerlichsten sei es, daß die Angriffe von einem Juristen ausgegangen sind. Redner polemisiert dann gegen die Nationalliberalen, die bei den letzten Reichstagswahlen wie bei der Präsidentenwahl im Reichstage jede politische Klugheit hätten vermissen lassen. Das Verhalten, das die Nationalliberalen jetzt im Reichstage gezeigt hätten, sei Unpatriotismus ohne Vorbehalt. (Bravo! rechts; Lärm bei den Natl.)

Abg. **Hettner** (natl.) wendet sich gegen den Vorredner, der kein Recht habe, in dieser Weise über seine Parteifreunde zu sprechen, nachdem durch die Schuld der Konservativen in diesem Hause ein Sozialdemokrat zum Vizepräsidenten gewählt worden ist. (Lärm und höhnisches Gelächter rechts; tosender Beifall bei den Natl.; große Erregung im ganzen Hause.) Er habe nicht beabsichtigt, die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien von neuem heraufzubeschwören, da dies keineswegs im Interesse der bürgerlichen Parteien liegen könne. Die den Frieden stören, sind aber nicht wir, die sitzen (nach rechts gewendet) auf jener Seite. (Bravo! bei den Natl.; ironisches Gelächter rechts; Zurufe: Verdrehung! Darauf Lärm bei den Natl. Der Präsident kann nur mühsam die Ruhe wieder einigermaßen herstellen, indem er fortgesetzt den Hammer schwingt.) Wenn das Verhältnis zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei so schlecht geworden sei, so trage gerade Herr Dr. Böhme einen großen Teil Schuld daran. (Lachen rechts.) Die ganze Situation erfordert es, daß alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen sollten, und daß man sich hüten sollte, solche Provokationen hervorzurufen. (Erneutes ironisches Gelächter rechts; Rufe: Dr. Zöphel!)

Abg. **Opitz** (kons.): Nie sei ein Thema, mit dem man sich beschäftigt gewesen, überflüssiger als das heutige. Es kreisen die Berge, und was dabei herauskommt, das ist ein Mäuslein. In höchstem Maße sei es bedauerlich, daß der Abg. Zöphel dem Amtshauptmann in Plauen den guten Glauben abgesprochen habe; er sei es auch gewesen, der den Konflikt zwischen den bürgerlichen Parteien hervorgerufen habe. (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Die Nationalliberalen und Freisinnigen haben bei den letzten Wahlen für das ganze Reich Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie abgeschlossen. (Widerspruch bei den Natl.) Selbst der Abg. Bassermann ist nur mit Hilfe der Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt worden. Wer also im Glashause sitzt, sollte nicht nach anderen mit Steinen werfen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Nitzsche** (natl.) erklärt es als unwahr, daß die Nationalliberalen für die ganze Wahl ein Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hätten. Das ganze Elend, in dem sich jetzt die bürgerlichen Parteien befinden, ist nicht von der nationalliberalen Partei ausgegangen, sondern von der konservativen. Deshalb (nach rechts) haben Sie keine Veranlassung, den Patriotismus in Pacht zu nehmen: Sie haben z. B. in Hannover soundso viel Mandate an die Welfen ausgeliefert.

Abg. Dr. **Böhme** (kons.) kommt, um Widersprüche in dem Verhalten der nationalliberalen Partei nachzuweisen, auf die Vorgänge bei der letzten Präsidentenwahl im sächsischen Landtage zu sprechen. Die Konservativen trügen an der Wahl eines Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten absolut keine Schuld. Die Konservativen hätten den ersten Platz im Präsidium beansprucht, und da dem nicht Rechnung getragen worden sei, hätten sie erklärt, an den weiteren Wahlen kein Interesse mehr zu haben. Wenn die Liberalen sich zu einem Block zusammentäten, dann hätten sie auch dafür sorgen müssen, daß er für die Dauer der Wahlen zusammenhielt und nicht schon bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten auseinanderfiel. (Heiterkeit rechts.) Und wenn man sich vergegenwärtige, was sich jetzt im Reichstage abspiele, so hätten die Nationalliberalen absolut keinen Grund, den Patriotismus als Pachtfeld zu betrachten.

Abg. **Hettner** (natl.) bezeichnet es als unrichtig, daß die liberalen Parteien bei der Präsidentenwahl im sächsischen Landtage als Block aufgetreten sind. (Oho-Rufe rechts.) Gewiß ist auch mir der Ausgang der Vizepräsidentenwahl in höchstem Grade unerwünscht gewesen, aber es ist nur deshalb so gekommen, daß sich die Mitglieder der Rechten ihrer Stimmen enthalten haben. Ganz unangebracht ist es, uns einen Vorwurf zu machen wegen der Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl im Reichstage. Die heutige Debatte ist zu bedauern, weil sie geeignet ist, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien zu verschärfen. Dieselbe Taktik der Konservativen, uns hier in Verlegenheiten zu setzen, ist auch im Reichstage zu konstatieren; man macht auch dort den Nationalliberalen Schwierigkeiten. (Sehr wahr! bei den Natl.) Zum Schluß tritt Redner für eine Verständigung der bürgerlichen Parteien ein.

Abg. **Sindermann** (Soz.): Ich kann absolut nicht verstehen, daß sich Konservative und Nationalliberale fortgesetzt in den Haaren liegen. Der Abg. Hettner war im Liebeswerben um die Konservativen wirklich nicht mehr zu überbieten. Da (nach rechts) erhören Sie ihn doch endlich einmal! (Schallende Heiterkeit.)

Abg. **Schmidt** (Bund der Landwirte): Die Nationalliberalen wollen uns nur an die Wand drücken, daß wir quietschen. (Heiterkeit.) Der Abg. Hettner hat die ganze Angelegenheit (Präsidentenwahl im Landtage) verpuffen lassen.

Abg. Dr. **Spieß** (kons.): Die größte Freude an der heutigen Debatte wird der Abg. Günther haben, weil das Begräbnis seiner Reichstagskandidatur sobiel Zeit in Anspruch genommen hat und mit großem Pomp vor sich gegangen ist. Hoffentlich wirkt die heutige Debatte für die bürgerlichen Parteien wie ein reinigendes Gewitter. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. **Nietzschmann** (natl.) gibt eine ausführliche Darstellung von den Vorgängen bei der Vizepräsidentenwahl im Landtage, wobei er natürlich alle Schuld an der Wahl des Sozialdemokraten auf die Konservativen abwälzt.

Abg. **Opitz** (kons.) erzählt, daß der Abg. Hettner am Tage nach der Wahl des Vizepräsidenten in der Garderobe des Landtags ganz aufgeregt zu ihm gekommen sei mit den Worten: „Nein, so können die Dinge in unserem engeren Vaterlande nicht weitergehen, wir müssen wieder zusammenkommen!“ Und als er (Opitz) dann auf das Verhalten der Nationalliberalen bei der Präsidentenwahl hingewiesen habe, hätte sich Hettner mit der Hand an die Stirn gefaßt. Seit der Aufhebung des Kartells im Jahre 1903 hätten die Nationalliberalen das Schlachtbeil gegen die Sozialdemokratie begraben und sich entweder ausgesprochen oder stillschweigend mit ihnen verbündet.

Abg. **Nitzsche** (natl.) erklärt, die Nationalliberalen hätten keine Sehnsucht nach Rückkehr der Kartellzeit.

Abg. **Hettner** (natl.) meint, seine Erregung an jenem Tage sei doch der beste Beweis dafür, wie ernst es ihm um eine Besserung der Beziehungen zu der konservativen Partei sei. Die Nationalliberalen hätten kein Bündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen, auch kein stillschweigendes. (Abg. Dr. Böhme: Unwahr!)

Präsident Dr. **Vogel** schlägt mit dem Hammer auf den Tisch: Dieser Ausdruck ist unzulässig!

Abg. Dr. **Böhme** (kons.) zur Geschäftsordnung hält diesen Ausdruck für zulässig, da er nicht besagt, daß der Redner objektiv die Unwahrheit sagt.

Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.) bedauert, daß vertrauliche Unterredungen bei der Präsidentenwahl zum Gegenstande einer allgemeinen Erörterung gemacht worden sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Abg. Dr. Schanz (kons.) ist der Ansicht, daß den Konservativen kein Vorwurf der Illoyalität anläßlich ihres Verhaltens bei der Präsidentenwahl gemacht werden könne. Sie hätten vorgeschlagen, diesmal noch einen Nationalliberalen zum Präsidenten zu wählen, das nächstemal aber einen Konservativen. (Große Heiterkeit.)

Die Rednerliste ist nun erschöpft und damit der Gegenstand erledigt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft den

Etat des Ministeriums des Innern

(Einnahmen 2[illegible]700 M., Ausgaben 8[illegible]783 M.)

Abg. Dr. Mangler (kons.) beantragt als Berichterstatter, das Kapitel zu genehmigen.

Abg. Kinitzke (natl.) tritt für eine größere Ständigkeit der höheren Regierungsbeamten ein und fordert die Beaufsichtigung der industriellen Etablissements durch ältere Beamte. Die Regierung sollte auch endlich den Ständen das [illegible]-Gesetz zugehen lassen. Redner wendet sich dann gegen die politische Betätigung der Amtshauptleute im konservativen Sinne, weil solche Dinge die Charakterlosigkeit und widerliche Streberei fördern. Im letzten Wahlkampfe seien auch die Amtsblätter von den Amtshauptleuten beeinflußt worden.

Abg. Jäge (Soz.): Die Klagen der Arbeiterorganisationen über unterschiedliche Behandlung durch die Behörden reißen nicht ab. Der Minister hat zwar erklärt, ein Gegner der Nadelstichpolitik zu sein, aber die Gegnerschaft allein tut es nicht. Besonders gilt dies von der Behandlung der Arbeiterschaft auf Grund der Tanzregulative. Inzwischen ist das Tanzwesen landesgesetzlich geregelt worden, hoffentlich zum Zwecke der Aufhebung der unterschiedlichen Behandlung. Immerhin besteht auch jetzt noch die Möglichkeit, die Arbeitervereine anders zu behandeln als die bürgerlichen Vereine. Man verbietet sogar die harmlosen Kappenveranstaltungen der Arbeiterschaft, besonders ist dies im Bezirke der Amtshauptmannschaft Plauen der Fall. Ist der Minister der Meinung, daß die Kappenveranstaltungen in der Faschingszeit unter den Begriff Kostüm- und Maskenfeste fallen und deshalb anmeldepflichtig sind?

Zur Gemeindearbeiterkonferenz hat die Regierung auch Sozialdemokraten herangezogen, auch ist der Sozialdemokratie in Dresden der Maifeierumzug mit Musikbegleitung gestattet worden, zwei Vorgänge, die in der Presse viel erörtert worden, und die Deutsche Tageszeitung veranlaßten, heftige Vorwürfe gegen die Regierung zu richten. Auch die konservative Partei Sachsens ist in heillose Aufregung versetzt worden. Die Regierung hat dann in einer halbamtlichen Kundgebung im Dresdner Journal einen Rechtfertigungsversuch unternommen und dabei erklärt, daß sich in ihrer Stellungnahme zur Sozialdemokratie nicht das geringste geändert habe. Die Kundgebung zeigt auch sonst, daß die Regierung nicht daran denkt, die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei anzuerkennen. Nach wie vor werden Sozialdemokraten nicht als Gemeindeälteste bestätigt, lediglich, weil sie eben Sozialdemokraten sind. In vielen Fällen, und namentlich ist dies im Leipziger Bezirk der Fall, bringt auch die Regierung eine Verschlechterung des Gemeindewahlrechts in Vorschlag, sobald Aussicht besteht, daß die Vertreter der Arbeiterschaft im Gemeindeparlament die Mehrheit erlangen. In anderen Gemeinden sucht man durch Schwierigkeiten bei der Bürgerrechtserwerbung, durch ein hohes Bürgerrechtsgeld usw., der Sozialdemokratie es unmöglich zu machen, in den Gemeindeparlamenten mitzuarbeiten.

Die neuere Verordnung des Ministeriums an die Amtshauptmannschaften, in denen die Vorschriften über das Tragen republikanischer Abzeichen etwas gemildert worden sind, ist nur eine Halbheit, da sie nicht eine bindende Anweisung an die Ortspolizeibehörden enthält, sondern es den letzteren anheimgibt, ob sie bei Begräbnissen rote Schleifen auf den Kränzen usw. dulden will oder nicht. Die Verordnung hätte ganz aufgehoben werden sollen. Redner beschäftigt sich dann mit der in Preußen gegründeten Feldarbeiterzentrale, der sich Sachsen angeschlossen hat, und verurteilt es aufs schärfste, daß den fremden ausländischen Arbeitern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, Verträge und Papiere in deutscher Schrift ausgehändigt werden, die sie nicht verstehen und auf Grund deren sie der Gnade und Ungnade der Unternehmer ausgeliefert werden. Auch das ist ein Beweis, wie bereitwillig die Regierung ist, wenn es sich darum handelt, den Wünschen der Arbeitgeber nachzukommen. An der Stellung der Staatsregierung hat sich nichts geändert, die Nadelstichpolitik besteht weiter, auch wenn sie der Minister nicht will. Der Minister erkennt die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigte Partei an. Richtig ist, daß die Sozialdemokratie eine Aenderung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse will, aber nicht im Sinne des Umsturzes, sondern in dem Sinne, daß sie die politischen Einrichtungen und sozialen Bedürfnisse den ökonomischen Verhältnissen angepaßt wissen will. Wie sich die Verhältnisse künftig gestalten werden, das hängt nicht von uns ab, sondern von denjenigen, die die Macht in den Händen haben. Die Regierung scheint nicht gewillt zu sein der Entwicklung der Verhältnisse Rechnung zu tragen. Wenn sie nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten will, so heißt das weiter nichts, als daß sie diese Entwicklung aufhalten will. Will der Minister keine Konzessionen machen, so wird auch er die Segel vor der Sozialdemokratie einziehen müssen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Brodauf (Fortschr. Volksp.) wünscht u. a. die Schaffung eines neuen Kompetenzgesetzes zwecks anderweiter Regelung der Polizeigewalt.

Abg. Dr. Schanz (kons.) dankt der Regierung für die Einrichtung von Fortbildungsschulkursen für die Verwaltungsbeamten.

Abg. Fleißner (Soz.): Der Kollege Jäge hat schon die Verordnung von 1850 betr. das Tragen republikanischer Abzeichen besprochen und festgestellt, daß alles beim alten geblieben ist. Es ließe sich nun noch eine ganze Anzahl Fälle anführen, die sämtlich aus dem Jahre 1910 datieren; angesichts der vorgerückten Stunde soll aber darauf verzichtet werden. Inzwischen ist nun wohl eine Anweisung an die Polizei ergangen, wonach die Anbringung roter Schleifen auf Kränzen und das Tragen roter Schlipse gestattet ist; aber ein Fall, der sich kürzlich abgespielt hat, zeigt doch, daß damit dem Uebelstande noch nicht abgeholfen ist. Das Oberlandesgericht hat, trotzdem der Verteidiger auf die neuere Ministerialverordnung hinwies, entschieden, daß bei Begräbnissen keine roten Schleifen auf den Kränzen getragen werden dürfen, und hat die deshalb ausgesprochene Verurteilung bestätigt mit der Begründung, daß, solange die Verordnung besteht, sich das Gericht an diese auch halten müsse. Wenn also die Regierung ernstlich die Beseitigung dieser Zustände will, muß sie die Verordnung ganz aufheben. Weiter ersuchen wir die Regierung, im Bundesrate dahin zu wirken, daß Maßnahmen zur Erleichterung der Erwerbung der Staatsangehörigkeit in die Wege geleitet werden.

Abg. Riem (Soz.) bedauert, daß die Regierung sich nicht hat entschließen können, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen. Die Literatur über die Arbeitslosenfürsorge ist schon sehr groß, so daß es eines großen Studiums dieser Frage wirklich nicht mehr bedarf. In vielen Ländern, so in Frankreich und Dänemark, auch in zahlreichen Städten ist das Problem der Arbeitslosenversicherung schon längst praktisch gelöst worden. Deshalb sollte auch bei uns endlich der Frage nähergetreten werden. Auch die Arbeitslosen haben ein Recht, daß man sich um sie bekümmert. Alle Dekrete, die die Regierung bisher herausgegeben hat, liegen fast nur im Interesse der Besitzenden, für die Arbeiterschaft hat man nichts übrig. Wenn der Minister sich zu Arbeiterfragen geäußert hat, so ist dies bisher nur immer im arbeiterfeindlichen Sinne geschehen. Der Staat ist im vorliegenden Falle zu knauserig, er will nichts ausgeben. Aber gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit nicht ganz so schlimm ist wie einmal früher, ist die beste Zeit, an solche Fragen heranzugehen.

Damit ist die Debatte erschöpft, das Kapitel wird genehmigt.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 11½ Uhr. Tagesordnung: Die Anträge über das Beamtenrecht und das Disziplinarverfahren.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung. **Dienstag den 13. Februar, nachm. 2 Uhr.**

Am Bundesratstisch: **Delbrück, Wermuth, Lisco.**

Vizepräsident **Scheidemann** eröffnet die Sitzung und teilt zunächst das Ergebnis der in der vorigen Sitzung vollzogenen Schriftführerwahl mit. Von 381 gültigen Stimmen haben erhalten: Bärwinkel (natl.) 369, Neumann-Hofer (Volksp.) 360, Stücklen (Soz.) 290, Morawski (Pole) 260, Rogalla v. Bieberstein (kons.) 241, Engelen (Zentr.) 234, Pelzer (Zentr.) 227, Fischer-Berlin (Soz.) 216. Diese Abgeordneten sind somit zu Schriftführern gewählt.

Weiter teilt der Vizepräsident mit, daß Abg. Freiherr v. Hertling infolge seiner Ernennung zum bayrischen Ministerpräsidenten sein Mandat niedergelegt habe, und fährt dann fort:

Von dem Abg. Dr. Spahn ist folgendes Schreiben eingegangen:

> Berlin, den 12. Februar 1912. Dem Reichstagspräsidium teile ich ergebenst mit, daß ich das Amt des Reichstagspräsidenten hiermit niederlege.

(Lebhaftes Bravo! rechts, schallende Heiterkeit links.) Es ist mir im Anschluß an diese Mitteilung ein Antrag von den Herren Abgg. Bassermann und Groeber zugegangen, die Sitzung nunmehr zu vertagen.

Dieser Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten findet die nächste Sitzung statt: Mittwoch, 2 Uhr, mit der Tagesordnung: **Wahl des Präsidenten**; schleuniger Antrag **Albrecht** (Soz.) wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Ebert, Fischer (Sachsen) und Feuerstein; Interpellation **Bassermann** (natl.), betreffend die Verhandlungen der Brüsseler Zuckerkonferenz; Interpellationen **Ablaß** (Volksp.) und **Albrecht** (Soz.) wegen Aufhebung des Zolls auf Futtergerste und Mais und Suspendierung resp. Aufhebung des Kartoffelzolls; erste Beratung des Etats.

Schluß 2 Uhr 20 Min.

Neues aus aller Welt.

Dampferzusammenstoß.

Hamburg, 13. Februar. Der Fischdampfer Senator Holthusen ist mit sechs geretteten Seeleuten von dem englischen Dampfer Humber hier eingetroffen und überbrachte die Meldung, daß gestern mittag gegen 1 Uhr im dichten Nebel vor der Elbmündung eine Kollision zwischen dem deutschen Dampfer Answald und dem englischen Dampfer Humber stattgefunden hat. Der englische Dampfer Humber ist beim ersten Elbfeuerschiff gesunken. Sechs Mann der Besatzung wurden von dem deutschen Dampfer Answald und sechs Mann von dem Fischdampfer Senator Holthusen aufgenommen. Der Dampfer Answald, der seine Fahrt nach Hamburg fortsetzte, hat Cuxhaven wohlbehalten passiert.

Rabeneltern.

Emden, 13. Februar. Aufsehen erregt hier das polizeiliche Verbot der Beerdigung des ½ Jahr alten Knaben eines Bautechnikers. Das Kind soll durch Gas vergiftet worden sein. Vor etwa einem Jahre starb demselben Ehepaar unter ähnlichen Erscheinungen ein Zwillingspaar.

Victoria-Salon
Das neue brillante Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.
Im Tunnel: Die lustigen Hamburger.
Anfang ½8 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Konsum-Verein Vorwärts

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Zwingerstraße 12/14, part. u. I. Etage
DEUBEN, Dresdner Straße 43

Königsbrücker Straße 38, part. u. I. Etage
POTSCHAPPEL, Dresdner Straße 33

Zur **Konfirmation** empfehlen:

Schwarze Kleiderstoffe 1.25 bis 2.50 M.
Farbige Kleiderstoffe 1.25 bis 2.50 M.
Konfirmanden-Jacketts 7.50 bis 18.00 M.
Konfirmanden-Paletots 8.50 bis 20.00 M.
Konfirmanden-Handschuhe 0.60 bis 1.50 M.
Konfirmanden-Korsetts 1.25 bis 2.50 M.
Umschlagetücher, Kopfschals, Gürtel

Weiße Unterröcke 2.25 bis 6.00 M.
Lüster-Unterröcke 2.50 bis 7.50 M.
Moiré-Unterröcke 2.25 bis 9.00 M.
Leinen-Unterröcke 1.85 bis 5.00 M.
Konfirmanden-Hemden 1.25 bis 2.00 M.
Konfirmanden-Beinkleider 1.50 bis 2.50 M.
Konfirmanden-Schürzen 0.90 bis 3.25 M.

Konfirmanden-Anzüge 11.50 bis 35.00 M.
Konfirmanden-Hüte 1.50 bis 3.00 M.
Konfirmanden-Mützen 0.65 bis 1.50 M.
Maschinisten-Anzüge 3.00 bis 3.50 M.
Arbeitsblusen 1.75 bis 2.25 M.
Kragen, Manschetten, Chemisetts, Krawatten
Schirme, Spazierstöcke

Konfirmanden-Stiefel 6.50 bis 10.00 M.
Konfirmanden-Schuhe 3.50 bis 5.50 M.
Turnschuhe und Sandalen
Konfirmanden-Arbeitsschuhe
Strümpfe und Socken
Schriftsetzer- u. Malerkittel
Arbeitshosen und Westen

Damen-Paletots und -Mäntel, Kinder-Anzüge
Jünglings-Anzüge, Männer-Anzüge

Nur moderne Neuheiten :: Prima Qualitäten :: Mäßige Preise :: Große Auswahl.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible]

Dr. Joh. Müller

Reichsversicherung

Die Witwen- und Waisenversicherung. [illegible] die Beitragserstattung in Heiratsfällen [illegible] seit dem 1. Januar 1912 [illegible]

[illegible]

Die Beitragserstattung kommt nun weiter noch bei Todesfällen in Betracht. [illegible]

[illegible] für die Erstattung der Beiträge für Personen, die vor dem 1. Januar 1912 gestorben sind. Tritt der Todesfall vom 1. Januar 1912 an ein, dann besteht auch hier die Beitragserstattung auf.

[illegible]

Naturkunde

In welchem Alter hat man die schönsten Kinder? [illegible]

[illegible]

Zeitschriften

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 11 des 22. Jahrgangs zugegangen. [illegible]

Für unsere Mütter und Hausfrauen: [illegible] (Fortsetzung.)

1912 — Nr. 4 | Beiblatt zu der Dresdner Volkszeitung und der Volkszeitung für Zittau, Pirna, Freiberg, Meißen | 14. Februar

Die Aufgaben der Frauenerwerbsarbeit für die Gesetzgebung

Im neuesten Heft des Archivs für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie wird das Referat wiedergegeben, das [illegible] Dr. Hans Dorn, München, auf dem 2. Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie über die Frauenerwerbsarbeit und ihre Aufgaben für die Gesetzgebung gehalten hat. [illegible]

[illegible]

[illegible] „Männerberufe“ zeigt die Frauenerwerbsarbeit eine schwache Entwicklung. Dagegen ist eine ganze Reihe von Berufsarten, die man heute „Frauenberufe“ nennt, [illegible] 1882 noch überwiegend von Männern besetzt waren, in den letzten 25 Jahren fast „verweiblicht“. [illegible]

[illegible]

[illegible]

... Berufsausbildungs-Gelegenheiten für das weibliche Geschlecht sorgen. Durch eine sorgfältige Berufsausbildung muß den Frauen die Möglichkeit gegeben werden, als gleichwertige Arbeitskräfte neben den Männern im Wirtschaftsleben tätig zu sein. Wichtig ist dabei die Verbreitung und Verteilung solcher Bildungsgelegenheiten über das ganze Land.

Der wirtschaftlichen muß aber auch die soziale Gleichstellung der Frau mit dem Mann folgen. Dr. [illegible] verlangt die Gleichberechtigung der Frau in allen öffentlichen Rechten, die mit der Berufstätigkeit zusammenhängen: Wahlberechtigung nicht nur in der Verwaltung unserer sozialen Versicherung, sondern ebenso auch in den halb öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen und Berufsorganisationen verschiedener Art — wie etwa Handels-, Gewerbe- und Handwerkskammern u. dergl. Schließlich auch in den beruflichen Sondergerichten, wie Kaufmanns- und Gewerbegerichten.

Für die Hebung der materiellen Stellung der Frauen in den Berufen könne die Gesetzgebung nur wenig tun; das sei Sache der Organisationen. Aber in bezug auf die Stellung der erwerbstätigen Frau als Gattin und Mutter müsse die Gesetzgebung besonders eingreifen. Neben der Freiheit für die Frau, erwerbstätig sein zu können, müsse eine Schranke bestehen: [illegible]

[illegible]

Stimmen und Bilder

Zur Tragödie des Kindes

[illegible]

[illegible]

— Elisabeth Dauthendey

Was weißt denn du . . .

Was weißt denn du von jener Zeit,
in der für dich mein Herz nur schlug,
und ich in stiller Seligkeit
nur dich in meinem Herzen trug!

Du warst mir wie der Sonnenstrahl,
der mich umspann mit Zaubermacht,
und in mein Leben noch einmal
den Frühling mir zurückgebracht.

Doch nur zu bald der Winter kam,
Es fiel ein Schatten auf mein Glück,
der mir mein [illegible]
und in die Nacht [illegible] zurück.

Nun steh ich einsam und allein,
und [illegible] kalt und leer.
Ich sehne mich nach Sonnenschein,
Doch meine Sonne scheint nicht mehr.

Du aber gehst so leicht einher
und lebst so froh wie dazumal.
Dir ist ja auch das Herz nicht schwer,
du weißt ja nichts von Weh und Qual!

Und weißt auch nichts von jener Zeit,
in der für dich mein Herz nur schlug,
und ich in stiller Seligkeit
nur dich in meinem Herzen trug!

Karl Petersen

Umschau

Schamloser Fleischwucher

[illegible]

... den Nationalliberalen [illegible]

Aber noch mehr als diese hohen Zölle verteuern die zahlreichen Vieheinfuhrverbote und Vieheinfuhrerschwerungen die deutschen Vieh- und Fleischpreise. [illegible]

[illegible]

... Die Politik dieser [illegible] ist ein fortdauerndes Verbrechen am Volke [illegible] durch die fortdauernde Schröpfung der Kapital[illegible] wird der agrarischen Wirtschaftspolitik [illegible]

Erziehung Strafe und Belohnung bei der Kindererziehung. Ich halte alle äußeren Erziehungsmittel ohne Ausnahme für verfehlt. [illegible]

[illegible]

leben wollen, dann sollen sie doch nicht auf den Gedanken gekommen. Man werde dem Ideal aber näher kommen, wenn man einen Garten aus Bäumen und Gebüsch, aus Hecken und Rasen, in ruhigen, ebenmäßigen Formen anlegt. Im allgemeinen müsse man den Grundsatz befolgen: Je reicher und strenger die Architektur eines Hauses, desto mehr müsse auch der dazu gehörende Naturzwang unter sich in dem Gesetz der menschlichen Kultur unterworfen. Ist das Haus in großen glatten Flächen gebaut, dann bedürfe es dieses Zwanges nicht. Die glatte Fläche werde mit den üppig wachsenden, unregelmäßigen Baumkronen einen lebendigen Kontrast bilden.

Der Vortragende zeigte im Lichtbilde u. a. den wunderbaren Garten der Villa d'Este in Tivoli mit der Anlage der hundert Brunnen, ferner die berühmten Gartenanlagen des Vatikans in Rom, der Villa Medici und den Garten zu Versailles mit seinen in strengen Formen gehaltenen Wasserkünsten. Man erkannte leicht, wie diese Gärten ihre Schönheit dem Umstande verdanken, daß sie mit dem sie beherrschenden Gebäude eine Einheit bilden. Sie zeigten die Gesetze des Gartenbaues auf, wie sie vom Vortragenden geschildert sind.

mw.

Kleine Mitteilungen Beethovens Jugendsinfonie, genannt die „Jenaer Sinfonie", kam bei einem historischen Orchesterkonzert des Deutschen Konzertvereins in Graz zur ersten Aufführung und fand lebhafte, ja stürmische Aufnahme. Besonderen Eindruck machte das mächtig erschauernde Adagio. Die deutlich wahrnehmbaren Stileigenheiten des reifenden Beethoven ließen keinen Zweifel an der Echtheit des Werkes aufkommen.

In den letzten Tagen kam es zur Kenntnis der Brüsseler Polizei, daß einige verdächtig aussehende Gesellen bei ihren Einkäufen mit Gold- und Silbermünzen bezahlten, die die Jahreszahl 1815 trugen. Es wurden sofort Nachforschungen eingeleitet, die alsbald zu der Entdeckung führten, daß Diebe im Waterloomuseum gehaust und eine ganze Reihe von Reliquien an die große Schlacht geraubt hatten. Am Dienstag wurden dann ein Franzose und ein Schweizer verhaftet; die Haussuchung ergab, daß der Franzose in dem Museum die jammervolle Tabaksdose Napoleons und zahlreiche andere kostbare Gegenstände entwendet hatte, u. a. auch französische und englische Münzen von Waterloo. Eine ziemlich stattliche Menge dieser Münzen war bereits verschwunden, und es bleibt fraglich, ob man die geraubten Gegenstände vollzählig wieder zurückerlangen wird.

Professor Marie berichtete in der Pariser Akademie der Inschriften seine außerordentlichen Mitteilungen über die Deutung der etruskischen Sprache. Er gab eine volle Uebersetzung des längsten etruskischen Textes, der auf uns gekommen ist, eines Gebetbuchs, das auf Leinen geschrieben war und, in schmale Streifen zerschnitten, zur Umwickelung einer ägyptischen Mumie gedient hatte, jetzt aber im Museum von Agram aufbewahrt wird. Marie ließ dann, daß es die Gebete und Zeremonien von Schiffern enthält, die den Hafen verließen, um in die See zu stechen.

Forschungen im Kanadischen Felsengebirge hat in den letzten beiden Jahren Professor Coleman ausgeführt und jetzt der in Vancouver geographischen Gesellschaft berichtet. Hauptsächlich wurde das Tal des mächtigen Flusses (Smoky River) und die umgebende Gebirgswelt besucht und, da die bisherigen Karten sehr ungenau gefunden wurden, auch im folgenden Jahre weiter durchforscht. Das Gebirge trägt hier einen großartigen Charakter, namentlich durch weite Firnfelder und mächtige Gletscher, und ist um so interessanter, als dort die Wasserscheide zwischen dem Stillen und dem Atlantischen Ozean verläuft.

In den Auslagen einer besseren Papierhandlungen in Berlin ist jetzt ein Abreißblock zu sehen, auf dessen Deckblatt die Inschrift prangt: „Dichterblock". Man glaubt zuerst, einen Kalender vor sich zu sehen, wird aber alsbald, nicht ohne eine gewisse Befriedigung zu empfinden, eines Besseren belehrt. Diese Namen aus der Weltliteratur sind auf einem gräulich schimmernden Zeilenpapier gebracht, dessen Verwendung jeden Zweifel an seiner Bestimmung ausschließt. Der findige Unternehmer will auf diese etwas merkwürdige Weise die Kunst ins Volk tragen und das Studium der Klassiker zu einer besonderen „Bequemlichkeit" machen. Wenn man die Sache auch noch so leicht nimmt und komisch wirkende Proteste vermeidet, so handelt es sich doch hier um eine ganz ungewöhnliche Geschmacklosigkeit. Dante, Shakespeare, Goethe auf hygienischem Klosettpapier gebracht, das ist ein starkes Stück.

Die etruskische Sprache hat bisher zu den Rätseln der Sprachforschung gehört. Die erhaltenen Texte waren unverständlich. In der letzten Sitzung der Pariser Académie des inscriptions et belles-lettres hat nun Prof. Martha Beweise für seine Theorie vorgelegt, wonach die etruskische Sprache mit der madjarischen und finnischen verwandt sei. Mit Hilfe seiner Methode übersetzte und kommentierte er verschiedene Inschriften, besonders einen Schiedsspruch, eine Beleidigung einer leitenden Gottheit und deren Antwort und ein Gebetritual für Seeleute.

Büchertisch Die Romansammlung, die der Verlag von Martin Mörike in München unter dem Namen: Abenteurerromane herausgibt, bringt mit dem 2. Band den Don Quixote des Cervantes. Zum Ruhme dieses Jahrhunderttollen Deutschland oder Spaniens, in der ganzen Welt. Denn dieses Buch, das eine Verhöhnung des Rittertumes sein sollte, wurde ein Lieblingsbuch aller tatsächlichen Widersacher, Narrheiten, Beschränkungen, über was hinaus wir es lesen, was wir wollen, einfach oder symbolisch; es wird die Jungen fesseln, es wird für sie zu einem Spiegel der Lebensweisheit; die Alten werden sich an ihm erfrischen, an diesem Denkmal großen Humors. — Der Don Quixote ist in Hannover von Alexander verdeutscht, in Halbleder und Schrifttum. Diese neue Ausgabe, die Will Vesper besorgt hat, bringt einen den alten Verlagen bekannten Text. Man spürt die Hand eines Dichters in den Bildungen: frisch und ohne Witz liest sich nun das herrliche Buch. Um den Wert zu erhöhen, wurden 58 Zeichnungen von Doré dem Bande beigegeben, diese meisterlichen Blätter, die so ganz von dem Geiste der Dichtung erfüllt sind. Und dieser herrliche Band von 800 Seiten kostet in seiner prächtigen Ausstattung (die sich den Wimmelsichen anschließt) in Pappe gebunden 3 M. Alle unsere Leser, die dieses große Werk der Weltliteratur noch nicht kennen, seien auf das nachdrücklichste auf diese schöne und billige Ausgabe hingewiesen. Sie erwerben sich für wenig Geld einen Schatz von unvergänglichem Wert.

ugl.

Heiteres Der alte Bootsmann Bom, der einen Stelzfuß hat, findet sich bei seinem früheren Vorgesetzten, dem Herrn Kapitän zur See, ein, um ein frohes neues Jahr zu wünschen. Der Kapitän ist gerade im Salon und freut sich über den frisch lackierten Fußboden. In Angst um diesen sagt er zu Bom, der herumstelzt und bei jedem Schritt sein hölzernes Bein hart auf den Fußboden stößt: „Weiden Sie lieber auf der Matte, Bom — Sie können leicht ausrutschen!" — „Hat keinen Not, Herr Kapitän," antwortet Bom. „Das hat keine Not! Ich habe einen eisernen Stift in meinem Holzbein — und den setze ich bei jedem Schritt fest ein!"

(Piccolo.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 15. Februar. Opernhaus (Anrecht): Gastspiel des Kaiserl. Russischen Balletts. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Anrecht): Die Jungfrau von Orleans. Tragödie in fünf Aufzügen von Schiller. Anfang 7 Uhr. — Residenztheater: Die kleine Freundin. Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Eva. Anfang 8 Uhr.

Mitteilungen aus dem Bureau der Königlichen Hoftheater. Im Opernhause wird Freitag den 16. Februar Richard Wagners Tristan und Isolde aufgeführt. Besetzung: Tristan: Herr v. Bary. König Marke: Herr Perron. Isolde: Frau Wittich. Kurwenal: Herr Plaschke. Melot: Herr Erhl. Brangäne: Frau Bender-Schäfer. junger Seemann: Herr Rüdiger. Steuermann: Herr Büssel. Hirt: Herr Rüdiger. — Im Schauspielhause geht Freitag den 16. Februar das Drama Zar Peter von Otto Erler in Szene. Den Zar Peter spielt Herr Wiecke, den Alexei Herr Blöde, den Menschikoff Herr Becker, die Katharina Frau Körner.

Residenztheater. Donnerstag ist die Operette Die kleine Freundin. Freitag und Sonntag finden Wiederholungen der Operette Der unsterbliche Lump statt. Sonnabend ist die Posse Polnische Wirtschaft. Sonntag findet die letzte Sonntagsvorstellung des Weihnachtsmärchens Der Edelweißkönig statt und wird dasselbe dann nur noch Mittwoch und Sonnabends gegeben.

Vorträge. Donnerstag den 15. Februar, nachmittags 6 Uhr, im Hörsaale VII (Nordgebäude) der Tierärztlichen Hochschule Antialkoholforschung des Privatdozenten Professor Dr. Wandolleck über Anpassung.

Karl Ernst Osthaus spricht am 22. Februar, abends 8 Uhr, in der Galerie Ernst Arnold über das Sammeln von Kunstwerken.

Bezirk Striesen. Infolge des am Sonnabend den 17. Februar in Hammers Hotel stattfindenden Heiteren Abends ist die Bibliothek bereits am Freitag den 16. Februar zu bekannter Zeit geöffnet.

VVK Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege veranstaltet Donnerstag den 15. Februar, abends 8½ Uhr, im Kristallpalast, Schäferstr., einen

Lieder-Abend von Lisa und Sven Scholander

Begleitung: Schwedische Laute von 1798.

Eintrittskarten à 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzenbergstraße 4. I.; Volksbuchhandlung, Zwingerstraße 14; O. Berndt, Moritzstraße 1 (Konsum); J. Falkenbeck, Zigarrengeschäft, Augsburger Straße 16; Moritz Richter, Schäferstr. 30 (Konsum); Fritz Neuhäuser, Kesselsdorferstr. 52 (Konsum); Robert Wirth, Helgolandstraße 10 (Konsum); Bruno Michaelis, Zigarrengeschäft, Markgrafenstraße 26; Hermann Schubert, Konkordienstraße 28 (Konsum); Franz Thiele, Hans-Sachs-Straße 27 (Konsum); Julius Eggert, Wöllnerstraße 44 (Konsum).

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 37 Dresden 14. Februar 1912

Liebe und Ehe bei den Papuas

Nennt man bei uns die Papuas, den Hauptbestandteil der Bevölkerung Neuguineas, so pflegt man damit die Vorstellung von einem nicht nur höchst „wilden", sondern vor allem auch ganz primitiven, geistig höchst beschränkten Volke zu verbinden. Diese Vorstellung ist aber durchaus irrig: der Papua ist geistig gar nicht dürftig ausgestattet, was z. B. daraus hervorgeht, daß die Kinder durchschnittlich in einem Jahre schreiben und lesen lernen.

Ueber das Lieben- und Ehelebn der Papuas in Kaiser-Wilhelms-Land, dem deutschen Teil von Neuguinea, hat Professor R. Neuhauß in seinem jüngst erschienenen großen Werk „Deutsch-Neuguinea" mancherlei Interessantes mitgeteilt. Wie es meistens bei den Wildvölkern der Fall ist, so wird auch hier die Frau gekauft, aber nicht von deren Eltern, sondern von der ganzen Verwandtschaft, in erster Linie von den Brüdern der Mutter. Diese Sitte erklärt sich aus folgender Anschauung. Nur die Mutter ist an der Erzeugung des Mädchens beteiligt, nicht der Ehemann; deshalb kommt nur der Mutter ein Verfügungsrecht über das Kind zu. Da indessen die Frau rechtlos ist, so geht dieses Recht auf deren Brüder über.

Indessen setzt sich die Sitte des Kaufes keineswegs immer durch. Da sind z. B. zwei Kinder schon in frühester Jugend von ihren Angehörigen für einander bestimmt, aber es treffen sich, wenn es zur Heirat kommen soll, bei dem einen Teil andere Wünsche ein: der junge Mann verliebt sich ein anderes Mädchen und wird mit diesem einig. Dann flieht wohl das verliebte Paar zum nächsten Nachbardorf und flieht nach den Plantagen der Weißen. Und wenn es nach drei Jahren zurückkehrt, ist Gras über die Sache gewachsen, und man läßt das Ehepaar, das sich so unverbrüchlich gefunden hat, ungeschoren. Durch ein ähnliches Verfahren wird ja auch im zivilisierten Europa manchmal der elterliche Widerstand besiegt.

Das angeführte Beispiel zeigt, daß auch bei den Papuas eine herzliche Zuneigung zwischen den Liebenden bestehen kann. Andere Beweise dafür finden sich in den Sagen und Erzählungen, die berichten, wie Liebespaare auch die größten Hindernisse, die sich ihrer Vereinigung entgegenstellen, schließlich siegreich überwinden. Häufig geben lediglich Aeußerlichkeiten die Veranlassung dafür, daß ein Teil zum anderen sich hingezogen fühlt. So kommt es alltäglich vor, daß das Mädchen dem Jüngling in Liebe entbrennt, weil er hervorragend tanzen kann, während ein anderes Mädchen den ihr bestimmten Jünglingen nicht leiden mag, weil er im Tanzen ein Stümper ist. Die jungen Männer, die sich dieser Tatsache wohl bewußt, verwenden deshalb große Sorgfalt auf ihre Ausbildung in der Tanzkunst; ja, nicht wenige unternehmen weite Reisen, um bei irgendeinem tanzberühmten Stamm Unterricht zu nehmen. Auch werden Zaubermittel angewendet, die die Weiber bezauberlich machen sollen. Dabei ist aber zu erwähnen, daß die Geschlechter dort nicht, wie bei uns, miteinander tanzen, sondern für sich. Bei Kap König-Wilhelm stellt der junge Mann dadurch seinen Heiratsantrag, daß er mit einem scharfen verzierten Holze auf die Wange der Auserwählten [illegible]. Nahe Verwandtschaft ist Ehehindernis. So dürfen gewöhnlich Geschwisterkinder einander nicht heiraten. Auf Tami ist sogar die Heirat zwischen Kindern von Vetter und Base verboten.

Vielweiberei ist verhältnismäßig selten; denn auch in Neuguinea gehört ein großer Geldbeutel dazu, um sich mehrere Frauen anzuschaffen und unterhalten zu können. Da der Kaufpreis für eine Frau im allgemeinen recht hoch ist, so wird das Vermögen des Mannes durch den Ankauf einer Gattin gewöhnlich erschöpft, und es können sich nur Häuptlinge und Zauberer mehr als eine Frau leisten. Nur dort, wo der Ueberschuß an Mädchen groß und der Kaufpreis deshalb geringer ist, findet man Vielweiberei häufiger. Wohlhabende Häuptlinge haben oft drei oder vier Frauen. Ein Bukawahäuptling brachte es sogar auf zehn Frauen, aber er hatte sie nicht alle gleichzeitig; „er warf die vorhandenen Frauen immer hinaus, wenn sie zu viel schimpften oder ihn gar zu arg prügelten". Dann nahm er sich andere, und dabei kam jener Rekord heraus.

Das Eheleben ist reich an Prügeleien, bei denen sowohl die männliche wie die weibliche Person der leidende Teil sein kann; aber es ist nicht schlechter, als bei anderen Völkern. Zum guten Anstande gehört es, daß der Mann sich niemals öffentlich mit seiner Frau zeigt, und in Gegenwart anderer nicht die geringste Notiz von ihr nimmt. Das geht so weit, daß er bei der Heimkehr nach langer Abwesenheit die Frau zunächst gar nicht beachtet. Als die ersten weißen Ehepaare sich unter den Schwarzen Neuguineas niederließen und Arm in Arm durchs Dorf gingen, sich auch wohl gelegentlich einen zärtlichen Kuß gaben, erschien das den Schwarzen als der Gipfel aller Unmoral. „Man darf aber," sagt Neuhauß, „deshalb die Schwarzen nicht der Gefühllosigkeit gegen ihre Frauen zeihen; öffentliche Zurückhaltung ist eben Landessitte, ungefähr wie in Europa, wo Liebende, die sich daheim prügeln, sich öffentlich küssen." „Ehe-irrungen" kommen häufig vor. Im Bukaua-Lande soll kein Mann irgend einem Weibe im einsamen Walde begegnen können, ohne sich zu „irren". Auf der Insel Tami, wo die Männer als große Handelsreisende oft monatelang von Hause fortbleiben, hat jede Frau mehrere Liebhaber. Die Männer wissen natürlich davon, geben sich aber gewöhnlich den Anschein, als merkten sie nichts. Kommt es freilich zu einer Ueberraschung, so kennt man manchmal auch keinen Spaß. Scheidungsgründe sind außer Ehebruch auch Zauberei, ja schlechtes Kochen, wenn es sich um eine Häuptlingsfrau handelt, und infolgedessen die Gäste nicht standesgemäß bewirtet werden. Die Scheidung vollzieht sich ohne besondere Förmlichkeit: die Frau verläßt die Hütte, kehrt zu ihren Verwandten zurück, und der Kaufpreis wird zurückerstattet. Kinder verbleiben dem Vater, Säuglinge folgen der Mutter, aber nur so lange, als sie der Muttermilch bedürfen. Auffällig ist die Zurücksetzung der Frau nach dem Tode. Die Leiche des Mannes wird in einem Sarg gebettet, den man aus den Brettern des Hauses des Verstorbenen herstellt; für die weibliche Leiche gilt eine Matte ausreichend. Hat das neugeborene Kind ein Gebrechen, oder ist es ein Mädchen, während die Eltern auf einen Knaben rechneten, oder haben diese ihrer Meinung nach schon genug Kinder, so wird es erdrosselt oder in die nächste Grube geworfen. Von Zwillingen wird bei einzelnen Stämmen stets das eine Kind getötet. In der Landschaft Sissano läßt man aber beide Kinder am Leben, und ist die Mutter zu schwächlich, sie zu ernähren, so gibt man eines an eine andere Familie. In manchen Gegenden schont man auch das Leben von Krüppeln, um sie später als Zauberer zu verwenden. Als eine besondere Geschicklichkeit ist nach Neuhauß die Beschränkung der Kinderzahl bei den Papuas nicht anzusprechen; sie ist eben eine uralte Sitte.

An einzelnen Stellen besteht der Brauch, die Junggesellen des Dorfes äußerlich erkennbar zu machen; sie tragen einen Gürtel mit Anhang, der deutlich verrät, daß sein Besitzer „noch zu haben" ist.

H. Singer

Pelle der Eroberer

46

Roman von Martin Andersen Nexö

Am Ufer herrschte große Geschäftigkeit. Die Winde wurde noch fester in den Boden eingerammt und der Rettungsstuhl klar gemacht. Die dünne Leine wurde mit einem dreiviertelzölligen Tau zusammengeknüpft, das wiederum die schwere Trosse an Bord schleppen sollte — es kam darauf an, daß alle Gerätschaften hielten. An der Trosse hing eine Talje so groß wie ein Kopf, in der die Ziehtaue laufen sollten; man wußte ja nicht, was für Hilfsmittel sie an Bord so eines Seelenverkäufers hatten. Der Sicherheit halber wurde eine Tafel an die Leine gebunden, die auf englisch besagte, daß sie so lange ziehen sollten, bis die Trosse Kaliber so und so an Bord käme; das war überflüssig für gewöhnliche Menschen, aber man wußte ja niemals, wie dumm solche Finnlappen sein konnten.

„Nun könnten sie meinetwegen gern da draußen ziehen, so daß die Sache ein Ende bekäme!" sagte der Lotsenkommandeur und schlug die Hände gegeneinander.

„Sie sind am Ende zu arg hergenommen — sie haben wohl Schlimmes durchgemacht!" sagte ein junger Fischer.

„Ein dreiviertelzölliges Tau müßten sie doch wohl zu sich heranziehen können. Bindet eine Hilfsleine an das Tau, so daß wir ihnen behilflich sein können, die Trosse an Bord zu ziehen — wenn es so weit kommt."

Das geschah. Aber draußen auf dem Wrack hingen sie so stumm stumpfsinnig in der Takelage, ohne sich zu rühren — was in Himmels Namen war denn in sie gefahren? Die Leine lag noch immer tot im Sande ohne zu gleiten. Am Boden hing sie nicht, sie bewegte sich, wenn die Wellen sie in die Höhe haben; sie mußte an dem Mast festgemacht sein.

„Sie haben sie festgemacht, die Dummköpfe!" sagte der Lotsenkommandeur. „Sie erwarten wohl am Ende, daß wir ihnen die Schute an Land ziehen sollen — an dem Garnende!" — Er lachte verzweifelt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120214/13
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

[illegible] ihre Augen wanderten in schrecklicher Spannung von dem Wrack hinab auf die unbewegliche Reihe und wieder zurück. Die schmerzliche Angst, die dort folgt, wo Menschen ihr [illegible] aufgegeben haben und von der Dummheit selbst zurückgeschlagen werden, befiel sie. Das einzige, was die Schiffbrüchigen taten, war, daß sie mit den Armen fochten. Sie meinten wohl, man könne hier am Lande stehen und Wunder vollführen — trotz ihnen.

„In einer Stunde ist es aus mit ihnen," sagte der Kommandeur traurig — „es ist schwer, zuzusehen und zuzusehen."

Ein junger Fischer trat vor. Pelle kannte ihn gut; er hatte ihn mehrmals da drinnen an dem Steinhaufen getroffen, wo die Kinderseele in den Sommernächten träumte.

„Wenn einer von euch mitgeht, will ich versuchen, sie hinauszuholen!" sagte Nils Köller ruhig.

„Das ist der sichere Tod, Nils," sagte der Kommandeur und legte die Hand auf seine Schulter, „darüber bist du dir doch wohl klar? Ich bin nicht für mein Leben besorgt, aber es [illegible], das tue ich nicht. Jetzt kennst du meine Ansicht."

Die anderen betrachteten es nicht anders. [illegible]

[illegible]

„Es wird also niemand [illegible]" sagte Nils [illegible]

[illegible]

Aber sie sagten, die Wellen [illegible] ... Es war eine größere Macht über das Boot gab. Dann auf einmal hißten sie das Segel halben und enterten das Boot hart gegen den Wind an — wenn eine Welle sich brechen wollte. Etwas Aehnliches von Segelei erinnerte sich kein Fischer, je erlebt zu haben; es war junges Blut und sie verstanden ihren Kram! Jeden Augenblick mußte man „Jetzt!" sagen. Aber das Boot war wie ein lebendiges Wesen, das allem zu begegnen wußte — beständig kam es über alle Launen hinaus. Der Anblick machte einem das Herz warm, so daß man für eine Weile vergaß, daß es ein Segeln um den Tod war. Kamen sie wirklich glücklich bis ans Wrack hinan — was dann? Sie wurden ja unfehlbar an der Schiffswand zerschellt.

Der alte Ole Köller, Nils Vater, kam über die Dünen herab. „Wer ist das da draußen, der sich umgetrieben?" fragte er. Die Frage wirkte brutal in dem Schweigen und der Spannung. Niemand sah ihn an — [illegible]

[illegible]

Martin Andersen Nexö.

Umschau

Theater [illegible]

[illegible]

[illegible] Der Pavillon der Armida [illegible]

[illegible]

Musik [illegible]

[illegible]

Die Sängerin des Abends, Konzertsängerin Elsa Heinze-Schneider [illegible]

Gartenkunst Die künstlerische Gestaltung des Gartens zum Haus. [illegible]

[illegible]